Editorial

von Karlheinz Weißmann

In seiner Ansprache bei Gründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft" im November 1970 äußerte Ernst Nolte seine Beunruhigung über die dramatische Entwicklung an den westdeutschen Universitäten. Habe man es zuerst mit spontanen Unmutsäußerungen zu tun gehabt, dann mit einer allgemeinen, aber diffusen Protesthaltung, löste sich die Bewegung nun in sektenartige, außerordentlich militante Gruppen auf, die ihre Machtergreifung an den Hochschulen vorbereiteten.

Die Plötzlichkeit der Veränderung kann auch sonst als Kennzeichen der Revolte von 1967/68 betrachtet werden: Überraschend war schon die Geschwindigkeit, mit der die, die eben noch in Jackett oder Kostüm zur Demonstration erschienen, nun schon die Haare über den Kragen wachsen ließen, auf Kamm und Bürste grundsätzlich verzichteten und überall in Räuberzivil auftraten, dann die, die gerade noch froh schienen, erwachsen geworden und mit jedem Unbekannten per „Sie" zu sein, abrupt das revolutionäre „Du" annahmen, und die, die für konkrete Verbesserungen des Lehrangebots und die Ausweitung der Begabtenstipendien gekämpft hatten, dann aber die Umbenennung der Frankfurter in „Karl-Marx-Universität" propagierten, „Schweinejagd" auf unliebsame Dozenten machten, „Verräter" teeren und federn ließen (wie wir jetzt von Götz Aly wissen) und der Idee anhingen, ein Laboratorium für die sozialistische Zukunftsgesellschaft aufzubauen, dessen Personal vom kapitalistischen Staat lebenslang zu besolden war.

Plötzlichkeit ist ein Charakteristikum revolutionärer Prozesse, und das Selbstverständnis der Achtundsechziger war ein „revolutionäres". Ihre Idole waren Revolutionäre, ihre Anführer wollten gerne welche sein und die Basis identifizierte sich jedenfalls mit solcher Absicht. Allerdings gehört zu einer Revolution immer ein halbwegs faßbares Programm, theoretische Bemühungen dürfen sich nicht in unverdauter Lektüre und einer Menge utopischer Wünsche erschöpfen, und die Praxis muß hinreichend unterscheidbar bleiben von „objektloser Aufsässigkeit" (Arnold Gehlen). In bezug auf '68 wird man hier erhebliche Defizite feststellen müssen: ein Mangel an konkreten Zielen und ein Übermaß an Ungezogenheit. Der Wirkung hat das keinen Abbruch getan, allerdings bei den Skeptikern schon früh zu der Anschauung geführt, daß man es nicht mit einer Fortsetzung der Traditionslinie 1789–1848–1917 zu tun hatte, sondern eher mit einer Wiederholung jener chiliastischen Ausbrüche, die das Mittelalter kennzeichneten.

Als Chiliasmus bezeichnet die Religionswissenschaft alle Bewegungen, die auf ein „tausendjähriges Reich" hoffen (griechisch chilioi = „tausend"), verbunden mit der Naherwartung, die in den Anhängern ein ungeheures Maß an Tatbereitschaft freisetzen kann, weil die Stunde der Entscheidung kommt. Das mag zu radikaler Askese und Rückzug aus der „Welt" führen, aber auch zur Entstehung von heiligen Scharen, die in den messianischen Wehen bereitstehen, um das absolute Böse zu bekämpfen. Die Deutung der Achtundsechziger als „Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft" des Soziologen Erwin K. Scheuch ist lange unbeachtet geblieben. Dabei bietet sie eine Interpretation, die des genaueren Nachdenkens wert ist, jedenfalls erhellender wirkt als die zahllosen verklärenden Erinnerungen oder die hilflosen Bemühungen, den Ereignissen von damals nachträglich eine Rationalität zu unterschieben, die sie nie besaßen.

Autorenportrait Jörg Friedrich

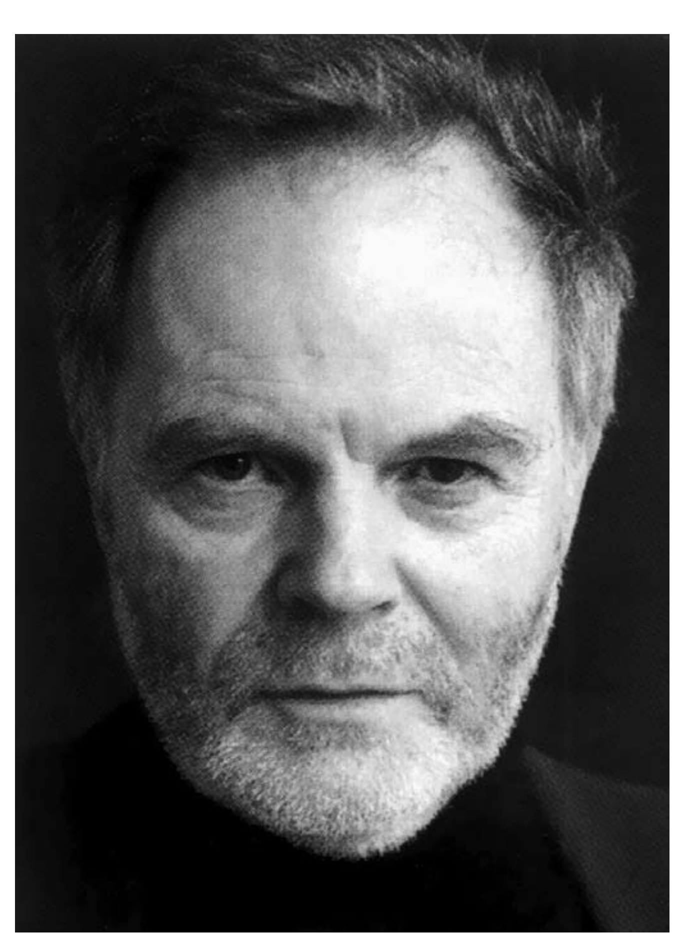
von Karlheinz Weißmann

Bei einer Rundfunkdebatte im Südwestfunk über die NS-Zeit kam es vor gut zehn Jahren zu einer denkwürdigen Szene. Einer der Beteiligten, der Historiker Hans-Ulrich Thamer, beklagte neuere Tendenzen der Geschichtsschreibung, die auf die Relativierung deutscher Schuld hinausliefen, blickte sich im Kreis der Teilnehmer beifallheischend um und mußte zu seiner Überraschung erleben, daß ihm ausgerechnet der am schärfsten widersprach, auf dessen Unterstützung er sicher gerechnet hatte. Jörg Friedrich entgegnete Thamer, daß, wer von den Deutschen als Tätern spreche, ihre Opfer nicht verschweigen dürfe. Es sei jedenfalls inakzeptabel, wenn man wie Thamer in seiner Darstellung des Zweiten Weltkriegs über die Toten der Bombardierungen oder der Vertreibung kaum ein Wort verliere oder sogar den Eindruck erwecke, als handele es sich um gerechtfertigte Vergeltung an Alten, Frauen und Kindern. Thamer lenkte sofort ein und versuchte den Eindruck, der entstanden war, zu korrigieren, aber Friedrich insistierte und zeigte jedenfalls deutlich, daß er zu einem Formelkompromiß nicht bereit war.

Zweierlei ist an diesem Vorgang kennzeichnend für die Person Friedrichs: Unerschrockenheit und eine tiefe Abneigung gegenüber den Versuchen, das Schuldigwerden als Alleinstellungsmerkmal der Deutschen aufzufassen. Seine Konsequenz in dieser Frage hängt ohne Zweifel mit einem Lernprozeß zusammen, der bei jemandem seiner Generationenzugehörigkeit und seiner früheren politischen Orientierung überrascht. Friedrich wurde 1944 in Kitzbühel geboren, wuchs aber in Essen auf. Er geriet wie die meisten seiner Altersgenossen in den Sog der Studentenrevolte, gehörte aber nicht zu den Mitläufern oder Mitgerissenen, sondern

Jörg Friedrich: *Der Sturz der 1. ÖL. Eine Anekdote aus der Zeit der Außerparlamentarischen Opposition*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. Februar 2001.

zu den Wortführern. Er zog sich auch nicht einfach in die Normalität zurück, als der große Rausch vorbei war. Vielmehr übernahm er Anfang der siebziger Jahre die Führung der Berliner „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM). Die GIM gehörte zu den Zerfallsprodukten der APO, unterschied sich aber von den Moskautreuen, den maoistisch oder sonst exotisch orientierten K-Gruppen, den Revisionisten des „Sozialistischen Büros“ und selbstverständlich von den Resten der Antiautoritären. Denn die Gruppe war trotzkistisch ausgerichtet und stellte die deutsche Sektion der „4. Internationale“, sie hatte einen gewissen Personalbestand aus der Nachkiegszeit übernommen, als sich die Trotzkisten auf die Einflußnahme in bestehenden Parteien und Gewerkschaften konzentrierten, vollzog aber unter dem Eindruck des großen Linksrucks eine „revolutionäre“ Kehre.



Jörg Friedrich

Mehr als einige hundert Mitglieder konnte die GIM aber nie gewinnen, und sie blieb wegen dauernder Spaltungen und Säuberungen sogar im Rahmen der kommunistischen Kleinparteien marginal. Immerhin war ihr intellektuelles Niveau fallweise bemerkenswert, und es bleibt einer künftigen Soziologie überlassen, die Frage zu klären, auf welchen Wegen welche ehemaligen Kader ihren Weg nicht nur in die Politik (bevorzugt SPD, Grüne und PDS), sondern auch und gerade in Schlüsselpositionen der Medien fanden. Als die GIM 1986 aufgelöst wurde, gehörte Friedrich schon lange nicht mehr dazu, und im Rückblick hat er ein hartes Urteil über sich und seine Generation gesprochen, vor allem über „den barbarischen Affekt einer Generation, die auf stabile Zustände traf. Im Unterschied zu den vorangegangenen blieb ihr erspart, ihre Ideen auszuleben. Sie hat sich angepaßt, ehe sie richtig auffällig wurde. Man hatte wahrlich mehr im Sinn als die paar Polizeischarmützel. Darum die anhaltende Faszination vor den Exzessen der Väter. Die eigenen blieben leeres Konzept. Erfreulicherweise beschränkt sich das Ergebnis auf die Absonderung von namenlosem Stuß in Wort und Schrift, wie nachzulesen. Mittlerweile will man die Demokratie der Bundesrepublik erfunden haben, die uns doch angewidert hat wie die Sünde. Auch eine Bekehrung! Wären wir zu der Herrschaft, wie wir sie wollten, hinaufgelangt, wir hätten uns dort zweifelsohne höchst blutig bewährt. Das geistige Rüstzeug war fertig. An uns hat es nicht gelegen; die Verhältnisse waren stärker.“

Friedrichs Abwendung vom Trotzkismus bedeutete noch keinen Bruch mit der Linken überhaupt. Er hatte seit Mitte der siebziger Jahre als Journalist gearbeitet und 1982 sein erstes Buch vorgelegt. Es handelte sich um den bei Rowohlt erschienenen Band *Freispruch für die Nazi-Justiz*, der kurz darauf um einen weiteren mit ähnlicher Tendenz – *Die kalte Amnestie* – ergänzt wurde. Wie die Titel zeigen, ging es um eine Auseinandersetzung mit der Art und Weise, in der die bundesdeutsche Justiz und Öffentlichkeit die NS-Zeit aufgearbeitet hatten. Was Friedrich dabei besonders in den Blick nahm, war die ungebrochene Standesorientierung von Richtern und Anwälten, die nach 1945 nicht nur zur Deckung von „Belasteten“, sondern auch dazu geführt hatte, daß Urteile fortbestanden, obwohl sie eindeutig rechtsstaatlichen Kriterien widersprachen.

Die beiden Bücher Friedrichs waren Teil jener forcierten „zweiten Vergangenheitsbewältigung“ (Jürgen Busche), die in Folge von ’68 das politische Klima der späten Bundesrepublik prägte. Erkennbar ging es darum, den „Alten“ am Zeuge zu flicken und die Geschichte der Nachkriegszeit „einzubräunen“. Insofern lag die Erwartung nahe, daß auch der zehn Jahre später von Friedrich publizierte Band *Das Gesetz des Krieges* dieser

Perspektive folgen würde. Das mehr als siebenhundert Seiten starke Buch war das Ergebnis eines Projekts, das die Stadt Nürnberg zur Erschließung der Akten der Kriegsverbrecherprozesse finanziert hatte, und konzentrierte sich auf das Verfahren gegen das Oberkommando der Wehrmacht. Das Ergebnis entsprach den Erwartungen aber nur auf den ersten Blick. Denn das, was Friedrich hier vorlegte, war eine sehr in die Breite gehende Untersuchung zu Krieg, Kriegsrecht, Kriegsbrauch und Kriegsverbrechen, die immer wieder Parallelen zog und zu Schlußfolgerungen führte, die sicher nicht dem Konsens der Tonangebenden entsprachen.

Von zentraler Bedeutung waren die Ausführungen zur Vorgeschichte des Totalen Krieges, die für Friedrich eben nicht mit den Erwägungen Ludendorffs begann, sondern mit den Maßnahmen der Nordstaaten im Sezessionskrieg gegen den unterlegenen Süden. Die Aufhebung jeder Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten, die bewußte Einschüchterung und Vernichtung von Zivilbevölkerung mit dem Ziel, die Widerstandskraft im Volkskrieg zu brechen, das alles waren keine Erscheinungen des 20., sondern schon des 19. Jahrhundert. Die Bereitschaft entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, war außerdem unabhängig vom Grad der „Westlichkeit": Sie wurden zuerst von der demokratischen Musternation praktiziert.

Friedrichs Darstellung kannte allerdings keine Häme, es ging ihm zuerst um die Feststellung, daß Kriegsverbrechen – oder doch Maßnahmen, die dem europäischen Kriegsbrauch radikal widersprachen – regelmäßig auftraten, wenn der Täter die Möglichkeit sah, sie straflos zu begehen, und wenn eine hinreichend große Bedrängnis die Anwendung von Repressalien und Schreckensherrschaft erfolgversprechend erscheinen ließ. Friedrich hat diese Überlegung auch in bezug auf die Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs angewandt und deshalb darauf hingewiesen, daß sich unter den Einheiten, die im Osten an Kriegsverbrechen beteiligt waren, auch solche befanden, die während des Frankreichfeldzugs einen tadellosen Ruf genossen.

Jörg Friedrich: *Die 6. Armee im Kessel der Denunziation. Ende der Legende von der sauberen Wehrmachtsausstellung*, in: *Berliner Zeitung* vom 30. Oktober 1999.

Die Kritik hat sich deshalb nicht nur an der eigentümlichen Darstellungsweise Friedrichs gestört – dem Überbordenden, der Detailversessenheit, der Dauertendenz zum Exkurs – sondern vor allem an dieser komparativen Neigung. So wies Friedrich auch darauf hin, daß die vom Nürnberger Tribunal angeführten Verweise auf die eigene vergleichsweise unblutige Okkupationspraxis der Alliierten kaum verfingen. Die Drohungen bei Besetzung des Reichsgebietes waren drastisch gewesen: Die Rote Armee hatte in Berlin die Erschießung von fünfzig Geiseln bei einem getöteten Sowjetsoldaten für angemessen erklärt, die Franzosen in Stuttgart fünfundzwanzig, die Amerikaner im Harz gingen sogar von zweihundert Zivilisten als Repressalie aus. Daß es zu entsprechenden Maßnahmen nicht kam, war nicht das Verdienst der Besatzer, sondern Folge des Wohlverhaltens der Besetzten: Die Westmächte hatten die „Härte, Zivilisten zu vernichten, … im Krieg genug bewiesen. Als Landeseroberer reichte ihnen das Verwarnen aus ... Das war der Erfolg der anglo-amerikanischen Luftkriegsstrategie. Dem okkupierenden Heer soll der Verschleiß in langwieriger Gegenwehr regulärer und irregulärer Kampfverbände erspart bleiben. Die Bomberflotten bereiten dem Einmarsch den Boden. Weil Briten und Amerikaner die längste Zeit des Krieges nicht über ein Landheer geboten, der Wehrmacht den Kontinent streitig zu machen, griffen sie keineswegs mutwillig, sondern aus militärischer Notwendigkeit zum Bombenterror."

Emblem der „Vierten Internationale"

Trotz gewisser Einwendungen ging die Kritik am *Gesetz des Krieges* noch nicht über einen Anfangsverdacht hinaus. Das änderte sich im Zusammenhang mit Friedrichs Stellungnahmen zur Wehrmachtsausstellung. Friedrich verwies nicht nur auf die Mängel im Detail, sondern auf die fragwürdige Generallinie, die es erlaubte, von einem „Vernichtungskrieg" der deutschen Seite zu sprechen, ohne daß man erkennbar machte, unter welchen Bedingun-

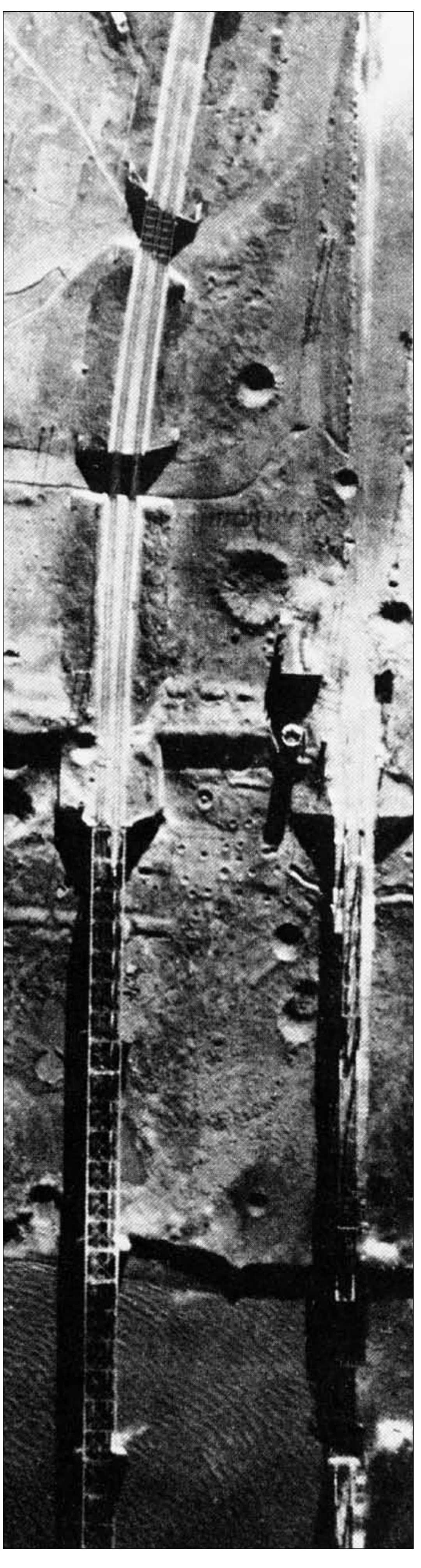
gen diese handelte und vor allem, nach welchen Grundsätzen die Gegenseite verfuhr.

Im Kern handelte es sich um den Vorwurf der ungeschichtlichen Betrachtungsweise, weshalb es überrascht, daß Friedrich seinerseits „Enthistorisierung“ und „Anthropologisierung“ (Dan Diner) in der Darstellung angekreidet wurden. Damit bezogen sich seine Gegner vor allem auf das Buch *Der Brand*, das – anders als *Das Gesetz des Krieges* – eine ausgesprochene Breitenwirkung erzielte. Dieses Buch erschien 2002 und löste sofort heftige Diskussionen aus. Auch hier ging es weniger um die Fakten des Bombenkriegs selbst, die behandelt wurden, als um die dem Autor unterstellte Absicht. Es ist deshalb wichtig, zu betonen, daß Friedrich zwar unerbittlich in bezug auf die Schilderung der Fakten und die Betonung der Dimensionen ist, aber etwa die Kennzeichnung der Bombardements als „Kriegsverbrechen“ ablehnt, da es während des Zweiten Weltkriegs noch keine entsprechenden Rechtsvorschriften gegeben habe. Daß er andererseits nicht geneigt ist, mit einer moralischen Beurteilung zurückzuhalten, wurde an der Wortwahl erkennbar: Friedrich sprach in dem Zusammenhang ausdrücklich von „Terror“, von den Opfern als „Ausgerotteten“ und nannte die Keller, in die sich die Menschen vergeblich flüchteten, „Krematorien“.

Das war eine Weise, von „zweierlei Untergang“ (Andreas Hillgruber) zu handeln, die prompt heftige Attacken der Linken auslöste – Lesungen Friedrichs wurden verschiedentlich gestört oder gesprengt –, aber die schiere Menge des von ihm zusammengetragenen Materials und die Evidenz seiner Argumentation blieben nicht ohne Wirkung. Das mußten auch englische Kritiker, die naturgemäß besonders empfindlich reagierten, zugestehen. Hier hat vor allem der Verweis auf die Einzelschicksale gewirkt, wenngleich Friedrich natürlich eine darüber hinausgehende Erkenntnis fördern wollte: nämlich daß die Bombardements entgegen einer gerade in Deutschland üblichen Erklärung keine – vielleicht sogar: moralisch gerechtfertigte – Strafaktion der Alliierten waren, sondern eine zuerst an Kolonialvölkern erprobte, technisch machbare Form der Kriegführung, die „auf die vorsätzliche Tötung von einer halben Million Zivilisten“ hinauslief.

Den Verdacht, er wolle „aufrechnen“, weist Friedrich immer und immer mit Nachdruck zurück. Tatsächlich muß jede Lektüre seines Buches, die nicht von vornherein böswillig ist, zu dem Ergebnis kommen, daß hier nur versucht wird, das Ganze des historischen Vorgangs darzustellen. Und zu diesem Ganzen gehört eben auch die Vernichtung der deutschen Städte, die Tötung der Wehrlosen durch Brand- und Sprengbomben und die kalkulierte Anwendung einer Tötungsmaschinerie durch Briten und Amerikaner, die sich dadurch in ihrem moralischen Überlegenheitsgefühl keineswegs gestört fühlten.

Letztlich war der Effekt von *Der Brand* nicht ganz der, den Friedrich sich vorgestellt hatte. Jedenfalls gelang es kaum, den Deutschen das Ungeheuerliche der Zerstörung ihres Landes klarer zu machen und damit eine grundsätzliche Verschie-



Bombardierte Brücke über den Yalu

Jörg Friedrich: *Das Messer, das an der Kehle stumpfte. Wie die Sieger des Ersten Weltkriegs im Juni 1919 Europa einen haltlosen Frieden diktierten*, in: *Berliner Zeitung* vom 26. Juni 1999.

bung der üblichen Betrachtungsweise des 20. Jahrhunderts zu bewirken. Insofern muß man Friedrichs jüngstes Buch *Yalu* auch als Versuch eines Neuansatzes betrachten. Der Yalu ist jener Grenzfluß, der Nordkorea und China voneinander trennt. Während des Korea-Krieges bildete er die Linie, die von den USA bei ihren Angriffen auf kommunistische Ziele nicht verletzt werden durfte, wollten sie das Risiko einer direkten Konfrontation mit China und dann der Sowjetunion vermeiden. Friedrich schildert in aller Breite die Voraussetzungen dieses Konflikts, den Verlauf und den Abschluß. Er achtet peinlich darauf, den Ereignissen nicht im nachhinein eine Stringenz unterzuschieben, die sie nicht gehabt haben. Man wird deshalb mit einem fast unentwirrbaren Durcheinander von politischen, militärischen, wirtschaftlichen und ideologischen Interessen, persönlichen Eitelkeiten, Inkompetenzen und Schicksalsschlägen konfrontiert und mit jenen Fakten, die unbedingt geschichtsmächtig waren: die Erfindung und Zündung der Wasserstoffbombe durch die Vereinigten Staaten, die erfolgreiche atomare Nachrüstung der Sowjetunion und schließlich die Gefahr einer wechselseitigen Auslöschung der Supermächte. Friedrich geht es aber nicht nur um den „Totalitarismus" der Bombe, um die verblüffende Skrupellosigkeit, mit der Politiker und Militärs trotz der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs Massentötungen ins Kalkül zogen, sondern auch um die Haupttendenz der historischen Entwicklung in der Nachkriegszeit: die Errichtung eines „Kondominiums" (Raymond Aron) von Washington und Moskau, die in Korea, fern des eigenen Gebietes, an fremder Bevölkerung erprobt hatten, wie weit sie gehen konnten, wobei die eine Seite direkter, die andere indirekter beteiligt war, die USA zum äußersten bereit schienen, aber den letzten Schritt nicht wagten, dafür billigend in Kauf nahmen, daß jede Rücksicht bei der „Verschrottung" der nordkoreanischen Zivilbevölkerung fiel, die UdSSR stärker finassierte, dabei in China einen Partner hatte, der seine eigenen Absichten verfolgte und eine selbst für sowjetische Verhältnisse unvorstellbare Brutalität beim Einsatz von Menschenleben an den Tag legte.

Friedrich läßt seine Darstellung in eine knappe Skizze der Verhandlungen auf der Genfer Abrüstungskonferenz münden, die zwar keine endgültigen Entscheidungen brachte, aber immerhin zur wechselseitigen Erkenntnis der Supermächte führte, daß sie sich nicht besiegen konnten, jede Seite bestenfalls den Status quo wahren und kleinere Verbesserungen durch den Einsatz von „Stellvertretern" erringen konnte, und daß es allemal im Interesse der „partnerschaftlichen Feinde" lag, die durch ihren Konflikt geteilten Länder – Korea, Deutschland, Vietnam, China – geteilt zu lassen.

Friedrich hat seine besondere Darstellungsweise in *Yalu* zum äußersten getrieben. Eine Verschränkung von Ereignisgeschichte und biographischen Reminiszenzen, anekdotischen Bemerkungen und Schilderungen der Atmosphäre, Ausführungen zur Technik und eher philosophischen Bemerkungen. Der Stil ist alles andere als klassisch, vielmehr an journalistischen Arbeitsweisen orientiert; das merkt man nicht zuletzt an der farbigen – manchmal allzu farbigen – Ausdrucksweise. Aber auch wenn das manche formalen Einwände gerechtfertigt erscheinen läßt, bleibt doch vor allem die Wahrnehmung des Eindringlichen zurück.

Eindringlichkeit kennzeichnet auch Friedrichs Vortragsweise, sein leises Sprechen, das aber immer insistiert, dessen Sanftheit jedenfalls eher geeignet ist, den Gegner in Sicherheit zu wiegen, als Nachgiebigkeit oder Zurückhaltung auszudrücken. Als Kontrahenten sollte man Friedrich nie unterschätzen. Er geht dem Streit nicht aus dem Weg. Das hat auch mit dem Erbe von '68 zu tun, einer polemischen Grundtendenz wie man sie ähnlich bei einem anderen prominenten, aber am Rand der Zunft stehenden Historiker seiner Generation findet: Götz Aly. Der hat allerdings mit den alten Ideen nie gebrochen, jede seiner Veröffentlichungen über die NS-Zeit dient nur der Bestätigung der einen These von der Kollektivschuld der Deutschen, während Friedrich längst verstanden hat, daß man diesem Volk, das immer wieder mit „Ergriffenheit, … Feigheit und Einfalt" auf die Forderungen der Vergangenheitsbewältigung reagiert und „seine Erinnerungskultur wie eine Monstranz vor sich her trägt" endlich eine angemessene Vorstellung von der Barbarei des 20. Jahrhunderts geben muß, die nicht mit den deutschen Schandtaten begann, – und nicht mit ihnen endete.

Bibliographie:

Freispruch für die Nazi-Justiz. Die Urteile gegen NS-Richter seit 1948. Eine Dokumentation, Reinbek bei Hamburg 1983.

Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1984.

Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941 bis 1945. Der Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht, zuletzt München 1995.

Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, zuletzt als *Spiegel*-Buch Hamburg 2007.

Brandstätten. Der Anblick des Bombenkrieges, Berlin 2003.

Yalu. An den Ufern des dritten Weltkrieges, Berlin 2007.

Autoren dieses Heftes

Siegmar Faust, 1944, Schriftsteller, studierte Kunsterziehung und Geschichte, später Literatur. Politische Haft in der DDR, Freikauf durch die BRD.
Letzte Buchveröffentlichung:
Der Provokateur. Ein politischer Roman, München 1999

Cornelius Fischer, 1972, dient als Kompaniechef in einer Fallschirmjägereinheit.

Thorsten Hinz, 1962, studierte Germanistik in Leipzig, war 1997/98 Kulturredakteur der Wochenzeitung *Junge Freiheit* und arbeitet seither als freier Autor in Berlin. 2004 erhielt er den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Buchveröffentlichungen:
Zurüstung zum Bürgerkrieg, Schnellroda 2008, *Das verlorene Land. Aufsätze zur deutschen Geschichtspolitik,* Berlin 2008,

Götz Kubitschek, 1970, studierte Germanistik, Geographie und Philosophie. Verheiratet, sechs Kinder. Seit 2002 selbständiger Verleger (Edition Antaios).
Letzte Buchveröffentlichung:
Provokation, Schnellroda 2007

Dr. Erik Lehnert, 1975, studierte Philosophie, Geschichte sowie Ur- und Frühgeschichte, promoviert in Philosophie. Verheiratet, drei Kinder. Letzte Buchveröffentlichung:
Die Existenz als Grenze des Wissens. Grundzüge einer Kritik der Philosophischen Anthropologie bei Karl Jaspers, Würzburg 2006

Vuk Milojevic, 1983, studiert Jura in Wien und Augsburg, Schwerpunkt: Allgemeines und besonderes Völkerrecht, Europarecht. Seminararbeit über *Österreichisch-jugoslawische Kooperation als Reaktion auf ‚Strafmaßnahmen' von EU-Mitgliedstaaten gegenüber Wien und Belgrad in den Jahren 1999 und 2000.*

Konrad Roenne, 1979, studiert Linguistik und Bibliothekswissenschaft, Veröffentlichung von Erzählungen und Essays in Zeitschriften und Anthologien. 2003 Merkur-Essaypreis, 2005 Litarena-Literaturpreis, St. Pölten, 2008 Irseer Pegasus.

Daniel Leon Schikora, 1977, studierte Geschichte und Sozialwissenschaft in Erfurt und München. Derzeit Promotion über die *laicité* in Frankreich.

Prof. Dr. Günter Scholdt, 1946, Professor für Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlandes, Leiter des Literaturarchivs Saar-Lor-Lux-Elsaß. Verheiratet, zwei Kinder. Letzte Buchveröffentlichung:
Zehn Jahre Literaturarchiv Saar-Lor-Lux-Elsaß, St. Ingbert 2006

Josef Schüßlburner, 1954, Jurist, Regierungsdirektor in einem Bundesministerium. Letzte Buchveröffentlichung:
Roter, brauner und grüner Sozialismus. Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus, Grevenbroich 2008

Wolfgang Dvorak-Stocker, 1966, studierte in Wien Geschichte und Germanistik (Magister), seit 1995 Geschäftsführer und Inhaber des Leopold Stocker Verlags in Graz, seit 1999 Herausgeber der *Neuen Ordnung*, 2004 Gründung des Ares-Verlags.

Christian Vollradt, 1973, Studium der Geschichte und Evangelischen Theologie. Verheiratet, ein Kind.

Andreas Vonderach, 1964, studierte Geschichte, Anthropologie, Geographie und Politikwissenschaft. Letzte Buchveröffentlichung:
Landleben in der Heide. Volkskundliche Fotografien von Wilhelm Carl-Mardorf, Heide 2005

Dr. Karlheinz Weißmann, 1959, Studium der Geschichte und Evangelischen Theologie, promoviert als Historiker. Verheiratet, ein Kind.
Letzte Buchveröffentlichung:
Deutsche Zeichen. Symbole des Reiches – Symbole der Nation, Schnellroda 2007

„Man erfreut sich des Wohlstands und liest Böll" – Von der Heimatlosen zur Neuen Linken in der Bundesrepublik

aus dem Institut für Staatspolitik (IfS)*

Im Rückblick auf die Entwicklung der Studentenbewegung in den USA äußerte einer ihrer Führer, Abbott Howard „Abbie" Hoffman, man habe letztlich „die ganze Gegenkultur dazu benutzt, die Jugend anzusprechen, die den *american way of life* satt hatte. Wir haben uns auf die spontane Revolte einer ganzen Generation gestützt. Wir betrachteten die Jugend als eine soziale Klasse, die ihre eigenen Bedürfnisse, ihre eigenen Sehnsüchte hat, wir waren überzeugt davon, daß diese Klasse die Revolution machen würde". Hoffman konnte das auf Grund seiner intimen Kenntnis der Akteure und Ereignisse sagen, er hatte mit den Beatniks sympathisiert und Jahre als Hippie gelebt, bis ihn die allgemeine Politisierung erfaßte, hatte in SNCC und im SDS mitgearbeitet und war wegen seiner Beteiligung am Sturm auf den Konvent der Demokraten vor Gericht gestellt und verurteilt worden. Seine öffentlichen Auftritte hatten etwas Clowneskes, seine Aktionen erinnerten manchmal an Eulenspiegeleien, aber es war nicht zu verkennen, daß er einer radikalen Vorstellung von Theorie und Praxis folgte.

Die Kombination von Gegenkultur, Generationenkonflikt und revolutionärer Rhetorik bildete ein Ganzes, das als Ganzes aus den USA nach Europa importiert wurde. Es waren zuerst nicht die abstrakten Ideologeme, die Demonstranten auf die Straße brachten, sondern Bilder von den großen Unruhen in den USA und die Lieder von Joan Baez und Bob Dylan, später John Lennons „Give peace a chance" oder Jim Morrisons „We want the world and we want it now". „Wir wollen die Welt und wir wollen sie jetzt" kann man als gemeinsame Parole des Jugendprotestes im Wohlfahrtsgürtel bezeichnen. Die USA boten ein Modell und die westliche Welt ahm-

*Abdruck aus der eben erschienenen Studie *'68. Ursachen und Folgen*, die von der Arbeitsgruppe 2 des Instituts für Staatspolitik (IfS) verfaßt wurde. Bezug: www.staatspolitik.de oder 03 46 32/909 42.

te es nach. Das entsprach dem Zuge der großen Amerikanisierung, die seit Jahrzehnten Kauf-, Kleidungs- und Ernährungsgewohnheiten, Mode, populäre Kultur und Sprache über den Atlantik kommen ließ.

Die „Lebensstilrevolution" (Rainer Bieling) der sechziger Jahre mit Hippie-Look und langen Haaren, Rockmusik und „Gammelei", Minirock und Gleichberechtigung der Frau, Freigabe der „Pille" und „Sex-Welle" bereitete den Boden. Die Politisierung konnte aber erst dann erfolgen, wenn man die Bedingungen vor Ort einbezog. Es gab einige Fälle, in denen Führer der Achtundsechziger direkten Anschauungsunterricht in den USA genossen hatten – Karl Dietrich „Ka-De" Wolff etwa, der als Austauschschüler die ersten Aktionen der Bürgerrechtsbewegung in Michigan miterlebte oder Ekkehart Krippendorff, der als Student in Berkeley die Go-Ins und Sit-Ins beobachten konnte –, und außerdem unterstützten linke Studenten in Berlin eine Gruppe von Amerikanern, die Deserteure der US-Armee versteckte, und dafür Lektionen in bürgerlichem Ungehorsam nach amerikanischem Muster erteilte.





Von Pankow bezahlt: Ausgabe der „Studentenzeitung" konkret *nach dem Mauerbau, 1961*

Aber man sollte dem keine übermäßige Bedeutung zumessen. Die Mobilisierung und Radikalisierung der Jugend in den europäischen Staaten hatte immer auch zu tun mit den spezifischen Ausgangsbedingungen: der Bedeutung einer nationalsozialistischen (Westdeutschland), faschistischen (Italien) oder kolonialistischen Vergangenheit (Frankreich/Großbritannien), einer betont liberalen (Niederlande/Skandinavien) oder einer betont autoritären Tradition (Westdeutschland/Frankreich), einer ausgeprägten (Frankreich/Großbritannien/Italien) oder weniger ausgeprägten Klassenstruktur (Westdeutschland/Niederlande/Skandinavien) der Gesellschaft, der Stärke (Frankreich/Italien) oder Schwäche (Westdeutschland/Großbritannien) der Kommunisten, einer besonderen Übung in gewalttätigen Aktionsformen (Frankreich/Italien) oder einem Mangel an solcher Übung (Westdeutschland/Großbritannien/Niederlande/Skandinavien).

Rainer Bieling: *Die Tränen der Revolution. Die 68er zwanzig Jahre danach*, Berlin 1988.

Betrachtet man die Situation in der Bundesrepublik, so schien in der ersten Hälfte der sechziger Jahre wenig dafür zu sprechen, daß sich die Lage innerhalb kurzer Zeit dramatisch verändern würde. Die Regierungserklärung Ludwig Erhards vom 10. November 1965 hatte mit dem Satz begonnen: „Die Nachkriegszeit ist zu Ende!" Wohl selten wurde die Aussage eines Politikers durch die Ereignisse so rasch und so gründlich widerlegt. Dabei hatte der Bundeskanzler allen Grund für seine hoffnungsfrohe Erwartung. Der Einbruch der Konjunktur war ausgeglichen und alles deutete auf eine Normalisierung hin. Auch die Verabschiedung der „Notstandsgesetze" sollte zu diesem Prozeß beitragen. Seit 1958 hatte es verschiedene Entwürfe gegeben, um Regelungen des Ausnahmezustands zu schaffen und die für diesen Fall noch bestehenden Vorbehaltsrechte der Siegermächte zu ersetzen. Innerhalb des Bundestages war mit breiter Zustimmung zu dem Gesetzesvorhaben zu rechnen. Die von SPD und Union seit 1966 getragene „Große Koalition" rechnete nicht mit ernsthaftem Widerstand.

Rudolf Krämer-Badoni: *Vorsicht, gute Menschen von links.* Aufsätze und Essays, Gütersloh 1962.

Um so unerwarteter kam der Aufstieg der „Außerparlamentarischen Opposition" (APO), die sich mit einer bis dahin ganz unbekannten Heftigkeit gegen die Notstandsgesetze – pejorativ: „NS-Gesetze" – wandte. Unerwartet deshalb, weil der „Wertewandel", der diesen Prozeß begünstigte, noch kaum bemerkt worden war. Seit dem Beginn der sechziger Jahre hatte sich das kulturelle Klima in der Bundesrepublik aber deutlich verändert. Die wichtigsten Gründe waren die neue Welle der „Vergangenheitsbewältigung" – ausgelöst durch die Kölner Hakenkreuzschmierereien von 1959 und den Beginn der Auschwitzprozesse in Frankfurt 1960 – und die allmähliche Verdrängung von „Pflicht- und Akzeptanzwerten" durch „Freiheits- und Selbstentfaltungswerte". Das hing mit der Ausbreitung des Massenkonsums und einer Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft in der Nachkriegszeit zusammen. Was immer in der Nachkriegszeit „restaurativ" erschienen war, hatte nur einen dünnen Firnis gebildet.

Der Wertewandel mußte der Linken in vieler Hinsicht entgegenkommen, jedenfalls der „Heimatlosen Linken", die sich der eigenen Bedeutung vor allem durch Pflege eines Hypermoralismus versicherte, einerseits das „Individuum" dauernd durch Unterdrückung, andererseits die Gesellschaft dauernd durch die Heraufkunft eines neuen „Faschismus" bedroht sehend. Nach dem Verbot der KPD und dem Beschluß des „Godesberger Programms" durch die SPD besaß die „Heimatlose Linke" nur noch Rückhalt in kleineren Gruppen – der Neutralisten, der Pazifisten im Umfeld der Ostermarsch-Bewegung, der undogmatischen Sozialisten und aller möglichen Lebensreformer – und in der „progressiven" Kulturszene. Deren Einfluß war erheblich. Rudolf Krämer-Badoni sprach schon 1962 über die „konstitutionell linke Haltung der Literaten und Intellektuellen, die ungefähre Linke, die schöne Linke, die so großen Anklang bei sich selbst und bei denen findet, die gern dazugehören möchten".

Werner Ross: *Mit der linken Hand geschrieben ... Der deutsche Literaturbetrieb*, Texte + Thesen, Bd 170, Osnabrück 1984.

Angesichts der besonderen Bedingungen des Literatur- und Kunstbetriebs war das „Dazugehören" von entscheidender Wichtigkeit, und jedes Kalkül hatte die politischen Präferenzen der Tonangebenden einzubeziehen, und die lagen regelmäßig auf der Linken. Vor allem die „Gruppe 47" spielte in dem Zusammenhang eine wichtige Rolle, die sich in der Nachkriegszeit nicht nur den Zugriff auf die Feuilletons gesichert hatte, auf unübersehbare Weise mit den wichtigen Verlagen verbunden war und sogar Einfluß auf die Besetzung von Leitungspositionen im Rundfunk und dann im Fernsehen nehmen konnte. Von Hans Werner Richter und Wolfgang Koeppen, über Heinrich Böll und Günter Grass bis zu Walter Jens und Axel Eggebrecht gab es kaum eine bedeutende Figur der Kulturszene der frühen Bundesrepublik, die man nicht der Gruppe 47 oder deren Umfeld zurechnen muß.

Ihre Protagonisten waren praktisch identisch mit den Wortführern der „Heimatlosen Linken": „Das Wort soll heißen", so Wolf Jobst Siedler in einem Text von 1962, „daß sie sich verlassen in unserem Staat vorkommen, daß sie ein versprengtes Häuflein nicht Dazugehöriger sind, daß sie sich als Außenseiter unserer Gesellschaft fühlen. Wenn man sie trifft, erzählen sie von den Verfolgungen, denen sie ausgesetzt sind, und von den Nöten des Geistes in der Wirtschaftswundergesellschaft ... Es ist ein jammernswertes Bild, das da entworfen wird. Fast könnte es vergessen machen, daß es sich bei den deutschen Linksintellektuellen um die einflußreichste und sozusagen marktbeherrschende Gruppe des deutschen Literatur- und Kulturbetriebes handelt. Denn die ‚Heimatlose Linke' hat so ziemlich alle Positionen erobert, in denen Kunst heute verwaltet und dirigiert wird."

Die Weltanschauung der „Heimatlosen Linken" bildete kein kohärentes Ganzes. Es handelte sich aber immer um eine „fortschrittliche" und „kritische" Haltung, die tendenziell im Westen mehr oder genauso viel Übles sah wie im Osten, die Vergangenheitsbewältigung in jedem Fall verewigt sehen wollte, eine verschwommene Vorstellung von Sozialismus und eine etwas genauere Vorstellung von „Humanismus" vertrat. In den fünfziger Jahren spielte der Existentialismus eine wichtige Rolle, abgelöst durch den „Neomarxismus" in den Sechzigern.

Clemens Albrecht: *„Das Allerwichtigste ist, daß man die Jugend für sich gewinnt." Die Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, Schriftenreihe der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung, H. 3, München 2002.

Unter diesem Begriff können alle heterodoxen marxistischen Theoretiker zusammengefaßt werden, neben Trotzki vor allem Lukács, Bloch und Kofler sowie die ganze Gruppe, die man als „Frankfurter Schule" bezeichnet. Deren Konzept – vor allem die Synthese aus Marxismus und Psychoanalyse – war von Marcuse in den USA allerdings ungleich schärfer herausgearbeitet worden als von den deutschen Schulhäuptern Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. Die beiden hatten nach ihrer Rückkehr aus dem Exil das marxistische Element zurücktreten lassen und eine Art Ausgleich mit dem bürgerlichen Staat gesucht. Bezeichnenderweise fand Horkheimer sogar den jungen Jürgen Habermas „zu links". Aber das war, bevor am Frankfurter Institut für Sozialforschung der Nachwuchs noch unmißverständlicher die Rückbesinnung auf die radikalen Anfänge der „Schule" verlangte. Adorno schien eher bereit, dem nachzukommen als Horkheimer; er sah dabei auch die Möglichkeit, aus dem Schatten des anderen herauszutreten.

Mit einer Revolutionstheorie hatte das allerdings immer noch nichts zu tun. Rüdiger Safranski meinte rückblickend: „Ich hab' ja angefangen zu studieren im Jahr 1964, bin Jahrgang 1945 und in der Provinz, in Rott-

weil, kleine Stadt in Süddeutschland, großgeworden, und da war Adorno – 64 schon – so eine Kultfigur. Adorno zu lesen, im Freibad, wenn man dann das Buch *Minima Moralia* auf dem Handtuch liegen hatte, das gab Startvorteile. Das war schon was, und das war noch weit vor 68. Er war schon ein Geheimtip, und deswegen reizte mich dieser Mann. Ich glaube, ich war damals noch sehr existentialistisch gestimmt, und auch sehr ästhetisch-literarisch ambitioniert und an Adorno war doch dann das Faszinierende jetzt nicht so sehr der gesellschaftstheoretische Großentwurf, sondern dieses ästhetisch Anspruchsvolle und Rätselhafte, was auch in dieser Theorie war. Man empfand, seine Theorie, die war so gestrickt wie ein Gedicht, man rätselte darüber, wie man über ein Hölderlin-Gedicht rätseln konnte. Und das war nicht ein Kursus in Gesellschaftstheorie, sondern das waren kabbalistisch-rätselhafte Texte.“

www.waswarlinks.de

Verglichen damit wirkten die zum selben Zeitpunkt veröffentlichten Thesen Marcuses über „Konsumterror“, den repressiven Charakter des westlichen Kapitalismus und das „,Naturrecht‘ auf Widerstand“ der progressiven Minderheit wie direkte Handlungsanweisungen. Aber an deren Erfolg glaubten auch in Kreisen der linken Basis nur wenige. Vielleicht mit Ausnahme der illegalen KPD, die aber dogmatische Vorbehalte hatte, seit 1955 im Untergrund operierte, und mit Geld, das aus der DDR kam, nicht nur den eigenen Zusammenhalt gewährleistete, sondern auch an der Entstehung einer subversiven Presse, allen voran das Blatt *konkret*, beteiligt war. „Subversion“ war gleichzeitig das Stichwort für gewisse Einzelinitiativen, in denen man nichts von Kaderarbeit hielt, sondern eine Mischung aus *Happening* und politischer Agitation bevorzugte. Kleine, elitäre Gruppen wie die „Subversive Aktion“, aus der später die „Kommune I“ hervorgehen sollte, hingen zwar mit der Raubdruckerszene zusammen, die marxistische Klassiker per Matrize vervielfältigte, und zu den Tarnorganisationen der KP Verbindung hielt, aber auch in ihren Reihen glaubte man nicht, daß die Massen aus der Umklammerung von Konsum und Kapital zu befreien seien. Es handelte sich eher um einen anarchischen Versuch, jede Autorität in Frage zu stellen.



Keine Rettung in Sicht: die Frankfurter Schulhäupter Adorno, Horkheimer, Habermas und Friedeburg als „Marx Brothers“, Zeichnung von Alfred von Meysenburg, 1969.

Das „Antiautoritäre“ war in den frühen sechziger Jahren der kleinste gemeinsame Nenner der verschiedenen neulinken Strömungen. Daher rührte auch die Sympathie für gegenkulturelle Muster aus den USA. Die reichte wiederum deutlich über die Grenzen der Szene hinaus, aber weder das, noch der Wertewandel noch die Einflußnahme der Kulturlinken genügten als Voraussetzung für den großen Umbruch.

Zehn Jahre zuvor, 1957, hatte der Soziologe Helmut Schelsky sein Buch *Die skeptische Generation* veröffentlicht und es mit einem Ausblick abgeschlossen. Die „skeptische Generation“, so Schelskys These, durch den Krieg und den Nachkrieg geprägt, hätten Not und Elend hinreichend gefeit gegen jede ideologische Versuchung. Aber der Mangel an Überschwang sei im Grunde unnatürlich für Heranwachsende. Deshalb solle man die „Halbstarkenkrawalle“ oder die Ausschreitungen nach Rock’ n’ Roll-Konzerten als Symptome eines normalen Dranges ansehen und sich darauf gefaßt machen, daß das „kommende Geschlecht“ alles andere als ein skeptisches sein werde. „Ich bin“, so schloß Schelsky, „überzeugt, daß die Phantasie der jugendlichen Ausbruchsversuche aus der Welt in Watte, die man ihr zumutet, aller praktischen Weisheit der Pädagogen, Politiker, Psychologen und Soziologen der Anpassung überlegen sein wird.“

Jenseits des Tellerrands – DDR und ’68

von Siegmar Faust

DDR und ’68 läßt sich leicht auf einen Nenner bringen: An eine Studentenrevolte war dort nicht zu denken, und mit der Jahreszahl „1968“ erinnerte man sich vor allem der Niederschlagung des „Prager Frühlings“. Alexander Dubček wurde nämlich im Januar 1968 zum Chef der Kommunistischen Partei (KP) seines Landes gewählt. Er legte in Moskau ein Reformprogramm vor, das die volle Zustimmung der UdSSR bekam. Als er es dann umsetzte, stieß er bei den Partnern im Ostblock auf Ablehnung, allen voran bei Walter Ulbricht. Im April bildete sich eine neue Regierung unter Oldrich Cernik, und sofort wurden Reformprozesse eingeleitet, die das Parteiorgan *Rudé Pravo* mit den Worten „tschechoslowakischer Weg zum Sozialismus“ zusammenfaßte. Die Gesellschaft sollte liberalisiert werden und der Sozialismus ein „menschliches Antlitz“ bekommen. Die Zensur wurde abgeschafft und die bürgerliche Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit garantiert. Dubček wurde zur weltweit berühmten Symbolfigur des „Prager Frühlings“. Auf einem Gipfeltreffen im August versuchten die „sozialistischen Bruderländer“ letztmalig, die Abtrünnigen zur Umkehr zu bewegen. Dubček jedoch hielt an den Reformen fest und genoß die Sympathie der Bevölkerung. In der Nacht vom 20. zum 21. August walzten die Truppen des Warschauer Paktes mit Panzerketten den Prager Frühling nieder. Dubček wurde nach Moskau verschleppt. Dort unterzeichnete er die Kapitulationsurkunde des Reformprozesses sowie die Einführung politischer Verhältnisse nach altem Muster.

Auch in Polen brodelte es. Die März-Unruhen kennzeichneten eine politische Krise, die mit Studentendemonstrationen begann, besonders in Warschau, Danzig und Krakau. Die Aufsässigkeiten wurden durch Einheiten der Miliz und Reservisten der Volksarmee niedergeschlagen. Am 30. Januar 1968 kam es zu einer Empörung vor dem Denkmal Adam Mickiewicz’ gegen die Absetzung des Stücks „Totenfeier“ im Warschauer Volkstheater. Die Vorführungen waren stets ausverkauft, ständig gab es Szenenbeifall. Nach dem Vorstellungsende wurde skandiert: „Wir wollen Kultur ohne Zensur!“

Ehrhart Neubert: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Berlin 1997.

Die Miliz löste die Kundgebung gewaltsam auf und 35 Demonstranten wurden festgenommen. Zwei Studenten wurden zwangsexmatrikuliert (darunter der 1981 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik ausgezeichnete Adam Michnik), da sie mit Reportern der französischen Presse gesprochen hatten.

In den Folgemonaten organisierte die KP Polens eine Kampagne gegen die „Aufrührer und Verräter der Nation". Sündenböcke waren schon zuvor ausgespäht worden: Überlebende des Holocausts und deren Nachfahren. Sie wurden als „Zionisten" verunglimpft, denn sie seien vom Ausland finanzierte Konterrevolutionäre, die bloß Jugendliche den Imperialisten in die Arme treiben wollten. „Arbeiter" demonstrierten für die „Entfernung aller zionistischen Elemente aus Staat und Partei". Zehntausende Juden sollen ihre Stellung verloren, einige Selbstmord begangen haben, knapp 20.000 verließen das Land. Mit der Ausreise verloren sie automatisch die polnische Staatsbürgerschaft und wurden staatenlos.

Ganz andere Probleme hatte man 1968 in Wien. Dort machte im Juni eine Revolte der besonderen Art von sich reden. Im Hörsaal 1 der Universität Wien fand eine Aktion unter dem Titel „Kunst und Revolution" vor rund 300 Zuschauern statt und wurde von den Aktionisten Brus, Export, Muehl und Wiener ausgeführt. Die nahezu vollständig versammelten Hauptdarsteller des Wiener Aktionismus brachen dort gleich mehrere Tabus: Nacktheit, das Verrichten der Notdurft, Masturbation, Auspeitschen, Selbstverstümmelung, das Verschmieren der eigenen Exkremente am nackten Körper und das Erbrechen durch Reizung der Speiseröhre – all das unter dem Absingen der Nationalhymne auf der ausgebreiteten österreichischen Nationalflagge. Die von Journalisten aufgeschreckte Öffentlichkeit prägte lediglich den Begriff „Uni-Ferkelei".

An solches war in Ost-Berlin nicht zu denken: Die Volksregierung der deutschen „Volksrepublik" beglückte ihre durch Volkspolizei, Volksarmee und die Volksgenossen von der unsichtbaren Front in Schach gehaltenen Untertanen mit einem neuen Verfassungsentwurf, nachdem die Volkskammer erst im Januar einstimmig ein neues Strafgesetzbuch mit Strafverschärfung für politische Delikte beschlossen hatte. Das erste Mal durfte das Volk am 6. April 1968 per Volksabstimmung darüber mit Ja oder Nein abstimmen. Worüber durfte abgestimmt werden? Zunächst wurde die DDR als „sozialistischer Staat deutscher Nation" definiert, in dem die Führungsrolle der SED auf alle Zeiten festgeschrieben wurde. Außerdem erlaubte der Artikel 27 nur demjenigen seine „Meinung frei und öffentlich zu äußern", der mit den Grundlagen der Verfassung übereinstimmte. Kritik an der Sowjetunion verbot sich von selber, denn im Artikel 6 stand wörtlich: „Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet." Das überbot sogar Hitlers Anmaßung vom „Tausendjährigen Reich". Im Gegensatz zur ersten Verfassung von 1949 sollte die neue jetzt nicht mehr fürs ganze Deutschland gelten. Es war nur noch die Rede von der „Herstellung und Pflege normaler Beziehungen" und der „Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten". Als neu galt, daß Volksabstimmungen quasi abgeschafft wurden. Deshalb blieb die Verfassungsabstimmung 1968 die einzige dieser Art in der DDR.

Studenten der Leipziger Karl-Marx-Universität um Jürgen Rudolph sowie den christlichen Biologen Christof Tannert verteilten in Hausbriefkästen selbstgefertigte Flugblätter, auf denen dezent darauf aufmerksam gemacht wurde, daß man dieses Mal wirklich abstimmen dürfe. Auf den Flugblättern stand: „Nein oder Ja. Laß Dein Gewissen entscheiden!" Die Stasi brauchte lange, den Wahlhelfern auf die Spur zu kommen, die mittlerweile schon übers Land verteilt im Berufsleben standen. Doch ab 1971 saßen sie wieder in Leipzig ein, recht unbequem in der Stasi-Untersuchungshaftanstalt. Dort wurde ihre Wahlhilfe als „psychologisch ausgeklügelte und deshalb besonders raffinierte Form der staatsfeindlichen Hetze" bewertet. Das verkündete Wahlergebnis sorgte für Überraschung: Mehr als fünf Prozent der DDR-Bewohner stimmten gegen die neue Verfassung. Ansonsten wurde ungern mehr als ein Prozent Nein-Stimmen zugegeben.

Klaus Schroeder: *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR*, München 1998.

Im August 1968, nach dem Einmarsch ins „Bruderland", als der Versuch, „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" zu installieren, gescheitert war und sich der Philosophiestudent Jan Palach auf dem Wenzelsplatz aus Protest öffentlich verbrannte, veränderten sich viele Biographien bis dahin loyaler und sozialistisch denkender DDR-Bewohner. Während Wolf Bier-



Das Ende des Prager Frühlings: Studenten mit tschechoslowakischer Fahne vor sowjetischen Panzern.

mann als Kritiker des realen und Lobsänger des humanen Sozialismus in dieser Situation um sein Leben fürchtete und sich versteckte, hißten seine Jünger (darunter Funktionärssöhne wie der spätere Schriftsteller Thomas Brasch oder die Söhne des Dissidenten Professor Robert Havemann oder Sandra Weigel und die Liedermacherin Bettina Wegner) in Berlin die tschechoslowakische Flagge und verteilten Flugblätter. Andere schrieben lediglich wie der spätere Kabarettist und Schriftsteller Bernd-Lutz Lange „Dubček" an Häuserwände und wurden ins Gefängnis gesteckt oder zu Spitzeldiensten erpreßt. Die Intervention war auch für den aus dem Vogtland stammenden Bernd Eisenfeld ein Schock. Er schrieb der tschechoslowakischen Botschaft: „Halten Sie stand – Behalten Sie Hoffnung." Auf einer Schreibmaschine stellte er Flugblätter mit Lenin-Zitaten her, die er in Halle verteilte. Er wurde verhaftet und zu 30 Monaten Freiheitsentzug verurteilt.

Im Mai 1968 wurde auf Geheiß Walter Ulbrichts in Leipzig die 1240 geweihte Paulinerkirche gesprengt, weil das Gotteshaus, das über 400 Jahre als Aula, Begräbnisstätte und Ort akademischer Feierlichkeiten das geistige Zentrum der Universität war, Kommunisten provozierte. Dietrich Koch wurde bei einer Protestansammlung vor der Kirche festgenommen und von der Deutschen Akademie der Wissenschaften, in der er als Physiker arbeitete, fristlos entlassen. Bald danach entrollte sich zum internationalen Bachwettbewerb in der Leipziger Kongreßhalle in Anwesenheit hoher Funktionäre automatisch ein Plakat mit einer Zeichnung der Kirche und der Aufschrift „Wir fordern Wiederaufbau". Koch hatte zusammen mit seinem Bruder Eckhard den Weckerauslösemechanismus gebaut. Nachdem die Initiatoren Welzk und Fritsche in den Westen geflohen waren, verhaftete der Staatssicherheitsdienst zwei Jahre später mehrere Leipziger, darunter auch Koch. Sie wurden durch einen westdeutschen Linken bei der Stasi denunziert. Koch ist der einzige wegen dieses Plakatprotestes Verurteilte und hat in dem dreibändigen Werk *Das Verhör. Zerstörung und Widerstand* berichtet, wie die Stasi in einem zweijährigen Ermittlungsverfahren dieses „Verbrechen" aufzuklären suchte.

Karl Wilhelm Fricke: *Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968*, Köln 1990.

Die Stasi hatte 1968 im wahrsten Wortsinn alle Hände voll zu tun. Leipziger Medizinstudenten weigerten sich, Blut für Vietnam zu spenden, was natürlich ihre Strafversetzung in die Produktion bewirkte. Schauspielstudenten erlaubten sich, ein pazifistisches Pamphlet zu verfassen, ausgerechnet in diesem Jahr des verschärften Klassenkampfes, wo die Funken der Rebellion nicht nur aus dem Westen, sondern auch aus dem Osten ins Musterländle des Sozialismus stoben. Daß die männlichen Studierenden zur Armee eingezogen wurden, versteht sich von selber.

Und dann gab es noch diese „Lyrik-Spinner", wie Stasi-Offiziere sie zu nennen pflegten. Da Ulbricht ängstlich erwog, das renommierte Literatur-Institut in Leipzig zu schließen, das Diplomschriftsteller unter privilegierten Bedingungen heranzog, wurde dort schon im Frühjahr eine Säuberungswelle eingeleitet, der fast ein Drittel der Studenten zum Opfer fiel. Aber diese nach freiem Ausdruck suchenden Jungpoeten ließen sich nicht entmutigen, sondern mißbrauchten ein volkseigenes Ausflugsboot auf einem Stausee zu einer Lyrik-Lesung, darunter: Heide Härtl, die 1987 illegal den „bergen-verlag" als ersten unabhängigen Verlag der DDR gründete; ihr damaliger Mann, der spätere Uwe-Johnson-Preisträger Gert Neumann; der Lyriker und Erzähler Kristian Pech; der spätere Gebrüder-Grimm-Preisträger Andreas Reimann (der 1968 als erster aus dem Freundeskreis verhaftet und wegen staatsfeindlicher Hetze zu zwei Jahren Haft verurteilt wurde); Bernd-Lutz Lange (der vor allem durch den Aufruf der „Leipziger Sechs" bekannt wurde und dazu beitrug, daß die Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 mit über 70.000 Teilnehmern friedlich verlief) oder die Maler Dietrich Gnüchtel und Michael Flade (der ebenfalls übers Gefängnis in den Westen freigekauft wurde und sich dort, entsetzt über die linke Kulturszene, 1982 das Leben nahm), sowie der Verfasser

dieser Zeilen, der damals als Motorbootfahrer die Aktion steuerte und mit Zitaten aus dem Programm der Prager Reformkommunisten die „Riverboatparty“ anheizte.



Der Aussteiger, *Linolstich von Wolfgang Mattheuer, 1981*

Die Gedichte des späteren Büchner-Preisträgers Wolfgang Hilbig nahmen auf dem Boot „den größten Raum der Diskussion“ ein, wie der smarte Dichter, Student und aus Magdeburg stammende Domprediger-Sohn Odwin Quast nachträglich seiner „Firma“ berichtete, für die er bis zum Ende als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) tätig war: „Die zahlreichen Gedichte Hilbigs haben fast durchgehend den gleichen Inhalt: das nicht Zurechtkommen in dieser Gesellschaft, das sich ausgestoßen fühlen. Daraus resultieren dann verallgemeinerte Angriffe gegen diesen Staat, seine Gesellschaftsordnung und seine Menschen ... Ein Grundthema seiner Lyrik ist die Deutschlandproblematik ausgehend von einem imaginären Deutschland, wobei er die tatsächlichen Grenzverhältnisse mutwillig mißachtet.“

Derweil hüpften im Westen diejenigen, die gegen den „Muff von 1000 Jahren unter den Talaren“ anrannten, mit Ho-Ho-Ho-Chi-Minh-Geschrei durch die Straßen und streckten die Konterfeis kommunistischer Massenmörder in die Höhe. Insbesondere der Vietnamkrieg bot den Ansatz zur „Entlarvung“ des von vielen Jugendlichen als unerträglich empfundenen Widerspruchs zwischen märchenhaften Idealen und der desillusionierenden Realität westlicher Demokratien. Ein Blick über den Tellerrand hinaus in Richtung Osten hätte sie eines Besseren belehren können. Er wurde aber nicht gewagt, und so kam es zur Aufkündigung des antitotalitären Konsenses zugunsten Stalins Antifaschismus und zur Radikalisierung des linken Spektrums. Trotz der Regierungsbeteiligung einer von dem Antikommunisten Kurt Schumacher weit abgerückten SPD, wurden Prinzipien westlichen Demokratieverständnisses verworfen zugunsten utopischer Sozialismusvorstellungen aller Varianten – von Marx, Lenin und Trotzki bis hin zu Mao, Castro, Che Guevara, Kim Il Sung oder Enver Hoxha. Keine massenmörderische Peinlichkeit wurde ausgelassen. So konnte eine Außerparlamentarische Opposition (APO) den Boden für den Terrorismus bereiten. Parallel dazu lief der von Rudi Dutschke nach chinesischem Vorbild ausgerufene „lange Marsch durch die Institutionen“ an.

Was diese Generation eigentlich angerichtet hat, brachte die 1971 geborene und in einem linken Kinderladen aufgewachsene Sophie Dannenberg mit ihrem Buch *Das bleiche Herz der Revolution* auf den Punkt: „Die 68er waren groß im Zerstören von Institutionen und Werten: Die deutschen Universitäten haben sie auf dem Gewissen, die Familie, das Leistungsprinzip, Etikette und Anstand, Verläßlichkeit und Geborgenheit ... Was die 68er damals ideologisch legitimierten, hat sich gesellschaftlich vollzogen, aber nicht als Utopie, sondern als Verwahrlosung.“ Die antizivilisatorische Bewegung der 68er, die viele nur selber an die Tröge der Macht und eines spießigen, herrschsüchtigen Wohllebens brachte, verkörpert den Abschaum auf dem Fluß der Geschichte. Es ist vonnöten, die untergründige Bewegung zum Vorschein zu bringen. Oberflächlich betrachtet, mag es, wie *Der Spiegel* behauptet, eine „heterogene Masse mit unterschiedlichen Auffassungen“ gewesen sein, aber das, was sich heute alles der Achtundsechziger-Generation zugehörig fühlt und deren Wesen verschleiert, ist auf den Kern zu reduzieren, um diese Bewegung und ihre Auswirkungen benennen zu können.

Jean-Maria Lustiger, der sich einst als Jude vor den Nationalsozialisten verstecken mußte, konvertierte 1940 zum Katholizismus und gelangte 1983 zu Kardinalswürden. Als Chef der Pariser Studentenpfarrer erlebte er 1968 die Revolte, an deren Spitze der heutige EU-Parlamentarier Daniel Cohn-Bendit stand. Lustiger erkannte sofort die Richtung, aus der diese Bewegung kam, und urteilte: „Hohle Phrasen, verbaler Radikalismus. Dieses Wiederaufleben des Irrationalen ist eine Spiegelung des Nazismus.“

Stasimuseum Berlin

von Günter Scholdt

Berlin-Lichtenberg: ein grauer Novembertag des Jahres 2007. Regen und Kälte, die frösteln macht, passen zur Szenerie. Wir sind auf der Suche nach dem Stasimuseum, auf das uns ein Schild beim Ausstieg aus der U-Bahn-Station Magdalenenstraße aufmerksam gemacht hat. Bald stehen wir ein wenig ratlos zwischen mächtigen Häuserblocks, die eine zentrale Informationstafel vermissen lassen. Auch andere Besuchswillige irren zunächst unschlüssig herum, bis sie uns in ein Gebäude folgen, mit der Aufschrift „Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße".

Ja, hier seien wir richtig, bestätigt uns die Dame am Schalter.

Das Foyer präsentiert ein Holzmodell, das mittels Lämpchen den Riesenkomplex verdeutlicht, den diese Staats-„Sicherheits"-Krake allein schon räumlich eingenommen hat. Eine Landkarte verweist auf die Hundertschaft von „Guck-und-horch"-Filialen auf DDR-Gebiet. Besondere Aufmerksamkeit verdient ein Gefangenenwagen mit fünf kaum vorstellbar kleinen Zellen von einem halben Quadratmeter, in dem die Delinquenten, in Handschellen gefesselt und nicht selten wohl auch einmal halb erstickt, zu ihren Peinigern transportiert wurden.

Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Öffnungszeiten:
Mo–Fr: 11.00 – 18.00 Uhr
Sa, So, Feiertag:
14.00 – 18.00 Uhr

Über eine Treppe gelangen wir zu weiteren Reliquien der Ausspähung und des Terrors: Riechproben von Verdächtigen zum Beispiel, hinter Vogelhäuschen oder Baumstämmen verborgene Kameras, uniformierte Kleiderpuppen in Glasvitrinen, darüber hinaus Hunderte von Fotos, Aktenstücke und sonstige Texte mit den sattsam bekannten Propagandaphrasen der Zeitungen, Proklamationen oder Dokumente.

Besonders beeindruckt die Etage mit den Amtsräumen des letzten Stasi-Ministers Erich Mielke, die weitgehend im Originalzustand belassen sind. In diesem funktionsbezogenen holzgetäfelten Ambiente wirkt der *genius loci* des bürokratischen Schreckens unmittelbar. Darüber hinaus fesseln zwei Räume meine Aufmerksamkeit, vollgestopft mit Geschenkutensilien, die neben Geldprämien den Diensteifer der Stasimänner und -frau-

en anstacheln sollten. Wir entdekken zahlreiche Exponate einer skurrilen Nippesindustrie zum Segen jener, die offenbar zusätzlicher moralischer Aufrüstung bedurften, da sie die Früchte ihrer lichtscheuen Verdienste vielfach fernab öffentlicher Anerkennung auskosten mußten.



Kontrolle: Monitore im Vorraum der Leipziger Stasi-Verwaltung

Sie galt es, bei Laune zu halten, im Sinne jener Himmlerschen Formulierung eines „niemals geschriebenen und niemals zu schreibenden Ruhmesblatts unserer Geschichte“. Für sie wurden alle erdenklichen Schleusen einer mit Blut und Leid grundierten Kitschproduktion geöffnet. Zusammen mit der gewaltigen Ausdehnung des Stasi-Gebäudekomplexes, der sich – wie mir eine Zeitzeugin bestätigte – kaum dem durchschnittlichen DDR-Bürger erschloß, verdeutlicht ein solcher offenbar reichlich beschäftigter Berufszweig von Teppichwebern, Graveuren oder Souvenir-Designern schon vom Ökonomischen her jene Unproduktivität, die dem Regime ja dann letztlich zum Verhängnis wurde. Es rechnete sich eben auf Dauer nicht, daß bei nur 16,3 Millionen Einwohnern immerhin 265.000 zum Teil hochqualifizierte Fachleute damit beschäftigt waren, den Rest der Bevölkerung einfallsreich zu bespitzeln und kilometerlange Aktenbestände zu fabrizieren.

So vermeintlich unabweisbar viele Exponate ein System demaskierten, das seinerzeit nicht wenigen verblendeten (West-)Utopisten oder zynischen Profiteuren als bessere Alternative zur Bundesrepublik erschien, und so unverzichtbar diese politpädagogische Lektion gerade für schon wieder vergeßlich gewordene Sozialismus-Nostalgiker auch sein dürfte, so zunehmend verstimmt folgte ich diesem Aufklärungskreuzweg, je länger er dauerte. Denn es wurde hier, um das Bild zu wechseln, wahrlich museumsdidaktisches Schwarzbrot gereicht, und ich spürte immer stärker, daß trotz eines immensen Aufwands eine große Chance vertan wurde.

Dazu eine Vorbemerkung: Ich möchte gewiß nach Kräften dazu beitragen, daß diese Gedenkstätte auch künftig die ihr gebührende Aufmerksamkeit erfährt und das im Doppelsinn überwältigende Material vielen zu Aufklärung verhilft. Nichts liegt mir also ferner, als daß sich jemand von meinen (aus Empathie vielleicht besonders kritischen) Worten von einem Besuch abhalten ließe. Und es geht mir auch wahrlich nicht darum, den tatkräftigen Idealismus und Nonkonformismus zu diskreditieren, mit denen viele Einzelne diese umfangreiche Sammlung zusammengetragen haben. Ich erkenne enormen Fleiß, ehrenamtliches Engagement, beträchtlichen Mut und das trotzige Beharren auf Positionen, die offenbar nicht (mehr) populär sind.

Aber reden wir um der Sache willen Klartext: Ich sehe auch manchen Dilettantismus am Werk. Zahlreiche Zimmer oder Vitrinen sind text- und kopflastig gestaltet und appellieren kaum an die Emotionalität vor allem jüngerer Besucher. Sie quellen über von mehrseitigen Dokumenten und meist durchschnittlich aussagekräftigen Fotos in viel zu großer Zahl. „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen“, heißt es zwar im *Faust*. Doch als Ausstellungskonzeption rate ich dringend davon ab. Eher gilt hier, daß wer alles zeigen will, letztlich nichts oder nur weniges vermittelt.

Die Kommentare dieser Ausstellung sind häufig zu lang oder fehlen völlig. Irgendwo steht sinngemäß, daß man darauf verzichtet habe, weil die Dokumente für sich selber sprächen. Das ist richtig und gleichzeitig rührend naiv. Sie sprechen in der Tat für sich selbst – für historisch Informierte, Lernwillige oder Betroffene, die auf Grund eigener schmerzlicher Erfahrung zu Spezialisten geworden sind und sie somit mühelos entziffern können. Aber sie bleiben weitgehend stumm für eine apolitische Schüler-

generation, deren geballtes Desinteresse an dieser Materie sich bei gelegentlichen Führungen exemplarisch artikuliert.

Fazit: Das hier reicht heute weniger denn je. Die Konzeption dieser Stasi-Schau blieb die Sache von Amateuren, zwar in des Wortes Doppelsinn mit durchaus sympathischer Konnotation, aber leider ohne die gewünschte bewußtseinsändernde Durchschlagskraft. Wie man es besser macht, kann man in der gleichen Stadt vielfach bewundern, wo im Auftrag von leider konkurrierenden Opfergruppen tatsächliche Gedächtnisprofis am Werke sind. Dort werden in der Tat eindringliche Akzente gesetzt. Dort weiß man, daß nicht gekleckert, sondern geklotzt werden muß, um sichere Effekte zu garantieren. Dort ist man sich aber vor allem – und das trifft den Kern – einer öffentlichen Alimentierung gewiß, die eine nachhaltigere Museumskonzeption ermöglicht.

Soweit sind meine Überlegungen gediehen, als ich, ein wenig erschöpft, von einer Sitzgelegenheit im oberen Flur Gebrauch mache. Dabei komme ich mit einer Museumsangestellten ins Gespräch. Ich frage sie, wer die Kosten für dieses Haus trägt, und erfahre, daß sich die Gedenkstätte zunächst einmal vor allem über das Engagement einer Vereinigung (ehemals) Betroffener finanziert: die Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße (ASTAK e.V.).

Eine ursprünglich breitere öffentliche Unterstützung sei inzwischen zurückgefahren. Sie persönlich verdiene ja auch weniger als Mitarbeiter anderer staatlicher Museen. Warum das so sei, will ich wissen. Sie zuckt mit den Achseln. Sie habe in der DDR-Zeit schweigen gelernt – vielleicht sei dies auch jetzt das Beste.

Sie erzählt, daß sie verschiedentlich Schulklassen führe, die sich aber meist wenig motiviert oder informiert zeigten. Ich wende ein, daß man dies zumindest teilweise verstehen könne. Die Ausstellungsobjekte seien schließlich nicht allzu attraktiv arrangiert und nur selten an die Seh- und Hörgewohnheiten der Jugendlichen angepaßt. (Längeres) Lesen sei ohnehin eine aussterbende Kulturtechnik. Aber wir drehen uns hier im Kreis. Denn gerade um das zu ändern, brauchte es Spezialisten, wahre Effektkünstler. Und die kosten respektive verbrauchen nun mal ganz andere Summen als diejenigen, die hier offensichtlich zur Verfügung stehen. Mir fiel schon vor Jahren beim Museum am Checkpoint Charlie auf, wie laienhaft dort vieles inszeniert war, verglichen mit den Einrichtungen von Opferkreisen, die offenbar an zentrale Geldflüsse angeschlossen sind.

Im Sommer 1990 konstituierte sich der Verein „Antistalinistische Aktion Berlin Normannenstraße" (ASTAK e.V.) und übernahm die Trägerschaft der am 7. November im Haus 1 des MfS-Gebäudekomplexes eröffneten Forschungs- und Gedenkstätte. Mitglieder des Vereins kamen vor allem aus dem „Bürgerkomitee Normannenstraße", das sich noch am Abend des 15. Januar 1990 zusammengefunden hatte (heute Bürgerkomitee „15. Januar" e.V.). Hinzu stießen auch frühere DDR-Bürgerrechtler, die wegen ihrer oppositionellen Tätigkeit (Prager Frühling, Biermann-Ausweisung, Friedens- und Umweltbewegung u.a.) inhaftiert waren und nach ihrem Freikauf durch die Bundesregierung mit einem Einreiseverbot in die DDR belegt worden waren.

Das mit der Finanzierung läßt mir keine Ruhe, und ich bitte eine Kollegin um weitere Auskünfte. Immerhin, höre ich, sitzen neben der ASTAK noch der Berliner Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur als Geldgeber mit im Boot. Aber gleich schränkt sie ein, es mangele an kontinuierlicher Förderung und langfristiger Folgefinanzierung. Stets müßten zum Jahresende auslaufende Projektmittel neu beantragt werden. Ehrenamtliche und kurzfristige Hilfen per ABM könnten die Lücken nur notdürftig schließen. Und daß die 4½ ständigen Mitarbeiter für die vielfältigen Aufgaben eine Unterbesetzung darstellen, sieht man selbst bei einer Stippvisite.

Mein Rundgang nähert sich seinem Ende. Ich schäme mich nun plötzlich, beim Bezahlen der Eintrittskarte den einen Euro Touristenermäßigung wahrgenommen zu haben, und werfe ihn in den Spendenkasten. Aber diese läppische Geste beschwichtigt mein schlechtes Gewissen kaum. Noch weniger mildert sie meine Erbitterung über die hier herrschende politische Klasse, die ein solches steinernes Skandalon zwar nicht gänzlich beseitigt, aber offenbar leichten Herzens marginalisiert.

Mauermuseum – Museum Haus am Checkpoint Charlie
Friedrichstr. 43–45
10969 Berlin
An allen Tagen des Jahres geöffnet von
9.00 – 22.00 Uhr

Wenn dies zudem in einer Stadt und einem Land geschieht, die sich sonst in Sachen Zeitgeschichte erinnerungssüchtig bis an die Grenze zur Neurose zeigen, dann liegt darin im günstigsten Falle ein Riesenquantum an Naivität, das als Folge die nicht ganz unproblematische Ostalgie zumindest billigend in Kauf nimmt. Im weniger günstigen Fall kommt hierin jedoch ein fataler politischer Wille zum Ausdruck, der, aus welchen Motiven auch immer, Gedächtnistrübungen favorisiert. Es wird den heute Heranwachsenden unter solchen Voraussetzungen allerdings schwergemacht zu erahnen, daß die antikommunistischen Breitseiten und Verhärtungen der Adenauerzeit leicht erklärlich und die zeitweiligen Formen politischer Nibelungentreue zur USA angesichts der Drohung eines zweiten deutschen

Totalitarismus nicht ganz unverständlich waren.

So mögen also weiterhin linksextreme Traditionsbewahrer vielfacher Sympathien und Subventionen gewiß sein und die ehemaligen Mitarbeiter des MfS mögen in ihrer „Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V." unbehelligt ihren Kampf gegen „politische Strafverfolgung und Kriminalisierung von DDR-Bürgern, für Rehabilitierung und Gerechtigkeit (!)" führen, und Brandenburgs Schüler mehrheitlich keinen Anlaß sehen, der Aussage zu widersprechen, daß die DDR keine Diktatur war. Es genügt ja offensichtlich für uns demokratisches Stimmvieh, wenn wir unsere geballte Erinnerungsenergie auf einen bereits seit langem vorgegebenen Zielpunkt konzentrieren, der um des vermeintlichen politischen Seelenheils willen anscheinend keine nennenswerte Horizonterweiterung verträgt.



Gegenkontrolle: Besetzung der Stasi-Zentrale in der Normannenstraße durch die Bürgerbewegung im Dezember 1989

Auch der MDR befaßt sich immer mal wieder mit der Aufarbeitung von Zeitgeschichte. Neulich, am 17. Januar, wiederholte man im Fernsehen Jan Lorenzens und Christian Klemkes „Ministerium für Staatssicherheit – Alltag einer Behörde", zur besten Sendezeit zwischen 0.05 und 1.35 Uhr. „Nachts schlafen die Ratten doch", wußte schon Wolfgang Borchert. Und das taten sie denn ja auch wohl besten Gewissens, während sich ihre obersten Chargen in dieser Aufklärungsdokumentation par excellence reihenweise selbst entlarvten. Denn die O-Töne höchster „Staatsschützer" sind die eigentliche Sensation dieses Films.

Daß sich die uneinsichtigen Schutzbefohlenen diese zu Tränen rührende Staatsfürsorge irgendwann einmal energisch verbaten, welche Undankbarkeit! Fast hätten die Heger und Pfleger einer besseren Welt sogar ernste Repressionen gewärtigen müssen und veritablen Haß. Aber richtig gewalttätig wurde es dann doch nicht, vermutlich – wie einer erklärte – weil man früher selbst ja stets so relativ sanft verfahren war. So blieb es nach der Wende bei Gehaltseinbußen; sogar richtig schinden mußte sich einer im Rentenalter durch den Vertrieb von Reklamezetteln. Dennoch hält – wir vernehmen es voller Freude – die Großfamilie zusammen. Keine Vorwürfe seitens der Jüngeren oder dergleichen. Vielmehr vollstes Verständnis für die Braven. Wo doch deren oberster Repräsentant Erich Mielke in einem unfreiwillig komischen parlamentarischen Slapstick-Beitrag gar versichern konnte: „Ich liebe euch doch alle".

Das Ministerium für Staatssicherheit. Alltag einer Behörde, ein Film von Christian Klemke und Jan N. Lorenzen, DVD 2003, Audio-CD 2004.

Na, wohl bekomm's, und mit ihm, dem so Sangesfreudigen, ein tüchtiges Lied geschmettert, etwa in der Art wie es eine Filmsequenz überliefert: „Prost, Prost, Prösterchen, was soll das schlechte Leben?/ Prost, Prost, Prösterchen, man muß doch einen heben./ Prost, Prost, Prösterchen, drum laßt uns fröhlich sein./ Prost, Prost, Prösterchen, hinein, hinein, hinein!"

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus
Nikolaikirchplatz 5–7
10178 Berlin
(Nikolaiviertel)
Öffnungszeiten:
Mo.–Do. 10.00 – 18.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Nun könnte es allerdings passieren, daß dem einen oder anderen zusehenden Stasi-Opfer bei solchen Klängen schauerlicher Jovialität ganz andere Töne und Verse in den Sinn kommen, etwa diejenigen von François Villon in der „Dreigroschenoper": „Man schlage ihnen ihre Fressen/ Mit schweren Schmiedehämmern ein./ Im übrigen will ich vergessen,/ Und bitte sie, mir zu verzeihn." Auch das wäre ein nicht unverständliches politisches Testament – und ihren Brecht werden diese mehr oder weniger Ahnungslosen ja wohl oft genug gehört oder zitiert haben.

Helboks Volksgeschichte

von Andreas Vonderach

Der Grabert-Verlag hat 2005 die *Deutsche Volksgeschichte* des Innsbrucker Historikers Adolf Helbok (1883–1968) in neuer Auflage herausgebracht, ein Anlaß, sich nicht nur mit Helboks Buch, sondern mit der Forschungsrichtung der „Volksgeschichte" in den zwanziger und dreißiger Jahren in Deutschland zu befassen, zu deren führenden Vertretern Adolf Helbok gehörte.

Anfang der zwanziger Jahre strebten vor dem Hintergrund der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg und des Zusammenbruchs des wilhelminischen Reiches einige deutsche Historiker eine grundsätzliche Neuausrichtung ihre Faches an. Nicht der Staat und seine Politik sollten mehr im Mittelpunkt der Geschichtsbetrachtung stehen, sondern das Volk. Es sollte versucht werden, „sein Wesen nach Abstammung, ... Kulturschichtung und landschaftlicher wie stammlicher Gliederung zu begreifen und dieses Gesamtvolk, wo immer möglich als Träger der deutschen Geschichte zu setzen" (Hermann Aubin). Die Historiker wollten einen Beitrag zur Neubesinnung der Deutschen nach der Niederlage von 1918 leisten. Ähnlich wie im Zeitalter der Befreiungskriege seien zunächst geistige Anstrengungen erforderlich, um den Zustand der Bedrohung und Machtlosigkeit von Volk und Nation zu überwinden. Die auch mit historischen Argumenten vorgebrachten französischen und polnischen Ansprüche auf deutsches Land wollte man begründet zurückweisen.

Adolf Helbok: *Deutsche Volksgeschichte. Wesenszüge und Leistungen des deutschen Volkes,* 2 Bde, Tübingen 1987 und 2005.

Zentren der „Volksgeschichte" waren die landesgeschichtlichen Institute an den Universitäten in Bonn, Leipzig und Innsbruck. Die Volksgeschichte war methodisch außerordentlich innovativ und zugleich interdisziplinär ausgerichtet. Neu war vor allem die Verbindung historischer und kartographischer Verfahren und die enge Zusammenarbeit mit der Sprach-

wissenschaft, der Volkskunde und den Sozialwissenschaften. Besonders der Bonner Historiker Hermann Aubin (1885–1969) schritt methodisch voran. In seinen gemeinsam mit dem Sprachwissenschaftler Theodor Frings und dem Volkskundler Josef Müller verfaßten *Kulturströmungen und Kulturprovinzen in den Rheinlanden* wurde das neue Konzept erstmals beispielhaft umgesetzt. In Leipzig war es Rudolf Kötzschke (1867–1949), der auf ähnliche Weise den ostmitteldeutschen Raum erforschte, und in Innsbruck Adolf Helbok. Zum Kreis der Volksgeschichtler gehörten außerdem die Historiker Otto Brunner und Erich Keyser, der Soziologe Gunther Ipsen sowie die Sprachwissenschaftler Franz Steinbach und Ernst Schwarz. Hermann Aubin und andere Vertreter der Volksgeschichte waren es auch, die gemeinsam mit Volkskundlern den Anstoß zu dem großen Raumwerk der deutschen Volkskunde, dem *Atlas der deutschen Volkskunde* (ADV), gaben.

Vor allem Otto Brunner (1898–1982) und Werner Conze (1910–1986) ließen nach dem Krieg viele methodische Neuerungen der Volksgeschichte in die moderne Sozialgeschichte einfließen. Dabei war in den fünfziger Jahren ein gemäßigt nationalgeschichtlicher Standpunkt durchaus noch vorherrschend. Das änderte sich bekanntlich mit der kulturellen Wende von 1968. Die personelle Kontinuität der Volksgeschichte in der deutschen Nachkriegswissenschaft ist der Grund, warum spätestens seit dem Frankfurter Historikertag von 1998 eine Gruppe von linken Historikern – hier sind Götz Aly, Michael Fahlbusch, Peter Schöttler und Ingo Haar zu nennen – zum Sturm auf die Gründerfiguren der deutschen Sozialgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg geblasen hat. Selbst altlinke Vertreter der Historikerzunft wie Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler gerieten plötzlich in die Schußlinie und erschienen als „Apologeten“ NS-belasteter Traditionen.

Willi Oberkrome: *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*, Göttingen 1993

Die Kritiker werfen der „Volksgeschichte“ nicht nur ideologische Nähe zum Nationalsozialismus und die Verstrickung einiger Vertreter in die nationalsozialistische Ostraumplanung, sondern generell ihre „ethnozentrische“ Haltung vor. Da ist die Rede von einer „verwerflichen Volkstumsideologie“, die dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen vor- und zugearbeitet habe. Die Kritiker übersehen dabei, daß in jener Zeit das Bekenntnis zu Volk und Heimat für die große Mehrheit der Deutschen noch selbstverständlich war. Verwerflich ist eine „ethnozentrische“ Haltung erst dann, wenn sie dazu führt, daß sachliche Standards in der Wissenschaft oder ethische Standards im Verhältnis zu den Menschen anderer Völker verletzt werden. Daß in der Zeit des Nationalsozialismus die Gefahr der Verstrickung groß war und sich nicht alle Wissenschaftler so verhielten, wie wir es uns heute wünschen würden, sei unbestritten.

Adolf Helbok, der Verfasser der von Grabert neu aufgelegten *Deutschen Volksgeschichte*, wurde am 2. Februar 1883 in Hittisau im österreichischen Vorarlberg als Sohn eines Beamten geboren. Nach der Matura und einem Freiwilligenjahr bei den Tiroler Kaiserjägern studierte er in Innsbruck Geschichte und promovierte 1910 mit einer Arbeit über die Verwaltung der Stadt Bregenz im Mittelalter. 1923 wurde er zum außerordentlichen Professor für Geschichte und Wirtschaftsgeschichte in Innsbruck berufen. Er entwickelte ein Konzept einer ausgeweiteten Siedlungsforschung, die den „tieferen Lebenszusammenhängen zwischen Menschen und Boden“ nachspüren und neben Hausforschung und Flurnamenforschung auch die Familiengeschichte berücksichtigen sollte. Helbok trug seine Vorstellungen gemeinsam mit Hermann Aubin auf dem Frankfurter Historikertag von 1924 vor, der für die „Volksgeschichte“ den Durchbruch zur Anerkennung in der etablierten Historikerschaft bedeutete. 1929 wurde er mit der Leitung des *Atlas der deutschen Volkskunde* in Österreich beauftragt. Schon drei Jahre später übernahm er die Gesamtleitung des ADV in Berlin. Wegen Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung des Atlasunternehmens gab er die Leitung bereits 1933 wieder auf und kehrte nach Innsbruck zurück. Während seiner Zeit in Berlin ist Helbok im April 1933, zwei Monate nach der „Machtergreifung“, der NSDAP beigetreten.

Wolfgang Meixner: „... eine wahrhaft nationale Wissenschaft der Deutschen ...“ Der Historiker und Volkskundler Adolf Helbok (1883–1968). In: *Politisch zuverlässig – rein arisch – Deutscher Wissenschaft verpflichtet. Die geisteswissenschaftliche Fakultät in Innsbruck 1938–1945*, Innsbruck 1990, S. 126–133.

Wieder in Österreich, geriet Helbok in Widerspruch zu dem dort herrschenden „austrofaschistischen“ Regime der Regierung Dollfuß. 1934 schließlich wurde er wegen antiklerikaler und „pangermanischer“ Aktivitäten von der Universität Innsbruck beurlaubt und zwangspensioniert. In dieser Situation ging der mittlerweile 51jährige Helbok wieder nach Deutschland, wo er zunächst eine Gastprofessur in Berlin übernahm und ein Jahr

später an das Institut für Deutsche Landes- und Volksgeschichte in Leipzig wechselte.

Während die Mehrheit der Vertreter der Volksgeschichte bürgerlich-national, aber nicht nationalsozialistisch eingestellt war, gehörte Adolf Helbok zu denjenigen unter ihnen, die man als überzeugte Nationalsozialisten bezeichnen kann. Dennoch erregte auch er Anstoß, etwa wenn er den Beitrag der „nicht nordischen Rassen" zum deutschen Volk als konstitutiv ansah und entsprechend positiv bewertete. Es gab zwar Intrigen gegen ihn, doch konnten die ihm nicht wirklich gefährlich werden.

Ilse Schwidetzky: *Rassengeschichte von Deutschland,* in dies.: *Rassengeschichte der Menschheit,* 7. Lieferung, München 1979, S. 45–101.

In Berlin hatte sich Helbok mit dem damaligen Rektor der Universität, dem Anthropologen Eugen Fischer angefreundet. Unter dessen Einfluß nahm er immer mehr biologische Gedankengänge in sein Konzept der Volksgeschichte auf. Die Volksgeschichte sollte nach seiner Vorstellung nicht nur die Kultur- und Sozialgeschichte, sondern auch die biologischen Siebungs- und Auslesevorgänge umfassen, die mit der sozialen und regionalen Mobilität der Menschen in einem Volk verbunden sind. In der Oberschicht, an den Fürstenhöfen, in den Zünften und in den evangelischen Pfarrhäusern, in den Rodungsgebieten des Mittelalters und in den Residenzstädten hätten sich bestimmte Begabungstypen angereichert, die dann prägend auf ihr kulturelles Umfeld wirkten.

Nachdem in Leipzig die Finanzierung seiner Forschungsvorhaben unter anderem durch die negative Bewertung seitens politischer Stellen zum Stillstand gekommen war, kehrte Helbok 1941 wieder nach Innsbruck zurück, wo er seine Lehrtätigkeit wieder aufnahm. Nach 1945 wurde er von der Universität Innsbruck wegen seiner NS-Vergangenheit entlassen und unter Kürzung seiner Pension in den dauernden Ruhestand versetzt.

In den Nachkriegsjahren schlug sich Helbok als Ziegenzüchter in den Tiroler Bergen durch. 1953 gelang es ihm aber, als einer der Initiatoren des *Österreichischen Volkskundeatlasses* noch einmal eine Rolle in einer wissenschaftlichen Institution zu spielen. 1963 veröffentlichte Helbok seine Lebenserinnerungen, eines jener typischen Rechtfertigungsbücher NS-belasteter Prominenter, nicht frei von Verbitterung, insbesondere über das vermeintliche Unrecht seiner Entlassung im Jahr 1945. Er sah im Nationalsozialismus nach wie vor eine Revolution hin zum Gesunden und Guten, die allerdings durch inkompetente und korrupte Amtsträger beschädigt worden sei. Der Krieg und die Unterjochung anderer Völker seien die entscheidenden Fehler gewesen, die alles Erreichte wieder zunichte machten. Helbok starb 85jährig am 29. Mai 1968 in Götzens bei Innsbruck.

Adolf Helbok: *Erinnerungen. Ein lebenslanges Ringen um volksnahe Geschichtsforschung,* hrsg. im Auftrag seiner Innsbrucker, Berliner und Leipziger Schüler von Fritz Ranzi und Margit Gröhsl, Innsbruck 1963.

Schon während des Krieges hatte Helbok an einer umfassenden Geschichte des deutschen Volkes unter volksgeschichtlichem Gesichtspunkt gearbeitet. Es sollte eine „Deutsche Wesensgeschichte" werden. Das bei Kriegsende bereits in wesentlichen Teilen fertiggestellte und in den folgenden Jahren noch einmal überarbeitete Werk erschien 1964 und 1967 unter dem Titel *Deutsche Volksgeschichte* in zwei Bänden mit insgesamt mehr als 800 Seiten im Deutschen Hochschullehrerverlag, dem Vorgänger des Grabert-Verlages.

David C. Rowe: *Genetik und Sozialisation. Die Grenzen der Erziehung,* Weinheim 1997.

Das Buch beginnt mit dem „Wesensbild" der Germanen. Die seien ein reines Bauernvolk gewesen, dessen ganzes Denken auf der Idee vom „guten Blut" beruht habe. Die Oberschicht der freien Bauern hätte auf ihre rassische „Artreinheit" geachtet und sich von der Mischung mit minder „nordrassischen" Fremden und Angehörigen der Unterschicht ferngehalten. Die Weltanschauung der Germanen war diesseitig ausgerichtet und mit ihrem kosmischen Denken allen Ideen aus dem Mittelmeerraum überlegen. Der Untergang des Römischen Reiches ist für Helbok die Folge des Aussterbens der nordischen Rasse bei den führenden Geschlechtern der Römer. Die Germanen beerbten Rom, nahmen mit der mediterranen Kultur und dem Christentum aber auch den Keim ihres eigenen Niederganges auf. Die Kirche hatte kein Verständnis für die „artpflegerische" Gattenwahl der Germanen. Dennoch waren die Deutschen des Mittelalters noch „artbewußte" Menschen, und die Annahme des Christentums nur äußerlich. Das Zölibat führte zum Aussterben der adeligen Familien. Trotzdem habe die Durchschnittsbegabung der Deutschen noch um 1350 heutigen Spitzenbegabungen entsprochen. Die Entstehung der Städte im Spätmittelalter beschleunigte den Niedergang. Zwar war das Bürgertum eine soziale Leistungsauslese, aber die städtische Kultur führte zur Vermassung der Menschen und förderte die Rassenmischung. Das 16. Jahrhundert bedeutete zwar noch einmal eine gro-

ße Zeit der Deutschen – Luther war der „ewige Deutsche“ –, aber auch die Reformation konnte den Niedergang nicht mehr aufhalten. Die Ideen der Französischen Revolution waren „Gift“ für die Deutschen. Die Industrialisierung verstärkte die Tendenz zur Auflösung und Vermassung. Helboks Buch endet mit der Weimarer Republik, die „aus ihrer Unmöglichkeit im Sinne unserer germanischen Herkunft“ heraus scheitern mußte. Der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg kommen in Helboks Buch nicht mehr vor – in „weiser Beschränkung“, wie Herausgeber Herbert Grabert im Vorwort zur ersten Auflage schreibt.

Das ganze Werk ist in einem pathetischen Stil geschrieben, der für den heutigen Leser – zumindest geht es dem Rezensenten so – nur noch schwer zu ertragen ist. Der Gegensatz zwischen den guten und sittenreinen Germanen und ihren heimtückischen und verdorbenen Feinden, dem Christentum, der mediterranen Zivilisation und der westlichen Demokratie, durchzieht das ganze Buch. Das Geschichtsbild, das Helbok in seinem Buch ausbreitet, ist das der Völkischen der zwanziger und dreißiger Jahre, wie es Hans F. K. Günther und Walther Darré vertraten. Vom Nationalsozialismus unterscheidet sich Helboks Weltanschauung dadurch, daß die Juden in ihr nur am Rande vorkommen und die aggressive außenpolitische Komponente fehlt. Daß sein Buch wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügt – auch nicht denen seiner Zeit –, muß wohl nicht besonders hervorgehoben werden. So ist leider festzustellen, daß die Neuauflage von Helboks *Volksgeschichte* nicht begrüßt werden kann.



Zwischen Anspruch und Wahn: Germanen als Vorbild der frühen vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Mutter *von Anton Grauel.*

Heißt das nun, daß die Einbeziehung anthropologisch-biologischer Fragen in eine moderne Geschichtsschreibung grundsätzlich verfehlt wäre? Daß sie an sich unwissenschaftlich und „verwerflich“ wäre? – Die Antwort darauf ist ein klares Nein! Es kommt vielmehr darauf an, wie man mit bevölkerungsbiologischen Themen umgeht, ob man sie als wissenschaftliche Fragen stellt und empirisch zu beantworten sucht, oder ob man sie wie Helbok als gegebene Tatsachen setzt und zugleich mit kräftigen Wertungen versieht. Die Humanbiologie hat bei Helbok die Funktion einer „black box“, mit deren Hilfe er seine Wertungen und Vorurteile in die Geschichte hineinträgt. Es handelt sich bei seiner Lehre nicht um Wissenschaft, sondern um Glauben.

Das ändert aber nichts daran, daß jedes Volk auch seine biologische Geschichte hat. In den regionalen Differenzierungen von Haar- und Augenfarbe, Physiognomie, Körpergestalt und genetischen Polymorphismen innerhalb Deutschlands spiegelt sich dessen Bevölkerungsgeschichte wider. Germanen, Kelten und Slawen haben in regional unterschiedlichem Maße ihre Spuren hinterlassen. Selbst lokale Wanderungsereignisse wie die Ansiedlung von Hugenotten lassen sich noch anhand des Merkmalsbildes der heutigen Bevölkerung nachvollziehen.

Außer den regionalen gibt es auch soziale Differenzierungen. Tatsächlich unterscheiden sich die Angehörigen unterschiedlicher sozialer Schichten und Berufsgruppen im Mittel sowohl in ihrem IQ als auch in anderen psychologischen, anthropologischen und genetischen Merkmalen. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, daß diese Unterschiede nicht nur auf Einflüssen der sozialen Umwelt, sondern auch auf sozialen Siebungsprozessen beruhen. Begabten Menschen gelingt der soziale Aufstieg in eine höhere Sozialschicht eher als weniger begabten, und viele unterdurchschnittlich Begabte in der Oberschicht können sich dort auf Dauer nicht halten. Auch in der ständischen Gesellschaft der Vormoderne gab es immer ein gewisses Maß an sozialer Mobilität, das seit dem 19. Jahrhundert stark zugenommen hat. Die unterschiedlich starke Fortpflanzung in den sozialen Schichten führt schließlich dazu, daß sich die anthropologische und genetische Zusammensetzung des gesamten Volkes verändert.

Hans W. Jürgens: *Der Sozialtypus. Ein Beitrag zu seiner anthropologischen Begriffsbestimmung*, in ders. und Christian Vogel: *Beiträge zur menschlichen Typenkunde*, Stuttgart 1965, S. 159–248.

Das sind interessante und wichtige Fragen, die nicht nur für die Geschichte, sondern auch für die Gegenwart von Bedeutung sind.

Der Balkan in mir – Zur Sehnsucht nach einer „Loslösung" vom Politischen

von Konrad Roenne*

Große Revoltengeburtstagsparty.

Da vierzig plus neunzehnhundertsiebenundsechzig gleich zweitausendsieben ist, schüttete uns die deutsche Presse im letzten Jahr mit Rückblicken und „kritischen" Auseinandersetzungen mit den 68ern zu, die sich im Jahr 2008 wohl noch einmal exorbitant vermehren werden. Am 2. Juni 1967 wurde bei den Protesten gegen den Schah-Besuch in Berlin der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen, und glaubt man den öffentlich gewichtigen Stimmen der Bundesrepublik war das in etwa der offizielle Startschuß für die sogenannte Revolte des Jahres 1968. Freund wie Feind scheinen von dieser bis heute fasziniert zu sein. Auch wenn der Begriff „Revolte" möglicherweise nur Teil einer Selbstinszenierung ist, die wir alle mittragen, kann man relativ schnell auf etwas unheilige Ähnlichkeiten stoßen. Und zwar in dem Sinne, daß nämlich Freund wie Feind bis heute von den Revolten von 1917 und 1933 scheinbar ebenso fasziniert sind. Allerdings wurde bei diesen beiden Revolten ziemlich schnell viel Böses ausgemacht, bei der einen mehr und etwas schneller als bei der anderen. Die Entwicklungen, die durch das Jahr 1968 und seine Protagonisten ausgelöst wurden, umschreibt man lieber „nur" mit dem Begriff der „Kulturrevolution", liebevoll auch oft: Protestbewegung, denn mit Wörtern, die irgendwie zu viel in eine mögliche Relation stellen könnten, geht man mit Bedacht um, auch wenn es für die folgende Thematik hilfreich sein könnte. Und so darf über die Resultate dieser Kulturrevolution, wie auch immer sie wahrgenommen werden, weiterhin fleißig gestritten werden.

1917 und 1933 sind klar als Grundlage und Ursache für diverse Verbrechen auszumachen, zum Beispiel der Mord an den Juden durch den

*Dieser Text ist der Gewinnerbeitrag des *Preises der Sezession*. Wir bedanken uns bei allen Teilnehmern

nationalsozialistischen Staat oder der Vernichtungszug gegen die Kulaken seitens der Bolschewiken in Rußland. – Sind nun aber die Auflösungen von Familie, Gesellschaft und Institutionen und deren Auswirkungen der Revolte von 1968 anzukreiden? Immerhin ging's doch bloß um Vietnam, die Abrechnung mit der Elterngeneration und Rock' n' Roll? Wurde Wind gesät und Sturm geerntet? Oder ist das nur der Zahn der Zeit, der an allem nagt? Darüber versucht man seit Jahren mit großer Lust zu streiten, jedes harte Wort gegen die, realen oder angeblichen, Verheerungen dieser berühmten westlichen Kulturrevolution an den einzelnen Menschen und ihren Lebensumständen, wie sie beispielsweise Michel Houellebecq in seinem Romanessay *Elementarteilchen* beschrieb, wird sogleich kritisiert und in Frage gestellt: regelmäßige Tauchgänge in die seichten Gewässer eines ermüdenden Diskurses.

Michel Houellebecq: *Elementarteilchen*, Köln 1999.

Vielleicht wird das, was von manchen im Zusammenhang mit dem Jahr 1968 als negative Auswirkungen, als etwas Schlechtes und Falsches wahrgenommen wird, ja nur durch den Pop-Appeal dieser Generation und die von ihr hervorgebrachten Veränderungen verdeckt. Der ist nämlich amtlich bestätigt: Che-Guevara-T-Shirts an jungen und auch nicht mehr ganz so jungen Körpern, Andreas Baader als „rebel without a cause" auf der Leinwand, Jimmy Hendrix in Woodstock, repressionsfreies Kiffen in einer Studentenwohngemeinschaft, Sponti-Sprüche im Kopf und an den Wänden begleiten den bemerkenswerten Marsch durch die Institutionen. Die von vielen vielleicht als notwendig empfundenen Veränderungen im Zusammenleben, der Sitten, der Moral und der Anschauungen, von denen wir zu einem großen Teil zehren und Gebrauch machen, wären wahrscheinlich auch ohne diese wirkungs- und deutungsmächtige Protestbewegung über uns gekommen. Das Problem, das bei allem Wohlwollen bleibt, ist die politische Verbrämung der ganzen Sache.

DWEM – „dead white European men".

Und das Politische, das ist das Böse. „Das Abendland geht nämlich meiner Meinung nach gar nicht zugrunde an den totalitären Systemen oder den SS-Verbrechen, auch nicht an seiner materiellen Verarmung oder an den Gottwalds und Molotows, sondern an dem hündischen Kriechen seiner Intelligenz vor den politischen Begriffen. Das *zoon politikon*, dieser griechische Mißgriff, diese Balkanidee, – das ist der Keim des Untergangs, der sich jetzt vollzieht." Dies schrieb im Jahr 1948 Gottfried Benn an den Herausgeber der Zeitschrift *Merkur* – der *Berliner Brief*. Der dichtende Dermatologe kannte die Tücken des Politischen nur zu gut. In den zwanziger und frühen dreißiger Jahren wurde er unter anderem von linken Autoren wie Johannes R. Becher und Egon Erwin Kisch wegen angeblicher antihumaner Tendenzen in seinen Schriften angegriffen, da er jegliche Art der „engagierten Literatur" als sinnlos, künstlerisch verfehlt und unnötig ablehnte. Benn verstand es zu dieser Zeit, Kunst und Leben zu trennen, ein „Doppelleben" zu führen – als Arzt ein hilfsbereiter und korrekter Zeitgenosse, als Schriftsteller ein Herr im eigenen Reich, dem Reich der „Ausdruckswelt". Sein Verständnis von Kunst, sein Kunst-Selbstverständnis, sein philosophischer Glaube waren maßgeblich von Nietzsche und dessen „Artistenevangelium" beeinflußt. Bis ans Ende seines Lebens hat sich Benn mit dem Philosophen auseinandergesetzt; die Briefe an Freund Oelze geben ein beeindruckendes Zeugnis davon: immer wieder Nietzsche.

Gottfried Benn: *Sämtliche Werke,* Prosa 3, Stuttgart 1991.

Von Nietzsche nun stammt die Definition der „Sezession" als „große Loslösung" – es ist nicht bekannt, ob Benn diesen Ausdruck gesondert zur Kenntnis genommen hat. Zur Kenntnis genommen werden sollte allerdings, daß Benn im Jahre 1933 die „große Loslösung" betrieb, und das für viele recht unerwartet. Sein kurzzeitiges Eintreten für den Nationalsozialismus sorgt immer noch und immer wieder für ratloses Kopfschütteln: Was gab den Ausschlag für Benns plötzlichen Glauben an die Veränderbarkeit der Welt zum vermeintlich Guten, Richtigen und Schönen? Den Ausschlag dafür, seine Stimme öffentlich für eine politische Sache zu erheben und sein bisheriges Konzept des künstlerischen Ichs, das monologisch und asozial der Welt gegenübersteht, aufzugeben? Auch wenn monokausale Erklärungen strikt abzulehnen sind, ist man geneigt zu sagen: Nietzsche, der gab den Ausschlag. Nietzsche, der tief in den Schlund des Ressentiments geschaut hatte und dieses selbst betrieb, denn die

Werner Ross: *Der ängstliche Adler. Friedrich Nietzsches Leben*, München 1994.

„große Loslösung“ bedient sich ordentlich an der reich gedeckten Tafel des Ressentiments. Nietzsche, der neben der Rolle des unerhört genialen Philosophen seiner Zeit die Rolle des großen „Vergifters“ der nachfolgenden Generation – um 1890 warnten deutsche Universitätsprofessoren eindringlich vor dem „Neo-Cynismus“, der von Nietzsche ausgehend die Jugend gefährde –, und der somit auch als der „Vergifter“ Benns zu bezeichnen ist, auch wenn Benn selbst immer darauf hingewiesen hat, daß er selbst und seine Generation, die Expressionisten, und deren Werke ohne Nietzsche undenkbar wären.

Goethe und die anderen.

Benn hatte 1932, kurz vor seinem Jahr der Entscheidung, im Sonderheft der *Neuen Rundschau* zum hundertsten Todesjahr Goethes einen seiner brillantesten Essays veröffentlicht: *Goethe und die Naturwissenschaften*. Benn stellt den Dichter, Naturforscher und Staatsmann als beispielhafte, ja exemplarische Existenz dar, die noch Denken und Leben, Sein und Bewußtsein, Form und Inhalt verband, scheinbar ohne Rückgriff auf die Krücke eines Doppellebens. Und Benn entfernt sich in diesem Text von den Vorbildern seiner früheren Jahre. „Das heißt: Benn vollzieht in den Krisenessays auf seine Weise jene ‚Konservative Revolution‘, an deren *politische* Verwirklichung er nicht mehr glaubte. In dem *Goethe-Aufsatz* kommt es zu einer Apotheose der antik-mittelalterlichen Kosmos- und Adelswelt und ihres ‚natürlichen Weltbildes‘, deren Ausläufer Benn in seiner Selliner Jugend noch erlebt hatte. Der rebellierende Sohn kehrt heim in die Welt der Väter und tauscht das ästhetische Vaterbild Heinrich Mann gegen die fortan leitende konservative Vaterfigur Goethes aus.“ Diese Einschätzung des Literaturwissenschaftlers Jürgen Schröder relativiert Benn 1933 auf merkwürdige Art und Weise wieder. Die Sehnsucht und das Bedauern des Verlusts eines konservativen, eines gefestigten Weltbildes und des „konstruktiven Geistes“ einer früheren Zeit wird nun durch den Glauben an etwas Neues, an Veränderung überlagert, und mag das Neue auch nur der aktive Versuch einer Hinwendung zum Alten sein. Es ist vielleicht die Übersprungshandlung eines Intellektuellen, der wie viele kurzzeitig zwischen den Begriffen „konservativ“ und „revolutionär“ aufgerieben wurde – zur „Achse des Bösen“ gehört nämlich neben dem Politischen gleichfalls das Primat des Begrifflichen und dessen zwanghafter und pervertierter Drang zur Verwirklichung von Theoremen und Träumen: nachts am Schreibtisch schaut häufig die Eschatologie vorbei.

Jürgen Schröder: *Benn in den dreißiger Jahren*, in: Karl Corino (Hrsg.): *Intellektuelle im Bann des Nationalsozialismus*, Hamburg 1980.

In welcher Richtung hier, bei Benn, die „große Loslösung“ auch immer vollzogen worden sein mag, die Absage an die „Vaterfigur“ Heinrich Mann und damit auch an Nietzsche – Benns Verehrung für Heinrich Mann bezog sich immer auf dessen frühe, „artistische“ Werke – scheint gerade 1933 noch oder wieder in weiter Ferne zu sein: totaler Staat, totale Kunst, die „Ästhetisierung des Politischen“, Züchtungsphantasien. Nietzsche taugt einfach mehr zur Revolte von 1933 als Goethe, denn der repräsentiert ja höchstens das „Glück“ einer vergangenen Zeit, einer versunkenen Welt. Doch Goethe, als Prinzip, trug Benn durch die Wirren der Zeit bis zu seinem Tod, und das vermögen Utopien wohl nicht.

Nichts und viel.

Zu den von Schröder erwähnten „Krisenessays“ gehört auch der Text *Nach dem Nihilismus*, 1932 erstmals in der national-konservativen Wochenschrift *Der Vorstoß* erschienen. Benn schreibt am Beginn des Aufsatzes: „Haben wir noch die Kraft, so fragt sich der Verfasser, dem wissenschaftlich determinierenden Weltbild gegenüber ein Ich schöpferischer Freiheit zu behaupten, haben wir noch die Kraft, nicht aus ökonomischen Chiliasmen und politischen Mythologemen, sondern aus der Macht des alten abendländischen Denkens heraus die materialistisch-mechanische Formwelt zu durchstoßen und aus einer sich selbst setzenden Idealität und in einem sich selbst zügelnden Maß die Bilder tieferer Welten zu entwerfen? Also konstruktiver Geist als betontes und bewußtes Prinzip weitgehender Befreiung von jedem Materialismus, psychologischer, deszendenztheoretischer, physikalischer, ganz zu schweigen soziologischer Art –, konstruktiver Geist als der eigentliche anthropologische Stil, als die eigentliche Hominidensubstanz, die, mythenbildend sich entfaltend, ewig metaphorisch überglänzt, den Menschheitsweg vollendete in der Irrealität des Lichts,

in dem Phantomcharakter aller Dinge, in einer Art von weither betriebenem Spiel zwischen die Sterne ihren Raum und ihr Unendliches ergießend und die Genien der eigenen Brust mit den Himmeln und den Höllen weiter Schöpferscharen mischend." Nun, haben wir noch die Kraft? Und wenn ja, wie kann der Einzelne diese Kraft gegenüber der von Benn umrissenen Welt einsetzen? In welcher Form wird sich also diese Kraft darstellen? Vermutlich ist es von dieser Frage und deren Implizierungen nicht weit zum Begriff der „Sezession", zur Möglichkeit der Sezession – wie auch immer sie dann aussehen mag: mit Fackeln durchs Brandenburger Tor laufend, sich aufs Land zurückziehend – Aktionismus, Rückzug, Resignation.



Als es noch um etwas ging: Flugblatt des amerikanischen SDS mit der Abwandlung der Antikriegsparole – „Bring the boys home" – in eine Kriegsparole

Es ist Fluch und Segen unserer pluralistischen Gesellschaft, daß sie so vieles nivelliert und darum auch so vieles zuläßt. Wenig kann sie gefährden, und so versteht man auch, daß schon mal vorschnell von einem „Ende der Geschichte" gesprochen wird. Es ist also vieles erlaubt und angeblich alles möglich. Sicher, man kann nicht ohne größere Probleme in einer SS-Uniform die Straße entlangspazieren – da gibt es Grenzen –, aber man kann sich nur von Äpfeln und Nüssen ernähren, kann seine Kinder zu Hause verfassungsfeindliche Lieder vorsingen lassen, kann die Wände seiner Wohnung schwarz anmalen, kann eine große Sammlung an Pornographie sein eigen nennen, kann sich der Stille und dem Gebet in seinem Alltag widmen, kann das ganze Jahr über barfuß laufen, sehnsüchtig die Ankunft von Außerirdischen erwarten oder vehement die Gesetze der Schwerkraft ablehnen – und wenn das entsprechende soziale Umfeld da ist, und das sucht man sich ja meistens, die Nische, dann geht das schon in Ordnung und man wird auch irgendwie akzeptiert. Wir haben eine Welt, also richten wir uns in ihr ein. Sie ist nicht mehr tragisch, sie antwortet kaum: eine sich dahinwälzende Farce.

Moral als Beute – Beute als Moral.

Und wie kommt nun das Gift in die Welt, in der wir uns einrichten und eingerichtet haben? Wohl durch vielerlei, aber auch, und dies während der letzten Jahrzehnte ganz besonders, durch das Politische. Daß sich also ein Subjekt als ein politisches Wesen versteht, sich gemein macht mit der von Benn als „Balkanidee" denunzierten Sache. Wenn man nun der Auffassung sein sollte, daß sowieso alles, auch und vor allem das Private, das oben kurz umrissen wurde, politisch sei, dann dürfte die Diskussion hiermit beendet sein. Falls man aber davon ausgehen möchte, daß alles eher privat ist, auch das Politische, dann kann eigentlich erst richtig abgerechnet werden, und die Sache wird interessant. Dann müßte für den politischen Menschen die Frage, was man nun tun müsse und könne, immer schwerer zu beantworten sein. Aber für das politische Wesen, für das Politische überhaupt, scheint zu gelten, daß mit einer Aktion, Idee, einem Gesetz, einer Bewegung und all den anderen Sachen, die uns vor allem das 20. Jahrhundert bereithielt, auf Notwendigkeiten geantwortet wird – hier herrscht eisern und treu die Monokausalität. Dem muß man einen von Benn vor 1933 formulierten Allgemeinplatz entgegenhalten: „Die Notwenigkeit ruft, und der Zufall antwortet." Wer dies versteht, akzeptiert, verinnerlicht, der müßte wissen von Tragik, von Scheitern, von Farce, von Resignation, und der sollte sogar daraus neue und vielleicht unbekannte Kräfte schöpfen. Aber irgendwie blieb das bisher aus. – Wann ist diese Reife denn zu erwarten, wann und wo eine innere Entwicklung des Menschen? Was kommt nach dem Politischen?

Der politische Mensch, wenn er uns als Idealist begegnet, was wohl oft, wenn auch verborgen, der Fall ist, operiert mit Begriffen und verdummt



Wer andere Wege geht, muß andere Eingänge in Kauf nehmen.

mit Ideen, macht aus einer Sezession einen Sezessionskrieg, offeriert konkrete Paradiese und Lösungsmöglichkeiten, will denjenigen, der möglicherweise danach strebt, frei und unpolitisch zu werden, auslöschen. Auch wenn er es nie verwirklichen sollte und sicher nie zugeben wird: Er würde die Lager bauen, die dann immer zu einem Großteil mit Leuten gefüllt sind, die einfach nur in Ruhe gelassen werden wollen. Und Ruhe ist bekanntlich die erste Bürgerpflicht. Jedoch nicht für Hysteriker. – Goebbels frohlockte 1940 in Posen: „Denn das deutsche Volk ist heute ein anderes als ehedem. Wir sind ein erwachtes und ein politisches Volk." Bei anderen Rednern ist der Begriff „deutsches Volk" durch „Arbeiterklasse" auszutauschen. Interessant, daß hier nicht von Stolz, sondern von Politik und Erwachen gesprochen wird. An ihren Begriffen sollt ihr sie erkennen!

Allerdings: Man wird doch allzu oft herausgefordert und fast unsichtbar überkommt immer wieder ein lächerlicher Zwang zum Nonkonformismus den Einzelnen und auch ganze Gruppen. Orientiert sich die Gesellschaft politisch eher links, positioniere ich mich rechts, gegen die übermächtige und alles absorbierende Ironie stelle ich meinen heiligen Ernst, und so weiter. So ungefähr verläuft dieses beliebte Spiel, das natürlich ernste Hintergründe hat, denn scheinbar gibt es immer wieder Menschen, die mit ihren Meinungen gehört werden wollen. Irgendwie partizipiert man also am großen Diskurs, kann sich nicht entziehen, und jede politische Positionierung, mag sie auch noch so sinnvoll, nachvollziehbar und möglicherweise „notwendig" sein, ist daher keine Loslösung vom „Spiel", gegen das man fundamental etwas zu haben meint. Ich mache mit, und der Status quo aus Überzeugungen, Hysterie und Ressentiment wird ausgebaut, bis er irgendwann nicht mehr einzureißen ist. Man entzieht sich scheinbar den gängigen Diskursen, meldet zaghaft Widerstand an, oder auch laut. So wird dann schnell Passivität mit Trägheit verwechselt, der aktionistische Impetus verhindert, daß die Revolte zu lahm ausfällt. Die Antwort, die Positionierung, die „Loslösung" im Gängigen, also im Politischen, gaukelt eine riesige Relevanz vor: Jetzt machen wir das eben so, und sollen die alle mal sehen, wie dagegen wir sind – die geistige Erbfolge der eingangs erwähnten 68er. Daher gilt es zu sagen: Streue den Zweifel! Nähre die Skepsis! Sorge dich – lebe! Aber ach, Herr Goethe sagt: „Was bringt zu Ehren? / Sich wehren!"

Postheroen wursteln sich durch.

Uns brennen Fragen auf den Nägeln. Die Probleme, die angegangen werden müssen, scheinen sich meterhoch zu stapeln. Lösungen müssen her. Was nehmen wir also: Liberalismus oder starken Staat? Könnte sogar sein, daß uns für beide Sachen die passenden Menschen fehlen, die das Ganze tragen, die Fähigen, die „Steuerleute" (Karlheinz Weißmann), jene, die frei, verantwortungs- und selbstbewußt tun und machen und entscheiden. Nein, dies scheint eine andere Zeit zu sein. „Durchwursteln" ist das Gebot der Stunde, das neue Gebrauchsethos, das Konzept, das trägt beziehungsweise tragen soll. – Willkommen bei den Postheroen! Wer ein Held sein will, der muß heute zum Fußball oder zum Mittelalterrollenspiel geschickt werden, der wird es vielleicht auch mit einem Amoklauf versuchen, sich für andere Arten des Terrors entscheiden oder Zuflucht in der Kunst und Popkultur suchen: Die Gitarre: mein Gewehr. Meine Pinselführung: der Widerstand.

Herfried Münkler: *Heroische und postheroische Gesellschaften*, in: *Merkur* 59 (2007) 700.

Die „postheroische Gesellschaft" (Herfried Münkler) also. Vielleicht nimmt sie uns ja die Entscheidungen ab und schickt in absehbarer Zeit

das Politische ins Reich der Mythen und Heroen. Zumal der alltägliche und wenig heldenhaft wirkende Kompromiß und sein Konzept nicht das Schlechteste zu sein scheinen, zwar Politik, aber weniger „Balkanidee". So viele Menschen, so viele Ethnien, Religionen, Lebenseinstellungen, Alltagsansätze – wie soll man das alles unter einen Hut bringen? Durch Unterdrückung? Durch Kapitulation? Und wer sich mit diesen Fragen und Problemen nicht auf die typisch halbgare Art und Weise auseinandersetzen und herumärgern möchte, der kann ja abhauen, das Modell des Ausstiegs wählen, von Teilen der 68er genutzt und wieder salonfähig gemacht – die Verwirklichung einer Lebensreform im Privaten, das, so ist zu hoffen, bald einmal nicht mehr politisch sein wird und Begriffe wie „Kulturrevolution" und „Schaffung einer Gegenöffentlichkeit" in den wohlverdienten Ruhestand der Wörterbücher schickt. Und dann leben wir zurückgezogen in einem Kommandostand des Postheroischen und blättern leicht wehmütig in ihnen. Schlag nach bei „So war es früher".

Weder „Passagier" noch „Steuermann"?

Vielleicht kommen sie ja auch einmal wieder, die Helden und die Zeiten, in denen man sich heroisch bewähren muß und kann – Umstürze, Attentate, Revolten, Komplotte, Tyrannenmorde, Verschwörertreffs, Ausgabe von Waffen und von Plänen. Vielleicht aber taugen diese Konzepte der Veränderung auch nicht mehr, und Erfolg verspricht nur etwas, das sich am Konkreten ausrichtet, wie es die großen und kleinen Bürgerbewegungen der westlichen Welt vormachten: Befreiung der Sklaven, Kampf für die Gleichbehandlung der Frau, Friedens- und Umweltbewegung, kein Großflughafen Berlin-Schönefeld in der Nähe meines Kleingartens. Engagement: Doppelleben ja, asozial nein. Und auch hier schwingt die Frage mit, was denn der Einzelne tun kann zur Verbesserung der Welt und Vermehrung der Glückseligkeit unter den Menschen. Also doch ein bißchen der Wille, sich zum „Steuermann" aufzuschwingen, dem es vielleicht ein „Rette dich selbst (und wenn du es schaffst, noch deinen Nächsten)!" entgegenzuhalten gilt. Ein Ethos, das es immer wieder zu entdecken gibt und das in der Vision eines Menschen liegt, wie es vielleicht der Bauer Isak in Hamsuns *Segen der Erde* ist, sein eigener Steuermann und Passagier, der nie in die Nähe und Versuchung von Loslösung und Doppelleben geriet und der immer wieder unsere Sehnsucht nährt, das Richtige zu tun, ohne die ganze Schlacke des Begrifflichen. Die Sehnsucht nach einer Welt voll scheinbarer Ereignislosigkeit: „Kleines und Großes geschieht, ein Zahn fällt aus, ein Mann aus den Reihen heraus, ein Sperling auf die Erde herunter."

Karlheinz Weißmann: *Das konservative Minimum*, Schnellroda 2007.

Knut Hamsun: *Segen der Erde*, Berlin 1999

Und so kommen wir am Ende noch einmal auf die beiden alten Männer, Goethe und Benn, zurück, zurück zu Ereignissen, die einst stattfanden und mächtig schienen, und zurück auf das, was sie schon andere Menschen wissen ließen. Der Jüngere der beiden zitiert am Ende seines Aufsatzes *Goethe und die Naturwissenschaften* den Älteren mit einer Rede vom 24. Februar 1784. Goethe ist Präsident der Bergwerkskommission des Herzogs von Weimar und eröffnet nach Jahren der Arbeit das alte Ilmenauer Bergwerk wieder, der neue Johannisschacht soll eingeschlagen werden. Und Goethe hält eine kurze Rede an die anwesenden Bürger Ilmenaus, die Bergleute und Mitglieder der Kommission und bittet sie dann zur Besichtigung des neuen Bergwerks: „Ich freue mich mit einem jeden, der heute sich zu freuen die nächste Ursache hat, ich danke einem jeden, der an unserer Freude auch nur entferntesten Anteil nimmt. ... Ich bin von einem jeden, der bei der Sache angestellt ist, überzeugt, daß er das Seine tun wird. Ich erinnere niemanden mit weitläufigen Worten an seine Pflicht, ich will und kann das Beste hoffen. Meine Herren, ein jeder Ilmenauer Bürger und Untertan kann dem aufzunehmenden Bergwerk nutzen und schaden. Es tue ein jeder, auch der Geringste, das Seinige, was er in seinem Kreis zu dessen Beförderung tun kann, und so wird es gewiß gut gehen ... Wenn es Ihnen gefällig ist, wollen wir gehen." Ja, könnten wir noch das Beste hoffen, ja, würde doch ein jeder mitmachen und seinen geringen Teil beitragen zum Gelingen des Kleinen und des Großen, und mögen wir nach einem Jahrhundert der „großen Loslösung" in eines der „Hinwendung" treten, voll Liebe, uns selbst und uns gegenseitig rettend – aber ach, es schließen sich die Tore, es schließen sich die Herzen, und an wen wendet man sich nun? Niemand da, von dem es sich zu lösen lohnt.

Sezession: „‚Absonderung, Verselbständigung' ... Entlehnt (wohl unter englischem Einfluß) aus lateinisch *secessio*, Abstraktum von lateinisch *secedere* ‚fortgehen'." Aus: *Kluge. Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache*, Berlin und New York 2002.

Unser Standpunkt – winterlicher Nachtrag zu einem sommerlichen Aufruf

von Götz Kubitschek

www.staatspolitik.de
www.antaios.de
www.sezession.de

Vorweg: Hier steht für diejenigen nichts Neues, die unser Institut, unseren Verlag und die *Sezession* seit der Gründung im Jahre 2000 begleiten. Es ist eine neuerliche Selbstvergewisserung, die nochmalige Festlegung eines Ausgangspunkts, unseres Standpunkts, der ja immer ein Ausgangspunkt ist und den wir vielfältig formuliert und verdichtet haben.

Zunächst also das Wichtigste: Wir (also: die Leute um unsere Projekte) wären immer so, wie wir sind. Wir würden stets Verlage gründen und an Gymnasien unterrichten, in Zeitungen veröffentlichen und eine Zeitschrift herausgeben, lebten mit unseren Familien auf mitteldeutschen Schollen oder in Wohnvierteln großer Städte, würden vor Studentenverbindungen, akademischen Zirkeln und Jugendgruppen vortragen, in Wort und Tat unser Erbe pflegen und darüber wachen, daß unserer Leben unser Leben bleibt und unsere Kinder auf dem schmalen Grat zwischen den Notwendigkeiten und dem Widerwärtigen unserer Zeit die Balance nicht verlieren. Vielleicht könnte der ein oder andere von uns seine Offizierkarriere fortgesetzt haben, wenn die Zeiten andere gewesen wären, und vielleicht stünden wir allesamt nicht vor dem Dilemma, die Wirklichkeit unseres Staates ablehnen zu müssen, um auf seine Idee zu verweisen; aber davon hängt nichts ab: Um Soldat zu sein, bedarf es der Schulterklappen nicht, und um dem Staat zu dienen, muß man kein Staatsdiener sein.

Wir wären immer so, wie wir sind. Wir wären auch dann nicht ironisch, wenn überall Pathos oder eine existentielle Ernsthaftigkeit auszumachen wäre, und wir sind nicht deswegen ernst, weil in jeder *talkshow* ein Witzlein die Antwort auf ungemütliche Gesprächslagen ist; wir sind nicht deshalb rechts, weil alle eher links sind, und morgen links, weil alle eher rechts sind. Wir sind im Wesentlichen stets ernsthaft und politisch immer rechts, und weil dies so ist, weil wir also nicht reagieren oder sonst

auf eine seltsame Art außengeleitet sind, haben wir einen Standpunkt.

Flexibel sind die Methoden, mittels derer wir den eigenen Standpunkt kennzeichnen und verteidigen, um jene „Balkanidee" zu konkretisieren, deren Abgesang der Träger des *Preises der Sezession*, Konrad Roenne, anstimmt. Er hat ja einerseits recht: Ordne jeder seinen Ort, dann ist viel getan! Andererseits kommen wir doch nicht an der Politik und ihrem Überbau – der Metapolitik – vorbei, wenn wir unsere Prognosen ernst nehmen: daß nämlich die Bruchlinien, an denen entlang der Kampf um die Gestaltungsmacht im Land und vor allem: der Kampf um eine bestimmte, von Deutschland erreichte kulturelle Höhe ausgefochten wird, bereits mitten durch unser Land verlaufen. Und so liegen denn auch die Gründe für vielerlei Sezessionen, für Loslösungen von unpassenden Begriffen, klebrigen Vordenkern, zementierten Behauptungen auf der Hand.

Konrad Roenne: *Der Balkan in mir*, in diesem Heft auf den Seiten 24 bis 29.

Unser Standpunkt: Er ist gut beschrieben in den beiden *Kaplaken*-Bändchen, die im Sommer erschienen sind. Man muß diese Bändchen hintereinanderweglesen (zuerst *Das konservative Minimum*, dann *Provokation*), denn die eine Perspektive ergänzt und spiegelt die andere, und ebenso verhält es sich mit den Unterschieden im Ton: hier der kleinste gemeinsame Nenner, dort die Zuspitzung.

Das konservative Minimum markiert unsere Rückzugslinie und beschreibt das Problem der begrifflichen Unschärfe in der Bezeichnung der Verteidiger dieser letzten Stellung. Wer nennt sich nicht alles konservativ? Doch auch jene unentschlossenen, wert-, kultur- oder beschwichtigungskonservativen Figuren, die das, was sie verlieren, möglichst langsam verlieren wollen, nie jedoch den Gedanken in Erwägung ziehen, daß man Opfer bringen könnte, um eine Stellung zu halten.

Karlheinz Weißmann: *Das konservative Minimum*, Schnellroda 2007.

Das konservative Minimum umschreibt deshalb folgerichtig zunächst jenen Leitspruch, den sich jüngst ein Verlag als Motto wählte: „Die Entdeckung des Eigenen". Aber das reicht nicht, und deshalb geht selbst das *Minimum* weit darüber hinaus: Es ist eine Kampfansage nach Innen (gerichtet gegen den sogenannten „nachfaschistischen Defaitismus" der Rechten) und nach Außen (gerichtet gegen jene, die unser Land auf den Hund haben kommen lassen). Und es ist dies ein notwendiger Schritt, einer, der von der bloßen „Entdeckung" zu einer „Verteidigung des Eigenen" führt.

Dieses Eigene, dieses aus der Geschichte gespeiste So-Sein unserer Nation, muß verteidigt werden, das ist unsere Überzeugung. Und gerade in letzter Zeit haben wir deutlich gemacht, daß diese unsere Identität nicht nur gegen jene verteidigt werden muß, die Deutschland aus dem vermeintlich schwarzen Nichts heraus und mittels Verdammung von tausend Jahren Geschichte nochmals neu gegründet und erfunden haben. Sie muß ebenso verteidigt werden gegen alle, die unter „deutsch" und „national" vor allem eine nostalgische KdF-Dampferfahrt über die toll geschwungenen Reichsautobahnen zu Hitlers Berghof verstehen, oder aber eine schaurig-schöne Übernachtung in Etzels Saal vor Stalingrad (alles in Farbe und

mit einem wissenden Wir-würden-schon-wenn-wir-nur-dürften-Zwinkern im Auge): Genau so sieht nämlich eine Unterart des nachfaschistischen Defaitismus aus, und wir kennen nicht nur einen Fall, nicht nur einen jungen Mann, der für jede deutsche Waffentat einen Bildband aus einem einschlägigen Verlag griffbereit hat, seine eigene Kraft aber seltsam fruchtlos abfließen läßt: Wochenende für Wochenende gewinnt an den Computern solcher Gestalten die Wehrmacht den Zweiten Weltkrieg, und nach der Schlacht sieht man den Schreibtisch-Feldmarschall dann im Flecktarnjäckchen zum Konzert einer in die Jahre gekommenen Neofolk-Band ziehen.

So darf man nicht enden, aber so oder ähnlich unfruchtbar enden viele, bleiben in einem besserwisserischen Defaitismus stecken und blicken lässig auf jene, die auf eine persönliche Karriere verzichten, um dorthin zu gehen, wo es weh tut. Weh tat es dort, Verzicht auf Karrieren wurde dort geleistet, wo Dieter Stein mit seiner Redaktion stand, um die *Junge Freiheit* aufzubauen, jahrelang ohne die Gewißheit, daß dieser Lebenseinsatz einmal etwas austragen würde. Mittlerweile ist die JF nicht mehr wegzukriegen, und kaum ein Projekt, kaum ein Mann hat den Erfolg so sehr verdient.

Götz Kubitschek: *20 Jahre Junge Freiheit. Idee und Geschichte einer Zeitung*, Schnellroda 2006.

Die *Junge Freiheit* hat vorgemacht, daß mit der Fixierung auf jene zwölf Jahre deutscher Geschichte Schluß sein kann. Das meint nicht, daß der verordnete Konsens über historische Begebenheiten einfach so hingenommen werden muß; wie wichtig ist doch dieser Revisionismus auf Sammetpfoten, den jüngst etwa Bogdan Musial in der FAZ mit seiner Untersuchung der Angriffspläne und –ziele Stalins im Frühsommer 1941 betrieb! Aber wie simpel wird ein Leben, das alles, was ihm nicht gelingen mag, auf die Niederlage von 45 schiebt. Geht es den Siegern heute wirklich besser als uns?

Wir rücken andere Fragestellungen in den Mittelpunkt unserer Überlegungen, etwa die, woher Legitimation und Energie für gezielte Regelverstöße im öffentlichen Raum kommen. Das sind die Themen des anderen Bändchens (*Provokation*), das von einem Vorsatz (1. Kapitel) ausgeht und über ein Zögern (2. Kapitel) in den Anlauf (3. Kapitel) und schließlich in den Sprung (4. Kapitel) findet. Vorsatz wozu, Sprung wohin?

Götz Kubitschek: *Provokation,* Schnellroda 2007.

Wir treten mit dem Vorsatz an, die Substanz unserer Nation zu retten und ihr die Möglichkeit zu bewahren, wieder zu sich selbst zu gelangen und als die Mitte Europas aufzustrahlen. Und weil wir uns dieser Aufgabe widmen, stehen wir in einem geistigen Bürgerkrieg gegen die Lobbyisten der Zersetzung: Es sind deutsche Politiker und Meinungsmacher, die gegen ihr Land und gegen ihr Volk arbeiten und das Experiment einer neuen Gesellschaft nicht (und auch nach der zwanzigsten Lektion noch immer nicht) beenden wollen. Und es sind im Kielwasser dieser Vorbilder die Deutschen selbst, die ihre Zukunft abtreiben oder gar nicht erst zeugen und sie so in fremde Hände geben. Das sind nur Beispiele, das ist nur eine von vielen Fronten.

Torsten Hinz: *Zurüstung zum Bürgerkrieg*, Schnellroda 2008.

Wir treten mit dem Vorsatz an, unter jungen Deutschen eine Epidemie des Mutes auszulösen. Wir fordern den Mut zur Authentizität, den Mut, die Schere zwischen dem, was einer für richtig hält und dem, was er dann äußert und tut, nicht zu weit geöffnet zu halten. Wir fordern den Mut, mit neuen, zugespitzten Begriffen die Wirklichkeit zu beschreiben. Gerade dafür gibt es ein gutes Beispiel. Es findet sich im Rahmen des Projekts *Blaue Narzisse*, das täglich wachsende Besucherzahlen und neue Mitstreiter verzeichnen kann. Dort veröffentlichte jüngst ein Simon Meyer den Aufruf „Wir Positiven" und forderte eben dies: den Mut, mit eigenen Begriffen das viel treffender zu beschreiben, was mit einem *mainstream*-Begriff im Grunde nur vertuscht wird. „Einen Gauner einen Gauner nennen" lautet die Formel.

www.blauenarzisse.de

Vielleicht kommt es noch in diesem Jahr zum Sprung in die Aktion. Dieser Sprung ist vorbereitet, organisatorisch und begrifflich: Wer einen Standpunkt hat, kann abspringen, kann ungebeten dort aufschlagen, wo sich der Gegner sicher fühlt, kann selbstbewußt sein „Ich nicht" sagen – und mehr. Es wird einige beispielhafte Aktionen geben müssen, einige Bilder müssen kursieren können, Bilder, die Schule machen. Dann werden wir erleben, wieviel Wasser in den Reservoiren aufgestaut ist. Spekulieren wir also darauf, daß diesem winterlichen Nachtrag zu einem sommerlichen Aufruf zur Provokation ein wiederum sommerlicher Ausbruch folgt.

Kosovo – eine islamische Parallelgesellschaft wird zum „Staat“

von Daniel Leon Schikora und Vuk Milojevic

Auf die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008 reagierte die Republik Serbien prompt: Die (ethnisch-albanische) politische Führung der Sezessions„republik“ habe sich – so das serbische Innenministerium – einer schweren Straftat gegen die Verfassung Serbiens und die Sicherheit des Landes schuldig gemacht, weshalb namentlich „Ministerpräsident“ Thaçi, „Präsident“ Sejdiu und „Parlamentspräsident“ Krasniqi wegen Hochverrats angeklagt wurden. Des weiteren hat Serbien – nach dem Muster der bundesdeutschen „Hallstein-Doktrin“ von 1955 – seine Botschafter aus all jenen Staaten zurückberufen, die die „Republik Kosova“ offiziell anerkannt hatten, deren Territorium aus 15 Prozent des serbischen Staatsgebietes besteht. Dies betrifft auch die diplomatischen Beziehungen zwischen Serbien und Deutschland.

Bemerkenswerterweise war es die Islamische Republik Afghanistan, die sich als erster Staat bereit fand, das albanisch-muslimisch dominierte Kosovo offiziell anzuerkennen. Zu den weltpolitisch gewichtigeren Vorreitern einer solchen Anerkennungspolitik gehört – neben den USA, die den Kosovo-Albanern (und nicht nur diesen) als der eigentliche Garant ihrer „Staatsgründung“ gelten – die Französische Republik. Diese hatte bereits unter Staatspräsident Chirac mit ihrer „pro-serbischen“ Jugoslawien-Politik gebrochen, in deren Zentrum unter Chiracs Amtsvorgänger Mitterrand der Versuch gestanden hatte, einer Zerstükkelung Jugoslawiens entgegenzuwirken. So kam Frankreich mit seiner Anerkennungserklärung, die es als erster Staat innerhalb der EU abgab, selbst Deutschland noch zuvor.

Demgegenüber stehen so unterschiedliche politische Gemeinwesen wie Rußland, Kasachstan, China, Indien, Sri Lanka oder Indonesien einer völkerrechtlichen Anerkennung des Kosovo ablehnend gegenüber. Innerhalb der EU sind es in erster Linie Spanien, Griechenland, Zypern, die Slowakei und Rumänien, die erklärtermaßen die Warnungen Serbiens vor einem Umsichgreifen der Nichtbeachtung völkerrechtlicher Normen in „ethnisch“ aufgeladenen territorialpolitischen Konflikten teilen.

Wie wenig jedoch in Serbien die Abspaltung des Kosovo als eine rein „juristische“ Frage begriffen wird, die (neben den dafür zuständigen Behörden) ausschließlich die unmittelbar Betroffenen – so die Hunderttausende vertriebener Kosovo-Serben – tangiere, führten die serbischen Demonstrationen in den Tagen nach der „kosovarischen“ Unabhängigkeitserklärung eindrucksvoll vor Augen. Nicht nur innerhalb der Grenzen der Republik Serbien, sondern auch in der bosnisch-serbischen Republik Srpska und in Montenegro fanden Protestveranstaltungen statt. Die Proteste erreichten am 21./22. Februar ihren Höhepunkt in einer Großdemonstration in Belgrad, an der allein 200.000 bis 500.000 Menschen teilnahmen.

„Niemals hat sich deutlicher gezeigt, warum Serbien bestialisch von Nato-Bomben zerstört wurde“, so hatte der serbische Ministerpräsident Kostunica bereits unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung der Kosovo-Albaner diesen Akt

der Gründung eines „falschen Staates“ kommentiert. Daß die Proteste gegen die Teilung Serbiens von einem nicht unbeträchtlichen Teil der serbischen Jugend getragen wurden, führt vor Augen, daß die Kosovo-Politik des politischen „Europa“ auch in einer Generation, die den Bombenkrieg gegen Jugoslawien 1999 noch nicht politisch bewußt mitverfolgte, als ein fortgesetzter Angriff auf Serbien in seiner Gesamtheit angesehen wird.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* kam nicht umhin, die Kundgebung in Belgrad für die territoriale Einheit Serbiens mit dem 5. Oktober 2000 zu vergleichen, als die Regierung Milosevic gestürzt wurde. „Doch auch wenn sich die Bilder gleichen mögen, an diesem Abend ist es anders. Damals hatten die Serben ihre Geschichte in der Hand, jetzt hat ihre Geschichte sie in der Hand.“ (*FAZ*, 23.2.2008) Wieder einmal wird hier von deutscher Seite den Serben, die kein Verständnis für die „Notwendigkeit“ einer „Legalisierung“ der albanischen Landnahme im serbischen Herzland Kosovo-Metohija (Kosmet) aufzubringen vermögen, bescheinigt, als politische Romantiker dem „Mythos“ verhaftet zu sein, der mit der serbischen Niederlage gegen das Osmanische Reich auf dem Amselfeld (= Kosovo Polje) 1389 verbunden ist. Polemiken dieser Art beruhen auf der systematischen Ausblendung der Tatsache, daß der serbisch-albanische Antagonismus in Kosmet – weit davon entfernt, das Produkt eines auf „1389“ fixierten archaischen serbischen Chauvinismus zu sein – ein *Kontinuum* der modernen serbischen respektive jugoslawischen Nationalstaatsbildung darstellt.

Im Kosmet wurde erst infolge des I. Balkankrieges (1912/13), als das Territorium in das Staatsgebiet des seit 1878 unabhängigen serbischen Königreiches inkorporiert wurde, die osmanische Fremdherrschaft überwunden. Erst in den letzten Jahrzehnten der osmanischen Präsenz im westlichen Balkan hatte sich in dem Territorium eine demographische Umwälzung zuungunsten der Serben vollzogen. Nach der Konstituierung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929: Jugoslawien) wurde – in den Jahren 1922–29 und 1933–38 – die Revision der Marginalisierung der Serben im Kosmet staatlicherseits durch Rückkehr eines Teils der vertriebenen Serben gefördert. Nach der Besetzung Jugoslawiens durch die Achse kam es im August 1941 zu der bis zum Februar 2008 einzigen albanischen „Staatsgründung“ im Kosmet in Gestalt der Einverleibung des Territoriums in ein unter Italiens Ägide stehendes „Großalbanien“.

Ungeachtet der ethnischen Vertreibung und des Massenmordes, denen die Serben des Kosmet insbesondere nach dem Rückzug der Italiener (1943) seitens achsenfreundlicher Albaner ausgesetzt waren, zwang Tito Serbien eine Politik der albanischen Masseneinwanderung in das



Prophetisch. Aufkleber der Deutschland-Bewegung aus den neunziger Jahren

Kosmet auf. Im Verlaufe der ersten Nachkriegsjahrzehnte sahen sich die Serben (und andere Nicht-Albaner) in den Status einer allenfalls geduldeten Minderheit gebracht. Insbesondere unter den Bedingungen der treffend als „neoosmanisch“ charakterisierten ethno-föderalistischen jugoslawischen Verfassung von 1974 wurden die im Kosmet beheimateten Nicht-Albaner den Willkürakten der (albanisch dominierten) lokalen Behörden schutzlos ausgesetzt. In gewisser Hinsicht könnte die völkerrechtliche Anerkennung eines „unabhängigen“ Kosovo – eines weiteren islamischen Staates inmitten Europas – durch einen Teil der „internationalen Staatengemeinschaft“ als ein „erfolgreicher“ Abschluß der mit dem „Neoosmanismus“ Titos in Angriff genommenen Politik einer Aufteilung des jugoslawischen Kernstaates Serbien in ethnische „Reviere“ interpretiert werden.

Nachdem der türkische Ministerpräsident Erdogan vor wenigen Tagen durch eine Polemik gegen die (vermeintlich) drohende „Assimilation“ türkischer Einwanderer an die deutsche Mehrheitsgesellschaft hervortrat, übt Deutschland nun den Schulterschluß mit der Türkei bei der „Legalisierung“ jenes albanisch-muslimischen Nationalismus, unter dessen Gewaltherrschaft seit 1999 Hunderttausende von Nicht-Albanern keineswegs „assimiliert“, sondern ermordet oder vertrieben wurden. Die wenigen zehntausend im Kosovo verbliebenen Serben müssen, soweit sie nicht in dem infrastrukturell mit dem unbesetzten Serbien verbundenen Norden des Territoriums leben, in ghettoartigen Enklaven ausharren. Die extremistischen albanischen Milizen der UCK sind niemals entwaffnet worden (wie es die nach wie vor gültige Resolution 1244 des Weltsicherheitsrates vom 10. Juni 1999 festlegt!), sondern in den „zivilen“ Strukturen des Kosovo aufgegangen. Dieses wird nunmehr als „unabhängiger Staat“ durch eine „politische Elite“ repräsentiert, die der ehemalige kanadische Botschafter in Belgrad, James Bisset, wie folgt charakterisiert: „Sie haben unter der NATO-Besatzung fast die gesamte nichtalbanische Bevölkerung vertrieben und über 150 christliche Kirchen und Klöster zerstört.“

Ethnische Brückenköpfe und das Ende des multikulturellen Experiments

von Cornelius Fischer

Eingebettet in die globalen Spannung zwischen dem abendländlich-westlichen Kulturraum und dem Islam, haben die Ereignisse „Erdogan“ und „Kosovo“ im Frühjahr 2008 deutlich gemacht, daß das postmultikulturelle Zeitalter angebrochen ist. Der Ausgang ist ungewiß, aber es bahnt sich zweifellos ein Prozeß der Destabilisierung Europas durch die Spätfolgen der Zuwanderung an.

Die Unabhängigkeit des Kosovo und der Auftritt des türkischen Staatschefs Erdogan vor der Brandruine in Ludwigshafen haben nämlich eines gemeinsam: Beide Ereignisse belegen, daß ethnische Minderheiten ab einer gewissen Größe zu staatspolitisch entscheidenden Akteuren werden können. Die durch die Globalisierung erhöhte Mobilität der Menschheit beschleunigt und erleichtert den Konflikttransfer, der zuvor durch staatliche Grenzen erschwert wurde. Historisch betrachtet, waren ethnische Minderheiten oft Sündenböcke. Aber sie waren auch oft „fünfte Kolonnen“ oder „trojanische Pferde“ bei Interessenkonflikten, in Grenz- und Gebietsstreitigkeiten, bei Migrationsbewegungen oder offenen Auseinandersetzungen zwischen Gast- und Herkunftsland. Sie waren Geiseln oder Druckmittel, aber selten neutral.

Auch die türkische Minderheit in Deutschland ist nicht neutral: Sie jubelt im Zweifelsfall mehrheitlich einem radikalen Politiker des Herkunftslandes bei einer Drohveranstaltung in Köln zu, einem Politiker, der gerne ein Gedicht des Dichters Ziya Gökalp zitiert: „Die Minarette [sind] unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme / Die Moscheen unsere Kasernen, die Gläubigen unsere Soldaten […].“

Verwundert sind die deutschen Entscheidungsträger, wenn der Ton rauh wird und eine wachsende Minderheit den gesellschaftlichen Wertekonsens in Frage stellt oder ihre Funktion als ethnischer Brückenkopf offen zur Schau trägt. Dies ist lediglich die unbedachte Schattenseite des angestrebten Ziels der multikulturellen Gesellschaft, wieso also Verwunderung? Die zugewanderte Minderheit fühlt sich nicht mehr „fremd“ – nur eben auch nicht „einheimisch“. Die psychologische Geographie hat sich verändert. Bestenfalls sehen sich die Migranten berechtigt, formal ihre Wertevorstellungen (eigene Lebensabläufe, Sozialisationsinstanzen und die Wahrung der Herkunftsidentität) mit denen der Autochthonen als Gruppe gleichzustellen. Im schlimmeren Falle fühlen sie sich als Kolonisten auf fremdem Terrain, das es zur Kopie der Heimat umzuwandeln gilt. Sie sind bereit zur Partizipation im Erwerbsleben und im Sozialsystem, aber keineswegs zu Integration oder gar Assimilation.

Die Utopie einer multikulturellen Gesellschaft ist nicht einmal mehr in der Lage, den Teilnehmern einer Talkshow Glanz in die Augen zu zaubern. Die letzte Verteidigungslinie ist die Feststellung Heiner Geißlers, daß es zum Weiterwurschteln keine Alternative gebe. Bei der Suche nach Erklärungen für das Scheitern des Gesellschaftsentwurfs und dem wiederholten Bekenntnis zur kulturellen Unterwürfigkeit, schwingt

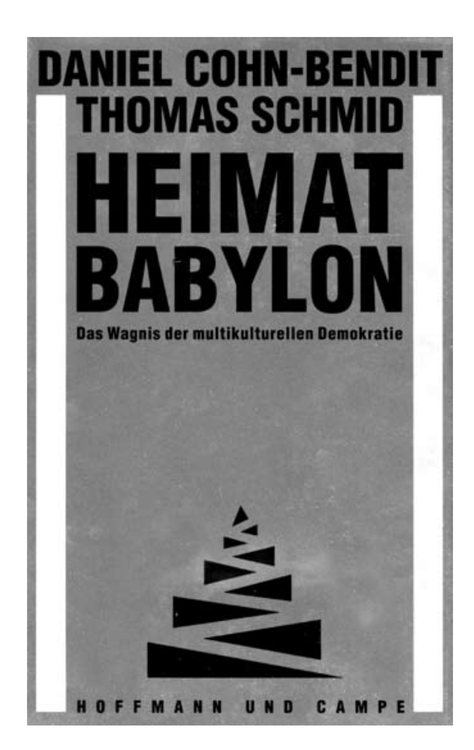
auch etwas Angst mit. Es ist die Angst vor der Erkenntnis, daß den Konstrukteuren der „Bunten Republik Deutschland" ein wesentlicher Denkfehler unterlaufen ist. In fünf Punkten:

1. Manche Kulturen bereichern einander, manche zerstören sich gegenseitig. Der Verlauf der Beziehungen (bereichernde Assimilation oder gewalttätige Balkanisierung) wird weniger durch guten Willen, ökonomische Notwendigkeit oder volkspädagogische Plädoyers bestimmt, als vielmehr durch kulturelle Kompatibilität und Demographie. Der „Kampf der Wiegen" (Eibl-Eibesfeldt) bestimmt, wessen Werte gelten und wer verdrängt wird. In beiden Fällen ist die Integrationsprognose aus Sicht der Gastgeber eher ungünstig.

2. Integration gelingt entweder durch kompromißlose Härte (und ist dadurch eher ein Zwang zur Assimilation), oder sie ist ein Prozeß beidseitiger Freiwilligkeit, die nur schwer künstlich erzeugt werden kann. Wo indes weiche Integrationsstrukturen – etwa geförderte häufige Begegnungen – geschaffen werden müssen, ist die Integration im Prinzip schon gescheitert. Menschen erkennen durch künstlich vermehrten Kontakt nämlich nicht nur ihre Ähnlichkeit, sondern auch die Unüberwindbarkeit bestimmter Wertunterschiede. Kompatible Kulturen arrangieren sich ohne Sozialingenieure.

3. Kulturen und Ethnien verfügen über unterschiedliches Kulturkapital. Das allgegenwärtige Mobilisierungspotential der türkischen, arabischen und kurdischen Minderheiten deutet nicht nur auf die demographischen Vorteile gebärfreudiger Diasporagemeinden hin, sondern ist ein klares Indiz für engere Identifikationsradien und die martialische Sozialisation in sogenannten „Kriegerkulturen". Beispiele zeigen, daß bei nationalen Ereignissen in solchen Volksgruppen Medien, Regierung und Volk eine ethnonationalistische Dynamik entwickeln, die im Europa des 21. Jahrhunderts schwer ihresgleichen findet. Schlachtrufe von den Tribünen türkischer Fußballstadien illustrieren das überzeugend: „Europa! Höre unsere Stimme!/ Was Du hörst, sind die Schritte der Türken./ Niemand kann es mit den Türken aufnehmen./ Europa, Du Schlampe!/ Nimm Dich in acht!"

Wenn es um den EU-Beitritt geht, unterscheidet sich der Ton der Türkei auch sehr stark vom freundlichen Anklopfen anderer Kandidaten. Im Notfall kann sich das Land auf die handfeste Unterstützung seiner in der Diaspora lebenden „Verwandten" verlassen. Ausschlaggebend ist dabei die starke Beziehungsorientierung bei Völkern, die weder die Aufklärung noch die psychologische Erschöpfung der beiden Weltkriege im kulturellen Gedächtnis tragen. Die Ideologie der multikulturellen Gesellschaften beruht hingegen grundsätzlich auf der Annahme, daß weitgehend normativer gesellschaftlicher Konsens hergestellt werden kann und daß Spielregeln durchsetzbar sind. Beziehungsorientierte Kulturen befinden sich jedoch nicht selten im Loyalitätskonflikt mit diesem Regelgerüst, weil Regeln keineswegs als wertneutral betrachtet werden können oder



Falsche Propheten – Buchtitel von 1993

über eine Universalgültigkeit verfügen, sondern zutiefst kulturspezifisch sind. Verfügen ethnische Brückenköpfe über eine kritische Masse und eine hohe ethnische Mobilisierung, hebeln sie die ungeliebten Regeln aus oder zwingen den Staat dazu, diese nicht mehr durchzusetzen. Der Konflikttransfer im Fall Öcalan 1999 zeigte, daß die Furcht vor einer Eskalation so stark sein kann, daß der Rechtsstaat handlungsunfähig wird oder seinen eigenen Haftbefehl ignoriert.

4. Im Loyalitätswettbewerb zwischen einem Staat mit kulturell und demographisch erschöpfter Urbevölkerung und der selbstbewußten Herkunftsidentität einer mobilisierten Minderheit, verliert erfahrungsgemäß der Staat, wie die Geschichte des Kosovo wieder zeigt. Sich attraktiver für Migranten zu präsentieren, seine Strukturen verstärkt zu öffnen, um durch größere Teilhabe die Wertschätzung zu erhöhen, funktioniert nicht, wenn die Inkompatibilität der jeweiligen Kulturen nicht überwunden worden ist. Denn ansonsten durchdringen unzuverlässige „Staatsbürger" die staatlichen Strukturen und sorgen für Fragmentierung oder Lähmung, bis hin zur gänzlichen Dysfunktion. Die Suche nach haltbaren Kompromissen scheitert an der Notwendigkeit, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen. Dieser ist dann selten fruchtbar genug, um eine Senkung von Standards jeglicher Art zu verhindern. Der Staat als Integrationsinstanz oder gar -motor kann dadurch zuletzt sogar in die geographische Fragmentierung getrieben werden (wie Serbien) oder in Gänze an seinen vielfältigen Bruchlinien scheitern, mit allen Vorstufen eines Vorbürgerkriegs und eines Verfalls funktionierender Regelwerke.

5. Die Dauerhaftigkeit und Gefährlichkeit solcher Bruchlinien wird von den Befürwortern multikultureller Gesellschaften regelmäßig unterschätzt. Sie erkennen nicht, daß multikulturelle Gesellschaften stets Konfliktgesellschaften sind.

Robert Redeker und die islamophile Linke

Daniel Leon Schikora

Dem Kabarettisten Hagen Rether gebührt das Verdienst, im Rahmen der ARD-Kabarettsendung „Scheibenwischer" vom 29. Dezember 2007 eine der Lieblingsbeschäftigungen „politisch korrekter" Tugendwächter unserer Republik in extenso vorgeführt zu haben: den Kampf gegen die „Islamophobie". Rether tat dies keineswegs in einer kritisch reflektierenden Weise, sondern (offenkundig ernst gemeint) polemisch. Sein Verdienst wird dadurch jedoch keinesfalls geschmälert: Er spitzte die Argumentationsmuster der multikulturalistischen Kämpfer gegen das „Feindbild Islam" derart zu, daß sie – ungewollt – die Abstrusität der islamophilen Haltung deutscher (und europäischer) Linker offenlegten.

Analog zu den sich selbst als „zivilcouragiert" begreifenden Verfechtern eines im Jahr 2000 sogar regierungsoffiziell proklamierten „Aufstands der Anständigen" (Gerhard Schröder) gegen „Rechts", präsentiert sich Rether als der vor Kühnheit zitternde Rebell, der sich dem „aktuellen Lieblingsspiel der Deutschen", dem „Moslem-Bashing", verweigert – und der statt dessen die für terroristische Aktivitäten „in Sippenhaft" (sic!) genommenen Muslime vor der „Präventiv-Paranoia" seiner Landsleute in Schutz nimmt. Henryk M. Broder, Ralph Giordano und sogar Günter Wallraff stellt Rether als Stichwortgeber einer faschistoiden antimuslimischen Meute dar. Tatsächlich gehören diese drei Persönlichkeiten zwar keinem gemeinsamen politischen Lager (etwa irgendeiner „Anti-Islam-Partei") an, stimmen aber zumindest in einem Punkt überein: Ihre islam(ismus)-kritischen Stellungnahmen haben weder eine fremdenfeindliche oder gar „rassistische" Tendenz, noch haben sie jemals die Menschen- und Bürgerrechte eines Muslims in Frage gestellt, etwa indem sie von ihm verlangt hätten, seinem Glauben abzuschwören.

Für die realen muslimischen Opfer des von „Islamophoben" thematisierten islamischen Integrismus inmitten Deutschlands hat Rether hingegen nur Hohn und Spott übrig: „Und dann noch 'ne Prise Zwangsheirat und 'ne Prise Ehrenmord, und dann haben wir den bösen Moslem. Wir backen uns einen Feind, zugeschaut und mitgegraut." Ralph Giordanos Absage an einen „Multi-Kulti-Kuschelkurs" kontert Rether, wie folgt: „Die Alternative zum Kuschelkurs, die können wir seit zwanzig, dreißig, vierzig Jahren im Nahen Osten uns angucken." In dieser Logik könnte die Tatsache, daß seit 2003 über eine halbe Million irakischer Christen ihre Heimat verlassen mußte, darauf zurückgeführt werden, daß die christlichen Gemeinschaften des Irak sich zu wenig tolerant gegenüber der muslimischen Mehrheitsbevölkerung verhalten hätten.

Darüber hinaus versteigt sich Rether – ohne ein Gran an Selbstironisierung erkennen zu lassen – zu der Unterstellung, im Falle einer Aufführung von Monty Pythons „Das Leben des Brian" im Kölner Dom würden von katholischen Fanatikern „fundamentalistische" (Gewalt-)Akte ausgehen, wie sie tatsächlich von jenen islamischen Fundamentalisten verübt werden, die in Salman Rushdies *Satanischen Versen* eine ahndungswürdige Gotteslästerung sehen (deretwegen Ayatollah Khomeini 1989 zur Tötung des Schriftstellers aufrief – ein Mordaufruf gegen einen EG/EU-Bürger, den die Islamische Republik Iran bis heute nicht zurückgenommen hat). Nicht einmal vor einer ausdrücklichen Identifikation gegenwärtiger Abneigung gegen „den Islam" mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft schreckt Rether zurück: „Wir hatten hier schon mal 'ne Zeit in Deutschland, wo man Bücher

für gefährlich hielt", mahnt er, wohl ohne zu merken, daß er durch historische Vergleiche dieser Art – mit Blick auf Bücherverbrennungen in islamistisch regierten Ländern – sehr schnell auf sich selbst den Verdacht der „Islamophobie" ziehen könnte.

Zu dem Zeitpunkt, als in Deutschland Rethers Philippika gegen „Islamophobie" ausgestrahlt wurde (die durchaus die Stimmungslage des geladenen Publikums zu treffen schien), befand sich der Franzose Robert Redeker bereits 15 Monate lang in einem Zustand, den er selbst – keinesfalls dramatisierend – dadurch charakterisierte, daß er zu einem „Flüchtling im eigenen Land" geworden sei. Der Philosoph Redeker hatte bis September 2006 in Toulouse als Gymnasiallehrer gearbeitet. Die Möglichkeit, diesen Beruf weiterhin auszuüben, wurde ebenso zunichte gemacht, wie er sein Recht auf Freizügigkeit im allgemeinen nicht mehr wahrnehmen kann – er lebt an einem geheimen Ort, stets den Funkkontakt zum nächsten Polizeiposten haltend. Selbst auf jedwede öffentliche Handlung im Zusammenhang mit der Beerdigung seines verstorbenen (deutschen) Vaters mußte verzichtet werden: „Niemand durfte wissen, daß ein Mensch mit meinem Namen am Mittwoch, dem 7. Februar zu seiner letzten Ruhestätte begleitet wurde. Das sei zu gefährlich, hieß es; jemand könnte den Trauerzug fotografieren und danach beteiligte Personen bedrohen."

Was hatte Redeker verbrochen? In der Tageszeitung *Le Figaro* hatte er unter dem Titel: „Was soll die freie Welt angesichts der islamistischen Einschüchterungsversuche tun?", Bezug nehmend auf die Debatte über die „Regensburger Rede" Papst Benedikts XVI. vom 12. September 2006, seinerseits Christentum und Islam in einer für den Islam unvorteilhaften Weise antithetisch gegenübergestellt. Den Koran hatte er „ein Buch von unerhörter Gewalt" genannt und (wie zuvor Louis Chagnon) auf Verbrechen der Frühgeschichte des Islam einschließlich der vom Religionsstifter Mohammed, einem „Lehrmeister des Hasses", verantworteten genozidalen Verbrechen an dem jüdischen Stamm der Qurayza verwiesen. Vor allem aber hatte er davor gewarnt, Kritiker des archaischen Charakters der durch den Koran vermittelten Normen mit dem Stigma der Islamophobie zu belegen und sie – wie während des Kalten Krieges die als Antikommunisten geschmähten Kritiker des sowjetischen Totalitarismus – zu exkommunizieren. Nach dem Erscheinen des Artikels am 19. September wurde von islamistischer Seite prompt zu seiner Ermordung aufgerufen:

„Auf der offiziellen Website des Dschihadismus, Al Hesbah, wurde ich zum Tode verurteilt. Es erging ein Appell an alle Muslime der Welt, mir den Kopf abzuschneiden: ‚Diesem Schwein, das es gewagt hat, Mohammed zu kritisieren, muß der Kopf vom Leib getrennt werden', so war es auf der Website zu lesen. Die Muslime wurden also aufgefordert, mir dasselbe Schicksal zu bereiten wie Theo van Gogh. Diesem Todesurteil hinzugefügt wurden mein Foto, meine Adresse, meine Telefonnummer, die Adressen meiner verschiedenen Lehrtätigkeiten und eine genaue Wegbeschreibung zu meiner Wohnung. Die Mörder brauchten sich nur noch zu bedienen. Die Anweisung zum Mord und die Anfahrtsskizze wurden in der ganzen Welt verteilt, natürlich auch in den Vororten von Paris mit ihren islamistischen Netzwerken."


An geheimem Ort – Robert Redeker

Der sich der republikanisch-laizistischen Linken zugehörig fühlende Intellektuelle – Redaktionsmitglied der von Sartre ins Leben gerufenen Zeitschrift *Les Temps Modernes* und 2002 engagierter Unterstützer des „souveränistischen" Präsidentschaftskandidaten Jean-Pierre Chevènement – mußte im Angesicht der gegen ihn gerichteten islamistischen Morddrohungen erfahren, wie wenig das Gros der die Menschenrechte im Munde führenden Linken das Schicksal eines individuellen Einzelnen bekümmert, dessen Vergehen darin bestand, sein Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit wahrzunehmen:

„Die französische linke, die sich immer schon gegen die Todesstrafe ausgesprochen hatte, hatte Verständnis dafür, daß ich zum Tode verurteilt wurde für eine Kritik des Islam. Sie vertrat die Auffassung, ich hätte ein überaus schweres Verbrechen begangen. In ihren Augen bezieht sich der Laizismus immer nur auf die katholische Kirche, nicht auf den Islam (es war, notabene, eine Regierung der Rechten, die den islamischen Schleier in den Schulen verbot, nicht eine der Linken, die sich der entsprechenden Gesetzgebung verweigerte). Gegenüber dem Katholizismus ist die französische Linke unnachgiebig, willfährig jedoch im Fall des Islam. In den Lehrerzimmern der Gymnasien wurde ich in Aushängen am Schwarzen Brett bereits gelyncht: Da schrieben die Philosophielehrer, ich hätte schließlich die Meinungsfreiheit mißbraucht."

Es verwundert kaum, daß innerhalb einer solchen Linken dem Islamismus-Opfer Redeker sogar vorgeworfen wurde, daß – neben Nicolas Sarkozy – auch Philippe de Villiers, Präsident des nationalkonservativen MPF, sich mit dem Bedrohten solidarisierte und dieser die Solidaritätserklärung des Rechtskatholiken nicht zurückwies.

Zwei Flügel – Graz hat gewählt

Wolfgang Dvorak-Stocker

Die Gemeinderatswahl in der österreichischen 300.000 Einwohner-Stadt Graz hat für internationales Aufsehen gesorgt. Schuld daran war FPÖ-Spitzenkanditatin Susanne Winter, die sich mit islamkritischen Aussagen in Position zu bringen versuchte. Insbesondere ihre Feststellung, Mohammed selbst sei aus heutiger Sicht als Kinderschänder zu bezeichnen, sorgte österreichweit und darüber hinaus für Aufregung. Schon zuvor hatte Winter den Vorschlag der Parteijugend, im Stadtpark Schafe weiden zu lassen, mit denen sich Moslems sodomitisch vergnügen könnten, gutgeheißen, um so angeblichen Vergewaltigungsgefahren vorzubeugen.

Der Schuß ging aber nach hinten los. Gerade in FPÖ-nahen Kreisen wurde der Versuch, Religion zum Wahlkampfthema zu machen, einhellig abgelehnt. Nicht, daß Winters Aussagen völlig falsch gewesen wären – aber das Verhalten Mohammeds in einer ganz anders gearteten Kultur vor 1300 Jahren hat mit den realen Problemen der unfreiwillig multikulturell gewordenen Stadt genausowenig zu tun wie mit dem Verhalten der heute in Österreich lebenden Moslems. Ihre Äußerungen wurden daher als vorsätzlicher Affront gegen Menschen islamischen Glaubens empfunden, die insbesondere Wähler „schlichterer" Geisteshaltung ansprechen sollten. Plakate mit Slogans wie „Daham statt Islam", die die Freiheitlichen seit einigen Wahlgängen verwenden, zielen ja auf ein ähnliches Publikum. In der Folge gewann die FPÖ zwar in sozial problematischen Bezirken dazu, die von einem starken Ausländeranteil geprägt sind, verlor aber sogar noch Stimmen in den „besseren" Stadtteilen. Dabei war Graz über Jahrzehnte eine Hochburg der FPÖ gewesen, die schon in den siebziger Jahren Ergebnisse von mehr als 20 Prozent erzielen und 10 Jahre den Bürgermeister stellen konnte. 2003 hatte die FPÖ mit 8 Prozent bedingt durch innerparteiliche Querelen das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Daß in den „bürgerlichen" Bezirken nun nochmals Stimmen verloren wurden, hatte man nach Gesprächen mit FPÖ-Sympathisanten bereits abschätzen können, und der Tenor dieser Gespräche war klar: Nicht die Religion an sich darf Wahlkampfthema sein, thematisiert werden muß die Gefahr von Islamisierung und Überfremdung; nicht „der Islam" ist als Gegner auszumachen, sondern jene politischen Kräfte sind es, die diese unheilvolle Entwicklung fördern und vorantreiben. Insgesamt blieb die FPÖ mit 11 Prozent unter dem von Meinungsforschern erwarteten Ergebnis, da viele ihrer Wähler zu Hause geblieben waren (Wahlbeteiligung: 53 Prozent) oder anderen Parteien ihre Stimme gegeben hatten.

Das Wahlrecht in Graz führt dazu, daß jede Partei ab einem bestimmten Stimmenanteil Mitglied der Stadtregierung ist. Und anders als in Wien, wo es Stadträte ohne Geschäftsbereich gibt, beteiligt man in Graz brav alle entsprechend stimmenstark gewordenen Parteien an der Macht. Daher regierte in den letzten Jahren auch ein christlich-sozialer Bürgermeister trotz linker Mehrheit im Gemeinderat. Und dieser, Siegfried



Sogar zwei Köpfe – Österreichs Doppeladler in der ständestaatlichen Variante

Nagl, versuchte sich sogar als Exponent des konservativen Flügels der ÖVP zu positionieren. So sprach er von Graz als „Bollwerk“ gegen einen EU-Beitritt der Türkei (die Stadt hatte drei Türkenbelagerungen zu überstehen) und äußerte sich trotz medialer Schelte deutlich negativ zur Homosexualität. Im jüngsten Gemeinderatswahlkampf aber waren polarisierende Sprüche außen vor geblieben, der Bürgermeister führte eine Sympathie-Kampagne unter dem Motto „Graz macht Spaß“ und konnte seine Partei von 36 Prozent auf 38 Prozent verbessern.

Doch nicht nur hin zur ÖVP, auch zum BZÖ wandten sich potentielle Wähler der FPÖ: Diese skurrile Partei verdankt ihre Existenz Jörg Haider, der sich mitsamt der Führungsspitze von der eigenen Partei abspaltete, der FPÖ nur den angehäuften Schuldenberg hinterlassend. Nun konnte das BZÖ in Graz mit 4,3 Prozent erstmals außerhalb von Kärnten in eine Gebietskörperschaft einziehen. Von seiten des jüngst installierten „Menschenrechtsbeirates“ (Graz ist „Menschenrechtsstadt“!) wurde dem BZÖ, das sonst nichts unversucht läßt, die FPÖ ins braune Eck zu stellen, angesichts seines „Wir säubern Graz“-Wahlkampfes freilich selbst rassistische Menschenverachtung vorgeworfen. Der Wähler hat wohl nichts dergleichen darin gesehen, sondern den Spruch eher auf die zunehmende Gewaltkriminalität in nächtlichen Straßen und Parks, die Verwahrlosung zentraler Plätze durch kampierende Punks, die meist schwarzafrikanischen Drogendealer und die organisiert auftretende Bettlerflut slowakischer Zigeuner bezogen. Für die etablierten Kräfte unerwartet war wohl, daß es gerade die Erstwähler des auf 16 Jahre herabgesetzten Wahlalters waren, die überproportional für FPÖ und BZÖ stimmten!

Graz, die alte Hochburg des deutschnationalen Lagers, war schon immer für ungewöhnliche politische Verhältnisse bekannt: 1938 erwarb sie sich den Titel „Stadt der Volkserhebung“, nachdem Wochen vor dem deutschen Einmarsch die Nationalsozialisten faktisch Besitz von ihr ergriffen hatten und sie trotz Verbot mit Aufmärschen und Hakenkreuzfahnen dominierten, ohne daß die Regierung in Wien es wagte, dagegen einzuschreiten.

Später war Graz dann die „Stadt der Bürgerinitiativen“ und das Stadtparlament traditionell bunt. Bei den letzten Wahlen machten insbesondere die Kommunisten Furore, deren persönlich integrer Spitzenkandidat Ernst Kaltenegger sich erfolgreich als Anwalt des kleinen Mannes verkaufen konnte. 2003 erzielte die sonst österreichweit im 0,1-Prozent-Bereich vegetierende Partei ganze 21 Prozent! Dies verdankte Kaltenegger nicht nur seiner persönlichen Wirkung, sondern auch den Grazer Medien, die seinen Wohlfühlkommunismus nie in Frage stellten, obwohl etwa die Parteijugend offiziell der DDR nachtrauert, Nordkorea zu ihren Vorbildern zählt und davon träumt, daß die Machtmittel des Staates der bürgerlichen Klasse aus den Händen gerissen werden müssen. Freundlich wird dabei versichert, daß die Revolution nicht unbedingt blutig verlaufen müsse: nämlich dann nicht, wenn die KapitalistInnen dieser keinen Widerstand entgegensetzten!

Bei der letzten Gemeinderatswahl fiel die KPÖ jedoch auf 11,2 Prozent zurück, nachdem ihr zugkräftiger Spitzenkandidat in die Landespolitik wechselte. Zwischen den Fronten zerrieben wurde die Sozialdemokratie, die von 26 Prozent auf 19,8 Prozent abstürzte und ein skurriles Kleinod dieses an Seltsamkeiten reichen Wahlkampfes lieferte: Ihr amtierender Landeshauptmann (steirischer Ministerpräsident), der noch im letzten Herbst ein Verbot der schlagenden Burschenschaften und Corps gefordert hatte, übernahm nun ausgerechnet den Ehrenschutz für einen Ball ebendieser Studentenverbindungen. Als einzige Linkspartei konnten die Grünen moderat auf 14,5 Prozent zulegen.

Die meisten Medienkommentare zielten nach der Wahl jedenfalls auf die vermeintliche Niederlage der FPÖ ab, obwohl diese insgesamt 3 Prozent Stimmenanteil dazugewinnen konnte. Das eigentliche Ergebnis dieses Wahltags wurde hingegen höchst selten erwähnt: Graz hat nun wieder eine deutlich nicht-linke Mehrheit: BZÖ, FPÖ und ÖVP kommen zusammen auf 53,5 Prozent, während Rote, Grüne und Blutrote nur 45,5 Prozent auf die Waage bringen. Den Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl, der sich früher so schön am konservativen Rand der ÖVP zu positionieren versuchte, hält dies freilich nicht davon ab, nun ausgerechnet in den Grünen den Hauptansprechpartner zu sehen.

Ein Flügel – Landtagswahl in Niedersachsen

von Christian Vollradt

Daß unter den drei jüngst veranstalteten Landtagswahlen ausgerechnet diejenige in Niedersachsen für die CDU ein befriedigendes Ergebnis – und im Umkehrschluß für die SPD die wohl größte Enttäuschung – einbrachte, mutet fast etwas merkwürdig an. Ließ sich hier doch vor zehn Jahren noch der damalige Ministerpräsident Gerhard Schröder medienwirksam mit einem 48-Prozent-Ergebnis zum sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten gegen seinen innerparteilichen Konkurrenten Oskar Lafontaine küren, indem man in der SPD mittelbar den niedersächsischen Urnengang zur parteiinternen Urwahl ausgerufen hatte. Doch das ist lange her; Schröder ist mittlerweile Polit-Pensionär, und ausgerechnet die neuetablierte tiefrote Truppe seines Erzrivalen Lafontaine hat jetzt in Niedersachsen mit über 7 Prozent ihr bestes Ergebnis in einem Flächenland der Alt-Bundesrepublik erzielt. Und die SPD, zuletzt von 1990 an dreizehn Jahre Regierungspartei, mußte feststellen, daß ihr Zustimmungstief des Jahres 2003 (33,4 Prozent) noch einmal unterboten werden konnte: 30,3 Prozent und damit über 12 Prozent hinter der christdemokratischen Konkurrenz. Nicht wenige in und außerhalb der alten Arbeiterpartei gaben die Hauptschuld daran dem Spitzenkandidaten Wolfgang Jüttner, einem etwas drögen Alt-Funktionär in Siebziger-Jahre-Optik. An dritter Stelle konnten sich die Freien Demokraten mit 8,2 vor den Grünen mit 8 Prozent behaupten.

Die Union muß sich in Hannover anders als in den beiden Nachbarländern im Norden und Süden nicht den Kopf über (un-)mögliche neue Koalitionen zerbrechen (Hamburg), oder gar den Machtverlust ertragen (Hessen): Ministerpräsident Christian Wulff setzt nicht nur das Bündnis mit dem Wunschpartner FDP fort, sondern verzichtete auch nahezu ganz auf Auswechselungen in der Regierungsmannschaft. Lediglich ein Tausch an den Spitzen des Kultus- und des Justizministeriums wurde vollzogen. Schnell deuteten Beobachter diese einzige Änderung als eine Abschiebung des bei Wulff offenbar nicht sonderlich beliebten Bernd Busemann in das Justizressort, während dessen ehemalige Chefin Elisabeth Heister-Neumann künftig mit der obersten Leitung des Schulwesens betraut wird. Auf dem Gebiet hat die Union sicherlich mit am meisten Prestigeverlust erlitten. Zwar löste sie in der vergangenen Legislaturperiode endlich ihr Wahlversprechen ein, die Orientierungsstufe als eigenständige Schulform (Klasse 5 und 6) abzuschaffen; da jedoch der Elternwille und nicht die Empfehlung der Grundschule ausschlaggebend für den Besuch der weiterführenden Schule ist, platzen die Gymnasien aus allen Nähten, während die Hauptschulen veröden. Um nicht kurz vor dem Urnengang die Wähler doch noch wieder in die Fänge der bildungspolitisch egalitären SPD zu treiben, mußte Busemann schließlich auch seinen Widerstand gegen die Ausweitung des Angebots an Gesamtschulen aufgeben.

Mit der lautlosen Regierungsneubildung ist aus Sicht der Wulff-Truppe bereits eine wesentliche Hürde überwunden. In der niedersächsischen CDU gilt es nämlich nicht, verschiedene Parteiflügel (die es eigentlich schon gar nicht mehr gibt) in das Machtgefüge von Kabinett und Landtagsfraktion einzubinden, sondern eben dort den Regionalproporz zu berücksichtigen; denn – so paradox es klingt – nirgendwo tritt so deutlich wie hier zutage, daß der von der britischen Besatzungsmacht 1946 geschaffene Flächenstaat eigentlich ein Kunstgebilde ist. Die CDU ist ein Jahr älter als das Bundesland, und so existieren – als



Hier fehlt die Hälfte

landesspezifisches Kuriosum – neben den Bezirks- noch zwei weitere *Landes*verbände (Oldenburg und Braunschweig) innerhalb Niedersachsens, die noch dazu auf Bundesebene unabhängig agieren. Entsprechend selbstbewußt treten die Regionalfürsten der Union auf, und so ist die Kabinettsbildung, für die der Wohnsitz eines möglichen Postenbewerbers schon mal wichtiger sein kann als seine Fachkompetenz, stets ein ausgesprochener Balanceakt.

Während also Christ- und Freidemokraten schon am Wahlabend unisono betonten, sie hätten den Beweis für den möglichen Fortbestand bürgerlicher Mehrheiten in Deutschland erbracht, werden die kleinen Schönheitsfehler beschwiegen: In absoluten Zahlen verlor die Wulff-Union 470.000 Wähler, allein 270.000 ehemalige Anhänger von Schwarz-Gelb blieben diesmal gleich ganz zu Hause.

Ein Blick auf die Landkarte, in der die regionalen Parteipräferenzen eingezeichnet sind, beweist, daß es die klassischen Wählermilieus durchaus noch gibt: Niedersachsen wählt dort schwarz, wo es ländlich, traditionsverbunden und – vor allem – katholisch ist: im Emsland, in Cloppenburg und südlich von Osnabrück erzielte die Union auch diesmal wieder Ergebnisse von über sechzig Prozent der Zweitstimmen, während die SPD dort zum Teil bei lediglich 15 Prozent dümpelte.

Umgekehrt sind die klassischen Industriegebiete Peine, Salzgitter, ebenso wie das strukturschwache Ostfriesland und der äußerste Südzipfel Niedersachsens tiefrot; dort erlangten die Sozialdemokraten außerdem fast alle zu vergebenden Direktmandate. Und auch in den Wahlbezirken der großstädtischen Ballungsräume brachte es die Union teilweise bloß auf magere 25 Prozent.

Grün sind die Wohnorte der „Postmaterialisten", also die gehobenen Altbauviertel der Groß- und Universitätsstädte (z.B. mit über 20 Prozent in Göttingen-Stadt). Und wo das Einkommen niedrig, die Arbeitslosenquote hoch und die Nachbarschaft eingewandert ist, wählte man tiefrot: in Hannover-Linden, Wilhelmshaven oder Delmenhorst.

Natürlich war der mühelose Einzug der „Linken" bei ihrer niedersächsischen Landtagswahl-Premiere *die* Sensation; hatte die „alte" West-PDS bei ihrem letzten Soloauftritt 2003 doch nur schlappe 0,5 Prozent der Zweitstimmen erhalten. Nun sitzen 10 Abgeordnete als fünfte Fraktion im Leineschloß, die nicht nur fest im linken Gewerkschaftsspektrum verankert sind, sondern in mindestens zwei Fällen auch über gute Verbindungen ins Lager „autonomer Antifaschisten" verfügen. Die DKP-Frau Wegner wurde wegen ihres allzu ostalgischen Fernsehauftritts sogleich mit großer Geste aus der Fraktion verbannt – obwohl sie dieser qua Geschäftsordnung ohnehin nicht hätte angehören dürfen.

Fast überflüssig zu betonen, daß am rechten Rand totale Flaute herrscht: Die Republikaner verzichteten gleich ganz auf einen landesweiten Wahlantritt und beließen es bei einem einzigen Direktkandidaten. Die NPD beschränkte sich darauf, lange vor dem eigentlichen Wahlkampfbeginn ein wenig für Furore zu sorgen. Mit der Nominierung des ehemaligen Waldorf-Pädagogen Andreas Molau zum Spitzenkandidaten gelang es ihr, zumindest in einigen Strategiezirkeln der Union Verwirrung und Unruhe zu stiften; dort nämlich war der NPD-Mann einerseits völlig unbekannt, andererseits genügte der Hinweis, es handele sich dabei offenbar um einen „Rechtsintellektuellen", um hektische Betriebsamkeit auszulösen. Man befürchtete das Einsickern rechter Kader in eigene Wahlveranstaltungen, und so wurden flugs Formulierungshilfen und Merkblätter produziert, um nach Möglichkeit die eigenen Leute in solchen Fällen vor einem argumentativen Schiffbruch zu bewahren.

Am Ende war die ganze Aufregung offensichtlich übertrieben, die NPD erreichte lediglich 1,5 Prozent. So machte sich auch der Versuch, mit einer Einbindung sogenannter „Freier Nationalisten" den Spagat von Bildungsbürger bis Bürgerschreck hinzubekommen, in den Wahlkabinen nicht bezahlt.

Unionsintern heißt die Lektion nach Niedersachsen: Polarisierungen vermeiden (siehe Hessen als abschreckendes Beispiel), weiter auf der liberalen Linie à la Rüttgers-Wulff-Beust. Ein interessantes Spannungsverhältnis ergibt sich, wenn man diesem Umstand die – oben erwähnte – schwarze Stammwählerschaft gegenüberstellt: Niemand steht loyaler zur CDU als diejenigen, deren Wertvorstellungen am rasantesten aus dem Programm dieser Partei getilgt werden.

Hintergründe und Verwandtschaften

Manuel Seitenbecher: *Den deutschen „Cäsar“ bezwingen. Die 1960er und die Kampagne gegen Springer*, Marburg a. d. L.: Tectum 2008. 114 S., kt, 24.90 €

Man spricht von „68ern“, aber was sind „60er“? Der Begriff, den Manuel Seitenbecher in seinem Buch verwendet, signalisiert, daß eben nicht alle gravierenden gesellschaftspolitischen und kulturpolitischen Veränderungen ihren Anfang mit dem *annus mirabilis* nahmen, sondern schon früher begannen, einen Vorlauf hatten, der bis in die Zeit vor dem Mauerbau zurückreichte. Seitenbecher kann am Beispiel der Anti-Springer-Kampagne aufzeigen, daß hier neben der Subversion der DDR – die in Springer zu Recht einen ihrer Hauptfeinde im Westen sah – die linke Intelligenz der BRD eine Rolle spielte, die einerseits die nützlichen Idioten für den Osten stellte, andererseits aus eigenem Antrieb daran interessiert war, ihre bis dahin nur kulturelle Macht in politische umzusetzen. Als dritter Faktor sind die wirtschaftlichen Interessen zu nennen, die schon in den fünfziger Jahren zu heftiger Polemik der Sozialdemokraten – und der parteieigenen Presse – gegen die Expansion des Springer-Konzerns auf dem Mediensektor führten. Springers Absicht, seine Stellung noch durch ein „Verlegerfernsehen“ auszubauen, führte weiter dazu, daß der *Spiegel* den Kampf gegen die angeblich drohende „Pressekonzentration“ aufnahm.

Die „Enteignet Springer“-Kampagne von 1968 war insofern nur der Kulminationspunkt eines Prozesses, das Attentat auf Dutschke und die – irrige – Verknüpfung mit der APO-feindlichen Berichterstattung von *Bild* ein dankbar begrüßter Anlaß, um die Agitation zu verschärfen und eine gesellschaftliche Ächtung des Hauses Springer zu erreichen, die zwar keine gravierenderen ökonomischen Auswirkungen hatte (der Auflagenrückgang von *Bild* war ein vorübergehendes Phänomen) und im Kern scheiterte, aber zu einer Isolation führte, die naturgemäß vor allem den konservativen Bevölkerungsteil und die konservative Intelligenz treffen mußte.

Die Hauptleistung Seitenbechers hat man sicher darin zu sehen, daß er an einem Beispiel das Zusammenspiel der verschiedenen Kräfte analysiert hat, die ganz wesentlich zur Tragweite der Kulturrevolution von ’68 beigetragen haben, die durch den Einfluß der relativ kleinen Gruppe von Radikalen niemals hinreichend zu erklären wäre. Den Ausschlag gab die Möglichkeit, sich mit wesentlich mächtigeren Gruppierungen zu verbünden, oder deren Absichten für die eigenen Zielsetzungen auszunutzen.

Josef Schüßlburner: *Roter, brauner und grüner Sozialismus. Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus*, Grevenbroich: Lichtschlag 2008. 350 S., kt, 24.80 €

Wer die Veröffentlichungen Josef Schüßlburners kennt, weiß um seine Neigung, Sachverhalte und Begriffe „gegen den Strich zu bürsten“. Das setzt zweierlei voraus: polemisches Talent und die Fähigkeit zur Distinktion. Beides darf man bei einem Juristen wie Schüßlburner voraussetzen, ebenso wie die Neigung, den Dingen auf den Grund zu gehen. Er hat die Ergebnisse solchen Tuns schon früher in bezug auf den Begriff „Demokratie“ getan, jetzt folgt der des „Sozialismus“.

Im Kern geht es ihm darum, die Wesensähnlichkeit – im letzten: Wesensgleichheit – des roten, des braunen und des grünen Sozialismus nachzuweisen. Gemeint sind also die vor allem durch den Marxismus inspirierten Modelle, dann die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten alternativen Modelle eines nationalen Sozialismus und schließlich noch die Konzepte der Öko-Linken. Der durchschnittliche Leser wird schon als skandalös empfinden, daß alle diese Weltanschauungen und Systeme dadurch gleichgesetzt werden, daß man ihren „sozialistischen“ Selbstanspruch ernst nimmt, aber das hält Schüßlburner in seiner Argumentation nicht auf, zumal er nachweist, daß die übliche Behauptung, der Nationalsozialismus sei gar keiner gewesen, nicht Stich hält. Er kann nicht nur auf den Einfluß (früh)sozialistischer Ideologen auf die Weltanschauung oder auf das sozialistische Selbstverständnis führender NS-Größen hinweisen, sondern auch auf die objektive Entwicklungstendenz des Regimes, das das Prinzip der Egalität zwar auf eine rassisch abgegrenzte Gruppe beschränkte, damit aber ganz der faktischen Situation in linken Modellen – dem stalinistischen genauso wie dem des schwedischen „Volksheims“ – entsprach.

Selbstverständlich muß Schüßlburner, um seine Generalthese durchzuhalten, zuspitzen und einige seiner Schlüsse wirken etwas gewaltsam, aber das mindert das Vergnügen an der Lektüre nicht. Überraschend wirkt allerdings, daß seine Ausgangsposition eine so dezidiert liberale beziehungsweise libertäre ist. In seiner Einleitung macht sich der Autor ganz die These Friedrich August von Hayeks zu eigen, daß jede Art von Sozialismus den „Weg in die Knechtschaft“ öffne, so daß die Freiheit nur mit der rabiaten Verteidigung von Marktwirtschaft – deutlicher: Kapitalismus – zu haben ist.

Karlheinz Weißmann

Vierzig Jahre – nichts gelernt?

Götz Aly: *Unser Kampf 1968,* Frankfurt a. M.; S.Fischer 2008. 256 S., geb, 19.90 €

Institut für Staatspolitik (Hrsg.): *'68. Ursachen und Folgen,* Schnellroda 2008 [=Wissenschaftliche Reihe, Heft 12]. 40 S., geh, 5 €

Reinhard Mohr: *Der diskrete Charme der Rebellion.* Berlin: wjs 2008. 249 S., geb mit SU, 19.90 €

Vierzig Jahre nach dem namensgebenden Jahr werden die Achtundsechziger bewältigt. Man muß dabei weder der aktuellen IfS-Studie noch dem billigen Hohn des selbsternannten „78ers" Reinhard Mohr zustimmen: Die Opfer von '68 und die ideologische Prägung aus dieser Zeit werden nicht tabuisiert, wie es die IfS-Broschüre behauptet, und auch Mohrs Ironie ist nicht beizupflichten, wenn er 68er-Bashing als heutigen *common sense* markiert: „Soviel ist klar: Die 68er sind an allem schuld."

Die Wahrheit dürfte dazwischen liegen: Es sind ja keine Ausnahmeartikel, die jene Jahreszahl und die damit verbundenen Umwälzungen als Schreckensbild an die Wand malen. Schon lange und weithin werden die Ursachen für Werte- und Autoritätsmangel, familiären Zerfall, sexuelle Verrohung und diverse Stilkrisen in den Umtrieben jener Jahre gesucht. Die entsprechenden Asserate-, Bueb- und Herman-Bücher gingen weg wie warme Semmeln, für *FAZ*- und selbst *Welt*-Leitartikler, vom *Cicero* ganz zu schweigen, ist „Anti-68" ein nicht wegzudenkender Topos. Andererseits lebt es sich ganz gut mit dem Sittenwandel – eine Reconquista stand nie bevor. Ein anspielungsfreudiger *Spiegel*-Titel brachte 2007 den neubürgerlichen Konsens zur 68er-Revolte ganz gut auf den Punkt. „Es war nicht alles schlecht." Soll heißen: Dem Muff unter den Talaren und dem Schweigen der Väter habe der frische Wind gutgetan, aber ob man gleich so vehement zum Sturm blasen mußte? Immerhin einer (abgesehen vom IfS) hat mit dieser „Ja, aber"-Mentalität gründlich gebrochen, sei es aus Schuldstolz, Profilierungssucht oder wahrer Einsicht: Götz Aly, immerhin einer der Haushistoriker der BRD. Die Abrechnung des Ex-Maoisten und ehemaligen „Rote-Hilfe"-Mitglieds mit dem Reißer-Titel *Unser Kampf* (was die Profilierungsthese stützt) wurde von den Leitmedien fast einhellig verrissen.

Bei der Buchvorstellung in der Berliner Urania brandete ihm ein Unwillen entgegen, der an die *sit-ins* jener Generation gemahnte, der er den Fehdehandschuh zuwirft. Mit Zwischenrufen wie „Bullshit" und „Das Buch ist Dreck!" soll seine Rede gestört worden sein. Aly, der sein Buch als „Störung der Heldengedenkfeiern des Rudi-Dutschke-Gedächtnisvereins" sieht, nennt die 68er Ausläufer des totalitären Zeitalters und fragt verärgert, warum ausgerechnet hier keine Kontinuität zur NS-Zeit aufgedeckt werden dürfe. Gewaltbereitschaft, Führerkult, Ideologielastigkeit, Antisemitismus: Die Parallelen zum NS seien offenkundig.

Das vom Großfeuilleton weithin empfohlene Buch des bissigen Vielschreibers Reinhard Mohr (Frankfurter des Jahrgangs 1955, tätig einst für den *Pflasterstrand*, heute für *Spiegel*, *Stern* etc., daneben zahlreiche Buchpublikationen zur Generationsthematik) wirft für den Leser zunächst Fragen auf: Was soll der mit einer Klischee-Wendung hantierende Titel, wo klärt Mohr über „Diskretes" und „Charmantes" der 68er-Revolte auf? Warum ist der Titel in verspielter Jugendstil-Schrift gesetzt – etwa, weil es sich um eine „Jugendbewegung" handelt? Was sagen uns diese langhaarigen Nackedeis, die da melancholisch in Pappkartons (Beziehungskisten?) herumsitzen? Zumal der Autor die kulturelle Reichweite von 1968 nur stiefväterlich verhandelt, die sexualpolitischen und privaten Aspekte völlig vernachlässigt. (Auch Aly hält diesen Komplex für nachrangig.) Etwas pikant erscheint auch, daß gerade Wolf Jobst Siedler junior dieses Buch eines hedonistischen Linken verlegt. Vater Siedler (über einen innerfamiliären Generationenkonflikt wäre nichts bekannt!), sprachmächtiger Großbürger, hatte vor Jahrzehnten über die Jammer-Linken der frühen Sechziger gehöhnt, man könne angesichts der dauerklagenden Kultur-Schickeria fast vergessen, „daß es sich bei den deutschen Linksintellektuellen um die einflußreichste und marktbeherrschende Gruppe des Literatur- und Kulturbetriebes handelt. Denn die ‚Heimatlose Linke' hat so ziemlich alle Positionen erobert, in denen Kunst heute verwaltet und dirigiert wird." Und noch etwas fällt gleich ins Auge bei der Lektüre von Mohrs 68er-Chronik: Zumindest auf den ersten 218 Seiten verzichtet der Autor weitgehend auf das Wörtchen „ich". Das will etwas heißen bei Mohrs bekanntem Mitteilungsdrang, gerade wo es nostalgisch werden könnte! Um so gründlicher holt er diesen persönlichen Zugang nach gut zu lesender Fleißarbeit, gespickt von Photos, auf den verbleibenden Seiten nach. Erst hier wird die Arbeit degoutant.

Die IfS-Studie darf als prägnante und tiefgreifende Analyse des zerstörerischen Charakters und verantwortungslosen Experimentierens der 68er-Bewegung gelten. Die Arbeit basiert auch auf einem immensen Zitaten-Fundus und läßt Peter Sloterdijk ein bemerkenswertes Schlußwort sprechen: Letztlich sei es im Namen der allseitigen Emanzipation um „die Freigabe aller Dinge fürs Neu-Design und für den Verbrauch" gegangen. „Man hat mehr Demokratie gewagt, um mehr Konsum zu wagen. Alle Wege von '68 führen letzten Endes in den Supermarkt."

Ellen Kositza

Revisionismus christlich

Walter Brandmüller: *Licht und Schatten. Kirchengeschichte zwischen Glaube, Fakten und Legenden,* Augsburg: St. Ulrich Verlag 2007. 222 S., kt, 16.90 €

Arnold Angenendt: *Toleranz und Gewalt. Das Christentum zwischen Bibel und Schwert,* Münster: Aschendorff Verlag 2007. 797 S., kt, 25.50 €

Schwer ist es, öffentlich verfestigten Vorurteilen beizukommen, um so mehr, wenn die durch neue Erkenntnisse nötige Revision bestimmter Stereotypen der Grundtendenz der veröffentlichten Meinung widerspricht. Wer dagegen publizistisch aufzutreten versucht, predigt meist Bekehrten.

Nicht anders wird es den beiden hier zu besprechenden Autoren gehen. Von Prof. Dr. Walter Brandmüller, Augsburger Kirchengeschichtler und seit 1998 Präsident des Päpstlichen Komitees für Geschichtswissenschaften, liegt eine Sammlung von Aufsätzen vor, die leider ohne den dazugehörigen wissenschaftlichen Apparat dargeboten werden. Im Gegensatz dazu macht der Anmerkungsapparat des nun in dritter Auflage erschienenen Buches des 1999 emeritierten Mediävisten Arnold Angenendt fast ein Viertel des Gesamtumfangs von 800 Seiten aus. Beide widmen sich ähnlichen Themen: Brandmüller behandelt unter anderem Inquisition, Kreuzzüge und Reformation aus katholischer Sicht, geht mit den Anmaßungen modernistischer Theologie hart ins Gericht und stellt den Bußakt Johannes Pauls II. aus dem Jahr 2000 gegenüber beliebten Mißdeutungen inhaltlich klar. Angenendt wiederum analysiert Gottesrechte und Menschenrechte (hier etwa die Frage der Sklaverei), Religionstoleranz und -gewalt (Inquisition, Häretikertötung und Hexenverfolgung), Heiligen Krieg und Heiligen Frieden sowie das Verhältnis von Christen und Juden.

All diese Themengebiete müssen, was die öffentliche Wahrnehmung betrifft, einer Revision unterzogen werden. Zum Beispiel der Hexenwahn: Noch vor 25 Jahren fand ein von der im 19. Jahrhundert geschätzten Zahl von 9 Millionen Opfern ausgehendes Buch über die „Vernichtung der Weisen Frauen“ den Weg auf die Bestsellerlisten. Tatsächlich sind nur etwas mehr als 50.000 Menschen in ganz Europa der Hexenverfolgung zum Opfer gefallen. Angenendt beschönigt dies nicht, nennt die Zahlen „bestürzend“ und weist doch auf die Fakten hin: Daß etwa die Opferzahlen der Französischen Revolution weit höher waren – mit mehr als 50.000 Hingerichteten und weiteren 117.000 Ermordeten in der königstreuen Vendée; daß die Kirche im Mittelalter den Glauben an Hexerei als Aberglauben abgetan und angeblichen Hexen ihren Schutz gewährt hat und daß auch am Höhepunkt der Hexenverfolgung diese in erster Linie „von unten“, aus dem Volk kam und von weltlichen Gerichten betrieben wurde.

In gleicher Weise hat der historische Revisionismus hinsichtlich der Inquisition zugeschlagen (sieht man einmal von unstrittigen Verbrechen wie der Vernichtung der Stedinger Bauern ab). Beide Autoren machen klar, daß Ketzerverfolgung christlichen Prinzipien widerspricht – Glaube läßt sich nicht erzwingen –, doch der mittelalterliche Ketzer griff nicht bloß Glaubenslehren an, sondern damit gleichzeitig die gesellschaftliche Grundordnung. Für diese war im Mittelalter das Christentum die Basis. Noch heute erkennen wir die Grundfesten einer Ordnung am ehesten dadurch, wenn wir fragen, welche Aussagen sie durch Beschränkung der Redefreiheit – sprich: Ketzergesetze – besonders geschützt hat.

Während die Auffassung weit verbreitet ist, Inquisitionsverfahren hätten zwangsläufig zum Tod geführt, sehen die Fakten anders aus. Angenendt bringt konkrete Zahlen: In Spanien etwa forderte die Inquisition weniger als 6.000 Todesopfer oder rund 1,8 Prozent aller Angeklagten – doch ist bis heute in Lexika von bis zu 100.000 Toten zu lesen! Und die Römische Inquisition richtete zwischen 1543 und 1761 in ganz Italien 97 Protestanten ihres Glaubens wegen hin, während allein in der freien Reichsstadt Nürnberg im gleichen Zeitraum 939 Rechtsbrecher durch Schwert, Strang oder Rad starben.

Kannte schon der *Sachsenspiegel* für die meisten Vergehen angefangen vom Korndiebstahl nur die Todesstrafe, war es folgerichtig, daß später nicht nur materielle Güter sondern auch die Gefährdung des ewigen Seelenheiles entsprechend strafbewehrt wurde. So schwer verständlich es dem heutigen Zeitgenossen sein mag, der Inquisitor war der Überzeugung, durch Folter und Tod am ewigen Heil seiner „Opfer“ zu arbeiten. Denn „wo die Inquisition zum Tode verurteilte, richtete sie das Vergängliche hin, um das Unvergängliche zu retten. Der moderne Tyrann dagegen ist einer, der nicht an das Unzerstörbare im Menschen glaubt und ihn daher im Gegensatz zur Inquisition völlig, auf ewig, auszulöschen und zu vernichten meint“ (Ernst Jünger, *Strahlungen*).

Dennoch ist aus katholischer Sicht klar: Die Inquisition verriet um der Wahrheit willen die von Gott gewollte Freiheit des Menschen. Aber, fragt Brandmüller, besteht heute dafür nicht die Gefahr, daß Teile der Kirche der Wahrheit um des Menschen willen abtrünnig werden? Und wie könne überhaupt unser Zeitalter, das „in einem Jahr in Deutschland mehr Ungeborene umbringt, als die Inquisition in Jahrhunderten an Todesurteilen gefällt hat“ sich über die Rechtssprechungspraxis des Mittelalters empören?

Wolfgang Dvorak-Stocker

Ernstfälle des Denkens

Horst Althaus: *„Heiden", „Juden", „Christen". Positionen und Kontroversen von Hobbes bis Carl Schmitt.* Würzburg: Königshausen & Neumann 2007. 557 S., kt, 68 €

Horst Althaus, der unter anderem Studien zu Nietzsche und Hegel verfaßt hat, präsentiert am Leitfaden der Religionskontroversen geistesgeschichtliche Essays, die den Kern dieser Kontroversen herausschälen. Dabei folgt er keiner großen These, sondern versucht, eine große Zahl von Philosophen und Geschichtsdenkern zum Sprechen zu bringen. Daher ist eine lineare Lektüre keineswegs erforderlich, vielmehr kann sich der Leser auch an einem beliebigen Punkt in die Erörterungen hineinbegeben, wo es ihm ertragreich scheint. Neben den klassischen deutschen Denkern von Kant, Herder und Fichte bis zu Nietzsche und Weber stehen Scheler, Klages, Spengler, Jaspers, Heidegger, Toynbee.

Althaus verklammert seine Ausführungen, indem er mit Hobbes beginnt und sicher nicht zufällig mit Schmitt endet. Althaus folgt bei seinen Darstellungen dem Prinzip der Sachlichkeit, auch wenn man ihm nicht immer folgen wird. Aber die unaufgeregte Nüchternheit, mit der er spricht, ist doch bemerkenswert. So stellt er fest, Technikfolgen, Bevölkerungsexplosion und Immigration hätten ihre Spuren in das Gesicht Europas eingekerbt, was für das Szenario des Apokalyptikers Spengler spreche, und er weist darauf hin, daß die aktuelle Entdeckung des Feindes im Terroristen nicht zu den Sujets der Frankfurter Schule gehört habe; vielmehr, und darin liegt der Wert des Denkens von Schmitt, zu dessen Ernstfall-Denken, das nötig ist, „wenn die Stränge der internationalen Friedenssicherung reißen, wenn ihre theoretischen und praktischen Mittel versagen. Und damit muß immer gerechnet werden."

Till Kinzel

Hin zur Reaktion?

Frank Böckelmann: *Die Welt als Ort. Erkundungen im entgrenzten Dasein,* Wien, Leipzig und Berlin: Karolinger und Alpheus 2007. 312 S., geb, 24 €

Man ist es mittlerweile gewohnt, daß ehemalige Köpfe der Neuen Linken, der APO oder allgemeiner der Achtundsechziger sich eines anderen besinnen. Gewöhnlich heißt das, daß sie in die Mitte rükken, den Gestus der großen Opposition aufgeben und mit Verspätung einen Platz im Mainstream suchen. Natürlich gibt es auch Ausnahmen, solche die ganz konsequent auf die Gegenseite wechseln, – von der Revolution zur Reaktion könnte man sagen. So weit muß man im Falle Frank Bökkelmanns nicht gehen, aber es ist doch auffällig, daß sein neues Buch nicht einfach den Radikalismus von gestern beklagt, die Segnungen der Marktwirtschaft oder einen moderaten Konservatismus preist, sondern wiederum und doch vollkommen anders die Frage stellt, ob nicht das Ganze ganz falsch ist.

Dieses Ganze ist die moderne Welt, die einem dauernden Wandel unterliegt, der Böckelmann heillos erscheint, jedenfalls nicht schöpferisch, sondern zerstörerisch. Kapitalismus wie Sozialismus haben sich seiner Meinung nach einer Logik der Vernutzung unterworfen, die nicht nur die natürlichen Ressourcen gefährdet, sondern auch die „zweite Natur", das heißt die von den Menschen geschaffene Vielfalt der Kulturen. Bemerkenswert, daß er es nicht bei der Klage beläßt, sondern ein Gegenkonzept andeutet: zuerst die Organisation eines europäischen Großraums (Carl Schmitt!) auf der Grundlage der antiken wie der christlichen Überlieferung, in „wehrhafter Selbstgenügsamkeit", der nicht mehr der Welt zum Vorbild dienen will, sondern den Europäern einen „Ort" geben soll. Worüber es sich nachzudenken lohnt.

Karlheinz Weißmann

Schiffbruch im Überfluß

Robert Schurz: *Schiffbruch im Überfluß. Scharfe Analysen unscharfer Zusammenhänge in Gesellschaft, Medien und Konsumwelt,* Frauenfeld: Waldgut Verlag 2007. 176 S., kt, 19 €

Manchen Autor entdeckt man nebenbei: Hat im Autoradio den Suchlauf eingestellt und bleibt hängen an den fünf, sechs Sätzen eines Essays, der gerade verlesen wird. Analysen und Beobachtungen, die den Nagel unerhört präzise auf den Kopf treffen. Ja, das will man hören! Robert Schurz, Jahrgang 1957, ist Psychotherapeut, Soziologe und Philosoph und umreißt die uns geläufigen Modephänomene wie Individualismus, Autoritäts- und Identitätsmangel, Suchtproblematik und Medienherrschaft jenseits der Sprechblasenrhetorik gängiger Sozio-Analytiker. Sein Ansatz ist kontrovers, oft unversöhnlich und von einer Ganzheitlichkeit, die ihresgleichen sucht.

Nicht in jedem Fall (dort nicht, wo er das Heil in utopisch-abwegigen Idealen à la gesunder Menschenverstand sieht oder eine „Öko-Diktatur" nachgerade einfordert) mag man seine Schlüsse teilen, und darf ihn doch als treffsicheren Zivilisationskritiker und Zusammendenker rühmen. Die hier veröffentlichten Texte basieren sämtlich auf Rundfunkvorträgen. Sie kreisen um Symptome einer kranken Welt, und Schurz bohrt mit der Treffsicherheit eines geübten Chirurgen an den faulen Wurzeln. Nie verstiegen, gänzlich unverquast, eröffnet er uns verbaute Pforten zu schwärenden Wunden. Haben Eltern ein Recht auf „Gegenterror"? Woher rührt die „Prozessiersucht" der Bürger? Inwiefern hängen Werteverlust, Wohlstand und Werbeindustrie zusammen?

Schurz benötigt im Regelfall ein paar Seiten, polemisch wohltemperiert, worüber andere ganze Bücher lang meditieren: gesellschaftskundliche 1a-Lektüre, eine Fundgrube.

Ellen Kositza

Korruption

Hans Herbert von Arnim (Hrsg.): *Korruption und Korruptionsbekämpfung. Beiträge auf der 8. Speyerer Demokratietagung vom 27. und 28. Oktober 2005 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer*, Berlin: Duncker & Humblot 2007. 219 S., kt, 48 €

Der vorliegende Band vereinigt die Vorträge der 8. Speyerer Demokratietagung, die im Oktober 2005 von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften durchgeführt wurde. Dabei signalisiert die Herausgeberschaft von Arnims schon, daß es sich um eine Veröffentlichung handelt, die – von dem Gefälligkeitsbeitrag Christoph Böhrs einmal abgesehen – dem Geist kritischer Beobachtung des Gemeinwesens und seiner Politischen Klasse verpflichtet ist. Im einzelnen wird die Korruption in staatlichen Institutionen und Parteien sowie Möglichkeiten von Korruptionsbekämpfung auf regionaler, nationaler und supranationaler Ebene behandelt. Das dabei gezeichnete Bild ist in vieler Hinsicht erschreckend. Am eindrucksvollsten wirkt allerdings die Wiedergabe einer Podiumsdiskussion mit Journalisten und dem einen oder anderen *whistle blower*. Der Begriff bezeichnet jene, die auf Bestechung und Vorteilsnahme aufmerksam machen, auch um den Preis persönlicher Nachteile bis hin zu Verlust des Arbeitsplatzes oder juristischem Druck. Hier zeichnet sich als wesentlicher Grund für das Wuchern der Korruption in den letzten Jahrzehnten das Fehlen einer echten Opposition unter den Parteien oder in den Medien ab. Von Arnim hat das verbreitete Desinteresse an Korruption mit dem Tatbestand erklärt, daß es sich um ein „opferloses Delikt“ zu handeln scheint. Der Eindruck täuscht allerdings, denn die desinteressierte Allgemeinheit selbst ist das Opfer der Korruption.

Martin Voelkel

Philosophie

Julian Nida-Rümelin / Elif Özmen (Hrsg.): *Klassiker der Philosophie des 20. Jahrhunderts,* Stuttgart: Kröner 2007. 278 S., kt, 12.90 €

Daß der Weg der Geschichte ehern und unwiderruflich „nach Westen“ führe, meint auch Julian Nida-Rümelin. *Westernization* prägt somit sein Verständnis moderner Philosophie normativ, wie es das von ihm verantwortete Handbuch zur Theoriegeschichte seit 1900 mit seinen 34 Portaits repräsentativ zeigt. Bei vorzüglicher Darstellung und Machart im einzelnen, bleibt seine Auswahl im ganzen doch tief strittig. Diese schreibt im Zeichen von Metaphysikkritik und Verwissenschaftlichung die heutigen Generaltrends fest: Wissenschaftstheorie und Poststrukturalismus, also argumentationslogische und begründungsmodalistische Exerzitien sowie multikulturelle Desintegration von Wertsphäre und Gesellschaft. Radikal reduktionistisch sind beide: Die analytischen (angloamerikanischen) Philosophen schließen alle gehaltvollen Fragen geschichtlicher, kultureller und anthropologischer Natur von authentischer „Erkenntnis“ aus; die (französischen) Dekonstruktivisten totalisieren Ideologiekritik als umgedrehte Utopie und trennen alle sozialen und semantischen Gewebe auf. Vor allem die englischsprachige Theorieszene wird ebenso breit wie monoton ausgewalzt, gleichzeitig alternative Strömungen unterschlagen, was sich in der Auswahl der Denker niederschlägt. Daß Gehlen oder Scheler fehlen, wäre hinzunehmen, strahlte solch noble Handbuchproduktion nicht unweigerlich kanonbildende Signifikanz ab. Allen modernen Freiheitsversprechen zum Trotz schließt der Szientismus sich monolithisch so zum Universum, einem ultimativen „Gehäuse“. Wird das ideenhistorisch gar noch bestätigt, ist unsere Orientierung fix und fertig.

Wolfgang Saur

Kommunismus

Bert Hoppe: *In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933*, München: Oldenbourg 2007. 395 S., geb, 54.80 €

Während es über die NSDAP, deren soziale Zusammensetzung, Führungsstruktur und Entwicklungsgeschichte eine unübersehbare Menge von Literatur gibt, ist das in bezug auf die andere revolutionäre Partei der Zwischenkriegszeit – die KPD – nicht der Fall. Sieht man von den unbrauchbaren Produkten der DDR-Historiographie und kursorischen Hinweisen ab, bleiben nach wie vor die Berichte von „Ehemaligen“ (immer noch lesenswert: Margarete Buber-Neumanns Erinnerungen) oder zeitgenössische Darstellungen. Ein Grund dafür war bis zum Untergang des Sowjetsystems die miserable Quellenlage, die durch die Sperrung der Moskauer Archive für westliche Benutzer entscheidend mitbedingt war. Seitdem sich diese Situation verändert, entsteht auch etwas, das man „historische Kommunismusforschung“ nennen kann.

Die Arbeit von Bert Hoppe gehört in diesen Zusammenhang. Man erhält durch sein Buch *In Stalins Gefolgschaft* eine umfassende, auch die individuellen Schicksale einzelner Protagonisten einbeziehende Vorstellung von der Geschichte der KPD in den Krisenjahren der Weimarer Republik und ihrem komplizierten Verhältnis zum „Vaterland aller Werktätigen“. Bemerkenswert erscheint auf dem Hintergrund der üblichen antifaschistischen Legendenbildung auch, daß Hoppe von einer faktischen „Selbstzerstörung“ der kommunistischen Partei in den Jahren 1932/33 spricht. Die hatte auch die Flucht vieler Funktionäre in die Sowjetunion zur Folge, wo sie allerdings keineswegs in Sicherheit waren, sondern häufig wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Illoyalität gegenüber Stalin festgesetzt, gefoltert, verschleppt oder getötet wurden.

Martin Voelkel

Bruderkrieg

Klaus Müller: *1866: Bismarcks deutscher Bruderkrieg. Königgrätz und die Schlachten auf deutschem Boden*, Graz: Ares Verlag 2007. 278 S., geb, 24.90 €

Klaus Müllers detailfreudige Studie aus süddeutsch-österreichischer Perspektive über den Deutschen Krieg von 1866 behandelt den Schlußpunkt einer mehr als 100 Jahre andauernden Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich um die Vorherrschaft in Deutschland. Gingen beide Mächte 1864 noch zusammen gegen dänische Annexionsgelüste in Schleswig-Holstein vor, stand der deutsche Dualismus zwei Jahre später vor seiner Entscheidung, und die fiel zugunsten Preußens aus, das waffentechnisch und militärtaktisch den Österreichern überlegen war.

Bismarck ist bewußt gewesen, daß sich die Frage der Führungsmacht in Deutschland über kurz oder lang stellen mußte. Er war so kaltblütig, es darauf ankommen zu lassen und klug genug, den Krieg diplomatisch zu beenden, als die Machtfrage entschieden war. Denn durch einen klugen Friedensschluß konnte Bismarck sich Österreich als Bündnispartner für die Zukunft erhalten.

Klaus Müller zeigt auf, daß dieser deutsche Bruderkrieg eigentlich ein europäischer gewesen ist. Österreich kämpfte gleichzeitig an einer zweiten Front um Venezien gegen Italiener, und das durchaus erfolgreich. Aber wie später noch häufiger, konnte Italien als „Mitsieger" einen Erfolg einfahren, den es alleine nie errungen hätte. Auch Napoleon III. verfolgte den Krieg und fühlte sich nach Königgrätz um die Früchte seiner ausgleichenden Diplomatie betrogen, die dafür Sorge trug, Frankreichs Vorherrschaft in Europa zu erhalten. Die Rache für „Sadowa" mündete schließlich in den Krieg 1870/71, den Preußen dann im Verbund mit nord- und süddeutschen Staaten siegreich ausfocht.

Olaf Haselhorst

Europa der Völker

Elisabeth Hamel: *Das Werden der Völker in Europa. Forschungen aus Archäologie, Sprachwissenschaft und Genetik,* Bristol und Berlin: Tenea 2007. 464 S., geb, 34.50 €

Die Wissenschaftsjournalistin Elisabeth Hamel hat ein Buch über die frühe Bevölkerungsgeschichte Europas aus der Sicht der Archäologie, der Sprachwissenschaft und der Humangenetik vorgelegt. Es ist in enger Zusammenarbeit mit dem Linguisten Theo Vennemann und dem Genetiker Peter Forster entstanden. In drei Abschnitten werden die genannten Wissenschaften mit ihren methodischen Grundlagen vorgestellt. Das Archäologiekapitel behandelt die Eiszeiten, die Etappen der Metallverarbeitung und die Handelskontakte zur Mittelmeerregion. Im Sprachkapitel wird in Anlehnung an die These Vennemanns, daß die ursprüngliche europäische Bevölkerung eine dem Baskischen ähnliche Sprache, das sogenannte „Vaskonisch", gesprochen habe, die Geschichte der europäischen Sprachen referiert. Es folgt ein informatives Lexikon der europäischen Sprachen. Im Genetikteil präsentiert Hamel die auf der mitochondrialen und der Y-chromosomalen DNS beruhenden Ergebnisse. In dankenswerter Gründlichkeit stellt sie die in verstreuter englischsprachiger Literatur publizierten Daten über die Verteilung der verschiedenen Haplotypen und ihre vermuteten ethnohistorischen Beziehungen dar. Die sichtbaren morphologischen Merkmale bleiben dabei ausgeblendet. Die Menschen haben bei Hamel nur Gene, aber keinen Körper und kein Gesicht. Und leider macht die Darstellung, was die Archäologie und die Genetik betrifft, in der Vorgeschichte halt, so daß wir über die Entstehung der heutigen Völker, ihr genetisches Profil und ihre Verwandtschaftsbeziehungen, nichts erfahren. Es fehlt die Synthese.

Andreas Vonderach

Eurasien?

Stefan Wiederkehr: *Die eurasische Bewegung. Wissenschaft und Politik in der russischen Emigration der Zwischenkriegszeit und im postsowjetischen Rußland,* Wien: Böhlau 2007. VIII + 398 S., geb, 49.90 €

„Eurasien" ist im Deutschen kein geläufiger Begriff. Früher gab es jedenfalls die Bezeichnung „Eurasier" für Kinder aus der Verbindung von Europäern und Asiaten, aber die Einheit des Raums vom Atlantik oder wenigstens der Weichsel bis zum Pazifik widerspricht allzu sehr hiesigen Denkgewohnheiten. Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion tauchten hier und da Berichte über eine „eurasische Bewegung" auf. Genaueres erfuhr man selten. Umso dankbarer greift man deshalb zu der gerade erschienenen Arbeit von Stefan Wiederkehr, die eine Gesamtdarstellung dieser seltsamen Strömung bietet, die auf den Überlegungen einiger russischer Denker des 19. Jahrhunderts fußt, die die „Verwestlichung" ihrer Heimat ablehnten und die größere Nähe der Orthodoxie zum Islam und den asiatischen Weltanschauungen betonten. Ihre Idee eines eurasischen Imperiums war, so Wiederkehrs These, niemals nur literarisch und gewann nach der Machtübernahme der Bolschewiki insofern an Virulenz, als sie einem Teil der „Weißen" den Ausgleich mit Stalin akzeptabel erscheinen ließ, insofern sie die „Roten" als Wegbereiter des „Neuen Reiches" verstanden. An solche Konzepte knüpfen im Grunde auch die heutigen Anhänger des „Eurasismus" an, wenngleich deren Ideologie ein schwer verdauliches Konglomerat aus russischem Nationalismus, Nationalbolschewismus, Verschwörungstheorien und Ideen der „Konservativen Revolution" bildet. Das muß aber nichts bedeuten; Arnold Gehlen äußerte einmal, daß am Anfang jeder bedeutenden Bewegung ein Haufen Narren stehe.

Karlheinz Weißmann

Der Zeitstau

von Thorsten Hinz

Auf die Frage, was von 1968 bliebe, soll Jürgen Habermas geantwortet haben: Rita Süssmuth. Das beschreibt die Achsenverschiebung in der deutschen Politik und Gesellschaft ebenso bildhaft wie treffend. Habermas stand den revoltierenden Studenten seinerzeit kritisch gegenüber. Entscheidend für ihn war die Implementierung einer Demokratie nach westlichem Muster, die er durch die studentische Radikalität gefährdet glaubte. Später würdigte er den Einsatz der Achtundsechziger gegen „autoritäre Tendenzen" zugunsten „eines im Geiste des Antifaschismus errichteten Gemeinwesens". Sie hätten die „Fundamentalliberalisierung" der Gesellschaft durchgesetzt und das elterliche Beschweigen der Vergangenheit beendet. Sie haben damit, kurzum, die Resultate seines eigenen politischen Wollens und Wirkens unumkehrbar gemacht.

Die Eingangsfrage muß also neu gestellt werden: Welchen Durchschnitts-Citoyen hinterlassen Habermas und die 68er als bleibendes Erbe? Die Antwort lautet: Einen wie den ZDF-Moderator Johannes B. Kerner! Nun ist kaum anzunehmen, daß der rosige Wonneproppen in den Büchern des hochberühmten Philosophen blättert, doch darauf kommt es nicht an. Im Umgang mit der armen Eva Herman hat er bewiesen, daß ihm die Praxis des herrschaftsfreien Diskurses, wie sie vor zwanzig Jahren im Historikerstreit vorexerziert wurde, in Fleisch und Blut übergegangen ist: Aus der Position institutionalisierter Stärke heraus inszeniere man sich als Sprachrohr einer angegriffenen Unschuld und verdoppele durch die moralische Vernichtung des Feindes die eigene Ausschlußmacht! Kerners Hobbys verraten weitere Facetten seiner Mentalität. Die Fußballbegeisterung weist ihn als erdhaften Typen und Demokraten aus, der seine Affekte nicht leugnet, ihren Abbau aber festen Regeln zu unterwerfen vorgibt. Sein Spaß am Kochen verrät Genußfreude und die Bereitschaft des modernen Mannes, traditionelle Geschlechterrollen zu überschreiten. Sein drittes Hobby – deutsche Zeitgeschichte – weist ihn als kritisch-nachdenklichen Staatsbürger aus, der sich mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzt. Eine andere wichtige Erkenntnis über diesen Prototypen hat Deutschlands größter Zeitgeistexperte, Dieter Bohlen, beigesteuert. Bohlen hat in Kerners „kleine Äuglein" geblickt und darin erkannt, daß er glücklich sei, was Kerner ausdrücklich bestätigt hat.

Was für ein Glück ist gemeint? Nach Aristoteles vollzieht es sich in der vernunftgemäßen Tätigkeit der Seele nach den Maßstäben der Tugenden. Weil diese Art des Glücks durch rein geistige Tätigkeit an rein geistigen Gegenständen entsteht, kann es unseren medialen Müllmann nicht betreffen. Die Kerners sind simpler und brutaler. Sie streben nach dem Glück des Epikur, nach der Lebensfreude als dem Prinzip gelingenden Lebens und der Abwesenheit von Unlust. Dieses Glück setzt Schmerzvermeidung zugunsten körperlicher und seelischer Schmerzfreiheit voraus. Dazu gehört das Vermeiden des tragischen Bewußtseins, welches das Wissen um die eigene Sterblichkeit und Fehlbarkeit, um die Möglichkeit des Leidens und unvermeidlicher Schuldverstrickungen einschließt. Doch wie kann man dann ein deutscher Citoyen in der Tradition von Habermas sein? Zu dessen konstituierenden Eigenschaften gehört schließlich, nie das „schlimmste Kapitel der deutschen Geschichte" aus den Augen zu verlieren. Wer das tut, sieht sich jedoch automatisch in den Bereich der Tragik verwiesen. Woher dann Kerners hedonistisches Glück?

Bei der Auflösung des Widerspruchs hilft uns erneut Dieter Bohlens Hinweis auf Kerners „kleine Äuglein“. Das Diminutiv erfaßt haargenau den Eindruck der Kindlichkeit, den Kerners unkonturierte, weiche Gesichtszüge und die Infantilität seiner Fernseharbeit vermitteln. Nun ist das dauerhafte, kindliche Wohlbefinden, das sich darin spiegelt, nur um den Preis der Regression zu haben. Wie schon erwähnt, geht es dabei um die Abwehr, Vermeidung oder Verhinderung des tragischen Erwachsenenwissens. Kern des Vorgangs ist die Regression des Zeitgefühls und des historischen Gedächtnisses. Diese von Habermas & Co. angestoßene Entwicklung ist eine kollektive Begebenheit, die von Kerner idealtypisch personifiziert wird.

Was bedeutet diese Regression, und wie läuft sie ab? Sie vollzieht sich über das Zusammenschrumpfen der deutschen Geschichte auf die Begebenheit des Dritten Reiches. Was davor und danach liegt, erscheint im Bewußtsein des deutschen Citoyens nur noch als dessen Vor- und Ausläufer. Der Historiker Dan Diner versucht seit 20 Jahren, diesem Vorgang wissenschaftliche Plausibilität zu verleihen. Seine Definition der NS-Verbrechen als eines „Zivilisationsbruchs“ bildet heute die quasi-offizielle Lehrmeinung. Demnach hat der Nationalsozialismus ein „schwarzes Loch“ in die Zeiterfahrung der Überlebenden und der Welt überhaupt gerissen. Da der Holocaust historisch, intellektuell und narrativ nicht erfaßbar, mithin „unbegreiflich“ sei, entstünde ein „Zeitstau“, der alle anderen Zeitbereiche und Erzählungen über Erlebnisse vor und nach ihm mit unwiderstehlicher Kraft anziehe. Für Diner ist dieser Prozeß ein naturhafter, er meint, seine tiefste Begründung liege im historischen Ausgangsereignis selber. Die Gegenposition dazu lautet, daß er durch administrative und kommunikative Entscheidungen, Interessen, Kräfteverhältnisse künstlich herbeigeführt würde. Wie dem auch sei, die Wirkung ist diese: Der „Zeitstau“, indem er alle historischen Ereignisse an sich zieht und ihre Bedeutung definiert, zerstört die Geschichte als Erfahrungsraum, wo man sich der Bedingtheiten der Gegenwart in ruhiger Reflexion vergewissert. Und auch die Zukunft ist dann nichts anderes mehr als die fortgesetzte Vergegenwärtigung des den „Zeitstau“ begründenden Ereignisses.

Die Menschen, die dieses Bewußtsein verinnerlicht haben, kennen – wie die Kinder – nur noch ein Hier und Jetzt, sie infantilisieren. Zwar ist die Annahme übertrieben, daß Kinder keine zeitbezogenen Gefühle haben. Sie kennen durchaus Vorfreude, Ungeduld, Langeweile, jedoch ihr Zeithorizont ist eng und wird vom eigenen kleinen Erfahrungsvorrat bestimmt. Im intensiven Spiel gehen sie ganz in der Gegenwart auf und verlieren jeden Zeitbezug – so wie der aktuelle deutsche Michel, der im Kokon des „Zeitstaus“ eingeschlossen ist.

Entstehung und Wirkungsweise dieses Kokons lassen sich am besten mit dem Vokabular aus Herbert Marcuses *Eindimensionalem Menschen* erläutern: Ein propagandistischer Dauerbeschuß hat zu bestimmten geistigen und emotionalen Reaktionen geführt, die sich zu einem „falschen Bewußtsein“ verdichtet haben, „das gegen seine Falschheit immun ist“. Sein „sprachliches Universum ist voller Hypothesen, die sich selbst bestätigen und die, unaufhörlich und monopolistisch wiederholt, zu hypnotischen Definitionen und Diktaten werden“. Da dieses Bewußtsein vielerlei Vorteile verspricht, wehrt es sich dagegen, sich qualitativ zu ändern. Das kritische Denken, das von Habermas und den 68ern lautstark eingefordert wird, ist nichts anderes als die permanente Selbstimmunisierung dieses falschen Bewußtseins.

Nun müßte ein Bewußtsein, das in Permanenz die Geschichte als abzuarbeitende und zugleich nicht abarbeitbare Schuld vergegenwärtigt, Leiden verursachen: sei es angesichts der fehlenden Aussicht, daß die historische Last jemals leichter wird, sei es aus Zorn über die zugemutete Schuldneurotisierung. Jedenfalls ist es unverein-



bar mit dem Anspruch auf epikureisches Glück. Dieser müßte sogar zur Gegenwehr führen. Das selbstzufriedene Gesicht des Johannes B. Kerner zeigt uns aber, daß „die ‚List der Vernunft‘ (...) wie so oft im Interesse der bestehenden Mächte“ arbeitet. (H. Marcuse) Der skizzierte Zustand entspricht dem einer geistigen Erkrankung, die so weit fortgeschritten ist, daß sie Glückshormone ausschüttet. Wessen Geschichtsbewußtsein so gründlich aufgehoben ist wie das des deutschen Citoyens, der kann auch keines mehr vom Dritten Reich haben. „Hitler“ ist dann lediglich der Schlüssel, der ihm die tragischen Geheimnisse der Welt aufschließt und die Angst vor dem Unbekannten nimmt, ein Sicherheit und Zufriedenheit spendender Fetisch. Das Böse ist dadurch überwunden, daß man es mit Namen und Adressen identifiziert hat. In diesem kindlichen Kosmos verursacht das Dritte Reich kein Leiden mehr, sondern verbürgt seelische Schmerzfreiheit. Der Bürger fühlt sich aufgeklärt und glücklich.

Doch während in deutschen Kinderzimmern frohgemut Blindekuh gespielt wird, findet draußen handfeste Geschichte statt und wird bereits an der Klinke gerüttelt.

Chinas unbewältigte Kulturrevolution

von Josef Schüßlburner

In dem wohl lehrreichsten Buch der jüngsten Zeit über China sieht William F. J. Jenner die Volksrepublik, bedingt durch die „Tyrannei der Geschichte“, auf einem langen Weg in die Krise. Jenner führt für seinen Pessimismus die Mentalität an, die von der Jahrtausende gepflegten Tradition der Kollektivhaftung geprägt ist, wonach Familienmitglieder für Missetaten ihrer Angehörigen einzustehen hatten, was mit der Auffassung von Rache als Pflicht einherging.

In China sind in der Tat noch viele Rechnungen nicht beglichen. So ist die Chinesische Kulturrevolution, die sich etwa zeitgleich mit der westlichen 68er-Bewegung vollzog und auf diese inspirierend wirkte, nie bewältigt worden. Diese Bewältigungsbedürftigkeit ist nach bundesdeutschem Maßstab gegeben. Man bekommt eine Vorstellung vom Horror der „proletarischen Kulturrevolution“, wenn man sich auf ein Gedankenspiel einläßt: der Boykott jüdischer Geschäfte, die öffentliche Bücherverbrennung, der „Röhmputsch“ und die „Reichskristallnacht“ hätten auf einmal stattgefunden, sich dabei aber nicht nur auf jeweils etwa einen Tag beschränkt, sondern über zwei Jahre hingezogen, mit einer über ein Jahrzehnt dauernden Abwicklung durch Landverschickung zur Zwangsarbeit und KZ-Einweisung mit Folter. So geschah es in China. Allein die unmittelbaren Todesopfer dieser von der kommunistischen Diktatur losgelassenen Anarchie belaufen sich auf 1 bis 1,5 Millionen.

Nun hat es in China zwar eine umfangreiche „Wundenliteratur“ gegeben, die jedoch hauptsächlich im Exil publiziert wurde. Offiziell hat man sich damit begnügt, den Schauprozeß gegen die von der Mao-Witwe angeführte „Viererbande“ als Exorzismus unter der Prämisse durchzuführen, daß Mao selbst mit dem Horror nicht unbedingt etwas zu tun hatte. Anders als Chruschtschow mit Stalin in der Sowjetunion, konnte Deng Xiaoping in China mit Mao nicht abrechnen, weil dieser gewissermaßen Lenin und Stalin in einer Person darstellte, so daß eine Abrechnung die von Mao begründete Einparteiendiktatur delegitimiert hätte.

Die mangelnde Bewältigung nicht nur der Kulturrevolution, sondern auch des „Großen Sprungs“ mit einer Zahl von Verhungerten von einmaligem Ausmaß und der zahlreichen Opfer der chinesischen Variante des Kampfes gegen Rechts kann durchaus für Chinas Schicksal entscheidend sein: Während man sich in Europa der sonst geltenden Bewältigungsprämisse zuwider für das „Vergessen und Verdrängen“ als moralisch adäquater und letztlich politisch erfolgreicher Lösung entschieden hatte, weil es für bestimmte Entwicklungen ohnehin nur eine transzendente Gerechtigkeit gibt, galt in China eigentlich schon immer der Grundsatz, daß nicht und nichts vergessen wird und moralische und finanzielle Schulden im realen Diesseits zu bezahlen sind. Die religiösen Traditionen haben dem nicht entgegenwirken können, was einen sehr hohen Preis zur Folge hat: „Vergeltungskulturen, wie sie in China dominieren“, werden nämlich „nur durch eine Autokratie zusammengehalten, die die Macht und den Willen hat, ihre Bürger hart anzufassen“ (Jenner).

Gegenüber der drohenden Gefahr einer Abrechnung greift das ideologisch noch immer als „links“ einzustufende Post-Mao-Regime zu einer ähnlichen Strategie wie die europäische Linke zur Wahrung ihrer „moralischen“ Vorherrschaft: Man gibt dem Publikum eine, zu einem Religionsersatz zu erhebende Bewältigungsaufgabe vor, welche die immensen Herrschaftsopfer unter klassischen Links-

ideologien dem Vergessen anheimfallen lassen soll. In der „Volksrepublik“ rücken dabei japanische Untaten in das Zentrum der Staatsideologie, insbesondere das Massaker von Nanking. Während man nach dem Zweiten Weltkrieg insgesamt von 1,75 Millionen chinesischen Opfern des chinesisch-japanischen Krieges ausging (für die natürlich ausschließlich Japan verantwortlich sein soll), erhöhte sich die entsprechende Zahl nach der Machtergreifung der KP auf 9,32 Millionen, um in den 1980er Jahren auf 22 und 1995 auf 35 Millionen zu klettern (was aber immer noch weniger Tote wären als die Verhungerten, die der „große Sprung“ kostete). Zweifel an der zivilreligiös vorgeschriebenen Zahl von 300.000 Opfern des Massakers von Nanking sind verboten – ein wichtiges Kennzeichen für den totalitären Charakter eines Regimes.

Der damit einhergehende amtliche Haßkult, der zur innenpolitischen Ablenkung Japan als Verbrechernation benötigt, ist für das kommunistische Regime nicht ungefährlich: Sein wirtschaftlicher Erfolg, der als eine Art Schadenersatz für den Terror akzeptiert wird, ist weitgehend von guten Beziehungen mit dem wirtschaftlich-politischen Erfolgsmodell Japan abhängig. Außerdem erlaubt diese Konstellation den politischen Unterströmungen, die sich als politische Alternative anbieten könnten, eine sehr subtile Delegitimationsstrategie: Diese fordern nicht mehr einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ oder Demokratie im westlichen Sinne, sondern halten dem KP-Regime durch antijapanische Demonstrationen mangelnden Nationalismus vor. In der sehr aktiven chinesischen Bloggerszene hat sich ein vom Regime gelöster Internet-Nationalismus entwickelt, der anders als die Strömungen des Alternativsozialismus und der westlichen Demokratie kaum unterdrückt werden kann, weil sich dann das Regime selbst delegitimeren würde: Die Bezugnahme auf Mao Zedong ist nach Abschaffung des sozialistischen Wirtschaftssystems nämlich nur noch durch das amtliche Selbstverständnis zu rechtfertigen, daß sich die Kommunisten unter Maos Führung als die gegenüber der Kuomintang erfolgreicheren chinesischen Nationalisten erwiesen hätten.

Wirkliche Gefahr würde dem System drohen, wenn sich dieser alternative Nationalismus mit der explosiven Innerlichkeit verbinden würde, die sich als Folge der mangelnden Bewältigung des Terrors der kommunistischen Vergangenheit und der allgegenwärtigen Korruption auf religiöser Ebene einstellt. Dabei droht die Gefahr nicht von den anerkannten Religionsgemeinschaften, auch wenn diese immensen Zuwachs erfahren, sondern von Unterströmungen, wie sie sich derzeit in der harmlos erscheinenden Falun Gong manifestieren. Diese wurde schon, den einschlägigen Kodex der Qing-Dynastie aus dem 18. Jahrhundert aufgreifend, amtlich als häretischer Kult eingestuft. In Übereinstimmung mit der chinesischen Machttradition ist dabei „häretisch“ im Sinne zivilreligiöser Prämissen zu verstehen, die sich gegen messianische Religionsinterpretationen wenden. Diese Strömungen mußten dabei nicht heterodox im Sinne des religiösen Selbstverständnisses sein wie etwa die Chenwei-Literatur des Konfuzianismus, die den verborgenen Sinn kanonischer Schriften zum Inhalt hat oder die apokalyptische Strömung, die um die Verehrung des Maitreya zentriert war. Diese Art von Religiosität ist aber den Herrschern Chinas immer gefährlich erschienen. Den derzeitigen Machthabern ist diese Gefährlichkeit schon deshalb bewußt, weil der chinesische Kommunismus selbst zu einem nicht unbedeutenden Maß der chiliastischen Tradition der Volksreligion seinen Erfolg und auch Charakter verdankt. Gerade in der „Kulturrevolution“ wurde dieser Charakter bei den Kampfparolen gegen „Kuhdämonen“ und „Schlangengeister“, die in Form von „Rechtsrevisionisten“ menschliche Gestalt angenommen hätten, sichtbar.

Kernstück dieser religiösen Untergrundtradition ist die schreckenerregende Vision der jeweiligen Gegenwart als einer Welt des Bösen, deren dämonische Kräfte durch reinigende Gewalt vernich-



tet werden müßten. Vor allem der persische Manichäismus scheint hier nachzuwirken, der in buddhistischer Verkleidung in China am längsten überlebt hat und wofür vor allem die Gestalt des (kommenden) Buddha Maitreya steht, der wohl auf den persischen Mithras zurückgeht und buddhistisch-synkretistischen Richtungen einen chiliastischen Zug verlieh, der schon in der chinesischen Vergangenheit zu politischen Umstürzen geführt hat. Man kann nachvollziehen, daß der fortwirkende Horror der „Kulturrevolution“ und damit das mit diesem verbundene Regime weithin als derartiges Reich des Bösen angesehen wird. Es stellt sich die Frage, ob es auch der postmaoistischen Zivilreligion mit ihren Geschichtsdogmen gelingt, wie schon den früheren Kaiserreichen, das auf gewaltsamen Umsturz drängende Potential des chiliastischen Maitreya in die Form des lachenden Dickbauchbuddha Mile Fo, die Gottheit des Wohlstandes, zu überführen und ihm damit die Spitze zu nehmen. Vom Erfolg dieser auf Verdrängen und Vergessen der Kulturrevolution durch Wohlstandsmehrung hinauslaufenden Strategie hängt die Existenz des kommunistisch-pseudokapitalistischen Regimes in China ab.

Zugang zum Machthaber



Daß der Mensch des Menschen Wolf ist, hat sich im vergangenen Jahrhundert hinreichend bestätigt. Anders verhält es sich mit der Aussage, daß der „Mensch dem Menschen ein Mensch“ ist. Sie bildet den Endpunkt des *Gesprächs über die Macht und den Zugang zum Machthaber*, das Carl Schmitt mit einem imaginären Partner führte (Erstausstrahlung: 22. Juni 1954) und das jetzt in einer ausgesprochen schönen Ausstattung, mit einem informativen Nachwort von Gerd Giesler versehen, bei Klett-Cotta (95 S., Ebr., 16 €) erschienen ist. Das „Denkspiel“ hat nichts von seiner Aktualität eingebüßt, weil sich die Position des Moralisten von den Ereignissen der letzten 50 Jahre offenbar nicht erschüttern ließ und weiterhin fröhlich mitdiskutieren darf.

Günter de Bruyn

Bereits am 4. Mai 2007 fand in Stuttgart die Verleihung des Hanns-Martin-Schleyer-Preises an Günter de Bruyn statt. Nun liegt die Dankesrede des 1926 geborenen Schriftstellers vor, in der er knapp und eindringlich die geistige Situation der gegenwärtigen Bundesrepublik auf den Punkt bringt. Durch die Erfahrung zweier Diktaturen ist de Bruyn berufen, vor den Gefahren für die Freiheit zu warnen. Insbesondere die Wende von 1989 und die damit erlangte Freiheit hat eine feine Sensibilität zur Folge. So kommt er zur Einsicht, daß die Selbstzensur mit der Staatszensur nicht erledigt ist. Meinungsmacher schränken die weiten Freiräume ein, die das Grundgesetz bietet, „indem sie durch Sprachregelungen und Denkschablonen Grauzonen des Erlaubtseins schaffen, in denen nur in eine Richtung zu denken geraten ist“ und „damit das Meinungsspektrum zwischen links und rechts in Frage stellen“. Da niemand gerne durch die Öffentlichkeit seinen Ruf beschädigt sieht, tritt die Selbstzensur wieder zutage. Nicht Gefängnis droht, und trotzdem wird geschwiegen und obendrein noch vergangenen Generationen, „die mehr Grund zum Schweigen hatten“, ihre Konformität vorgeworfen. Inwieweit darf man die Freiheit einschränken, um sie zu schützen? Gilt der Schutz der Freiheit mehr als sie selbst? Daß es sich dabei um keine Panikmache handelt, dürfte jedem wachen Zeitgenossen klar sein. Die Druckfassung der Rede gibt es für eine Schutzgebühr von 5 € in Briefmarken bei der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung: **info@schleyer-stiftung.de** oder telefonisch unter 0221/38 40 85.

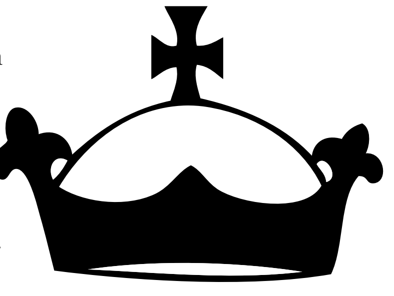
Klassische Vorträge

Der Südwestfunk hat in der großen Zeit der Rundfunkvorträge eine Reihe mit dem Titel „Aula“ begründet, in der prominente Wissenschaftler zu aktuellen Themen oder Grundsatzfragen zu hören waren. Besonders hinzuweisen ist jetzt auf eine Sonderedition, die je zwei Referate über *Ethik und Funktion von Institutionen* (von Arnold Gehlen und Niklas Luhmann), *Phänomenologie der Gewalt* (Peter Sloterdijk und Gunnar Heinsohn) sowie *Mensch und Tier* (Adolf Portmann und Konrad Lorenz) zum Preis von 5 € auf CD wieder zugänglich macht (Quartino – Jokers edition, nähere Informationen unter **www.jokers.de** beziehungsweise **www.swr2.de/aula**).

Denis de Rougemont

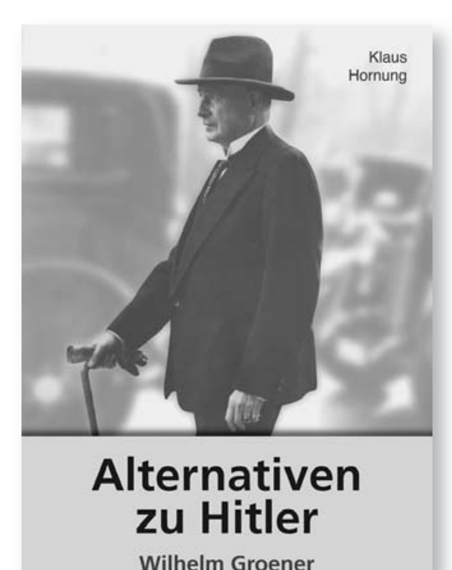
Erschienen ist eine neue Ausgabe der Zeitschrift *Gnostika* im Dezember 2007, die nicht nur den zweiten Teil der schon angezeigten biographischen Skizze über René Guénon von Matthias Korger enthält, sondern auch einen sehr ausführlichen Sonderteil über Denis de Rougemont, einen originellen Denker der Zwischen- und Nachkriegszeit, der früher vor allem wegen seiner Begründung des Europagedankens bekannt war, aber wesentlich weiter gespannten Interessen folgte, die auch in die Religionsphilosophie und Esoterik hineinreichten (zu beziehen über Archiv für altes Gedankengut und Wissen, Lothar von Kübelstraße 1, 76547 Sinzheim, Fax 07225/91 95 99, **www.aagw-gnostika.de**).

Dritter Weg?



Eine in der breiten Öffentlichkeit bislang nicht diskutierte Variante des „dritten Weges“ ist die *Vision Eurasien*. Unter diesem Titel widmet sich die jüngste Ausgabe des *Jungen Forums* (Nr. 8, 96 S. für 9,50 € unter **www.regin-verlag.de** oder Tel. 02839/56 88 66) diesem Denkmodell, das gleich in der Überschrift *Jenseits von Nationalismus und Internationalismus* verortet wird. Nun heißt es ja gelegentlich, wer Visionen hat, muß zum Arzt. In diesem Fall hingegen ist man positiv überrascht, von der Perspektivenweite einiger der Beiträge. Dennoch bleibt ein Beigeschmack: „Eurasien“ klingt einfach zu künstlich, um bei uns Leben beanspruchen zu dürfen. Echt wird es da, wo es um die Heimat dieser Denkrichtung geht: Rußland, das in seiner Mischung aus Großmachtstreben, christlicher Orthodoxie und gelenkter Demokratie durchaus attraktiv wirken kann.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE



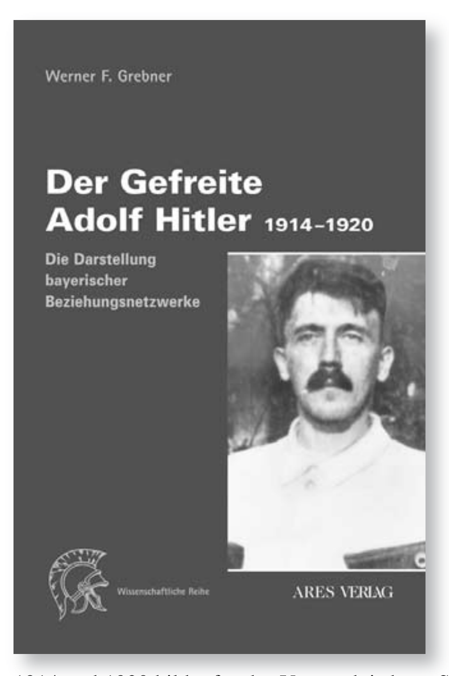
ISBN
978-3-902475-41-1
Klaus Hornung
ALTERNATIVEN ZU HITLER
Wilhelm Groener – Soldat und Politiker in der Weimarer Republik
245 Seiten, S/W Abbildungen, Hardcover
€ 19,90

General Wilhelm Groener, der schon während des Ersten Weltkriegs als stellvertretender Kriegsminister eine bedeutende Rolle unter Ludendorff und Hindenburg gespielt hatte, wurde während der Weimarer Republik einer der wichtigsten Politiker und Drahtzieher im Hintergrund. Seine gegen Hitler gerichtete Politik scheiterte schließlich am Intrigenspiel zwischen Brüning, Schleicher und der Umgebung Hindenburgs.



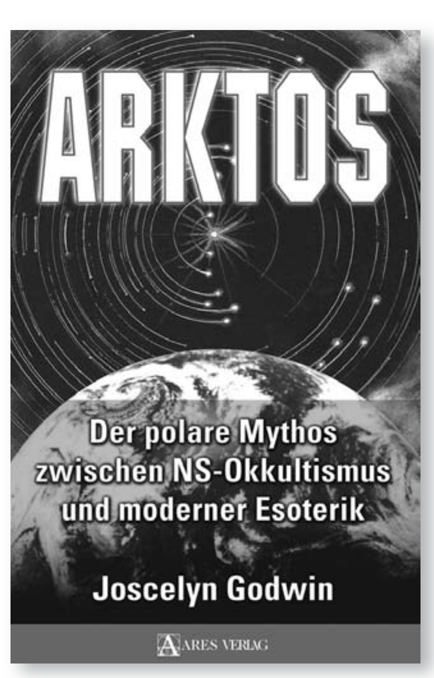
ISBN
978-3-902475-36-7
Tim Newark
MUSSOLINI, HITLER UND DIE MAFIA IM KRIEG
280 Seiten, 16 Bildseiten, zahlr. S/W-Abbildungen, Hardcover
€ 19,90

Schloß die Regierung der USA einen Waffenstillstand mit dem organisierten Verbrechen, um sich dessen Unterstützung im Kampf gegen Hitler und bei der Eroberung Italiens zu versichern? Etablierten die Amerikaner die Mafia gar als Ordnungsmacht in Süditalien? Setzte die Mafia einen Profi-Killer auf Hitler an? Daß es Absprachen zwischen US-Geheimdiensten und der Mafia gegeben hat, ist heute unbestritten, doch wie weit ging diese Partnerschaft? Dieses Buch scheidet Fakten von Legenden.



ISBN
978-3-902475-48-0
Werner F. Grebner
DER GEFREITE ADOLF HITLER 1914–1920
Die Darstellung bayerischer Beziehungsnetzwerke
152 Seiten, brosch.
€ 19,90

Die Zeit zwischen 1914 und 1920 bildet für das Verständnis bzw. Selbstverständnis Adolf Hitlers einen entscheidenden Abschnitt. In diese Umbruchszeit fallen nicht nur sein Militärdienst und der Erste Weltkrieg, sondern auch die Wirren der unmittelbaren Nachkriegszeit (Münchner Räterepublik) und Hitlers erste politische Gehversuche. Das Buch nimmt insbesondere die bayerischen Beziehungsnetzwerke, die Hitler in dieser Phase aufbaute, in den Blick. Sie sollten in der Folge für die politischen Ambitionen Hitlers eine wichtige Rolle spielen.



ISBN
978-3-902475-40-4
Joscelyn Godwin
ARKTOS
Der polare Mythos zwischen NS-Okkultismus und moderner Esoterik
335 Seiten, zahlreiche S/W-Abbildungen, Hardcover
€ 29,90

Stammen die Wurzeln der Kultur aus dem Norden, aus Thule oder Atlantis? Der Mythos einer „arischen Rasse", die Vorstellung einer hohlen Erde und die Suche nach legendären spirituellen Zentren wie Agartha und Shambala stehen in engem Zusammenhang mit dem polaren Mythos, der nicht nur im NS-Okkultismus anzutreffen war, sondern auch bei heutigen Esoterikern eine Rolle spielt. Wissenschaftlich akribisch und doch spannend dokumentiert der Autor die verschlungenen Wege dieser Ideen.

Integration süss-sauer

Integration ist eines der vielen unbekannten Rezepte der 68er, die sie streng behütet nur für sich behalten. Selbst nach 40 Jahren haben sie uns noch nicht verraten, was das eigentlich genau sein soll und wie man das macht, und wir wissen deshalb leider bis heute nicht, wie es funktioniert und wozu wir es überhaupt brauchen. Wir haben sogar bei der Auskunft angerufen, aber dort wußte auch keiner Bescheid.

Also sind wir auch nicht klüger als Sie und lassen ein paar Zeilen frei. Tragen Sie hier das Rezept nach, falls es endlich einmal einer verrät:

____

____

____

Geschichtsklittertortelette

Die einzige Jahreszahl, die sich ein 68er merken kann, ist 1968. Darüber hinaus kennt er nur ganz wenige Ereignisse der Weltgeschichte:

1914 – Rechtsradikale deutsche Burschenschafter erschießen den österreichischen Thronfolger und zetteln dadurch den Ersten Weltkrieg an.
1933 – Alle Deutschen wählen Adolf Hitler
1939 – Die ruhmreiche Sowjetarmee versucht, der polnischen Armee gegen Deutschland zu helfen.
1942 – Das deutsche Volk beschließt Massentötungen von Menschen
1945 – Befreiung Deutschlands durch die Rote-Armee-Fraktion, vor allem Befreiung Ostpreußens und Schlesiens von den Deutschen
1949 – Beginn der Adenauer-Diktatur (dauert bis zur Befreiung 1968)
1953 – Imperialistischer Aufstand im befreiten Teil Berlins, erfolgreich durch Gregor Gysi niedergeschlagen
1960 – Die südvietnamesische Nationale Front eröffnet mit Waffenhilfe der USA ihren heimtükkischen Guerillakrieg gegen Nordvietnam
1966 – Beginn der Kulturrevolution in China unter Rudi Dutschke
1974 – Einmarsch der griechischen Armee in Südzypern und Besetzung des dort gelegenen Sudetenlandes
1976 – Präsident Reagan stationiert in Westdeutschland SS-20-Raketen mit Reichweite bis Moskau und beginnt den Rüstungswettlauf
1988 – Heinrich Himmler vergast Halabdscha
1990 – Einmarsch der USA in Kuwait
1994 – Kleinere Zwischenfälle beim Aufbau der multikulturellen Gesellschaft in Ruanda
2001 – Sprengung der Buddha-Statue in Afghanistan durch rassistisch-intolerante Nato-Truppen
2001 – Angriff der USA auf das World Trade Center
2005 – Französische Truppen erobern Pariser Vorstädte, gehen dort gegen Ureinwohner vor, brennen Arbeiterhäuser nieder und machen Frankreich zur französischen Kolonie
2010 – Die Evangelische Kirche beginnt mit dem Bau ihrer ersten Großmoschee

Das Rezept für das Geschichtsklittertortelette ist damals 1975 in den grausigen Wirren von Saigon verlorengegangen, als die Amerikaner die Südvietnamesen an die Vietcong ausliefern mußten und sich abgeseilt haben, wegen der Hippies. Wir haben nie gewagt nachzufragen, was wegen der Hippies mit unserem Rezept 1975 genau passiert ist, aber Zeugen haben es im Keller noch schreien gehört.



Mügelner Krautsalat

Die Erfindung des Mügelner Krautsalats wird der Chefredaktion einer Frankfurter Zeitung zugeschrieben. Sie soll das Gericht kreiert haben, als sie einen Sommerurlaub in Mügeln verbrachte. Man weiß zwar nicht mehr genau, ob es die Chefredaktion der *Frankfurter Rundschau* oder der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* war, aber das macht heutzutage ja sowieso keinen großen Unterschied mehr.

Wie in anderen Zeitungen werden natürlich auch in Frankfurter Zeitungen nur Nachrichten veröffentlicht, die wirkliche Nachrichten sind, zum Beispiel, wenn der Briefträger den Hund beißt und nicht umgekehrt. Dieses Grundprinzip jeder Presseberichterstattung gilt selbstverständlich auch für die Kriminalsparten mit ihren spannenden Reportagen über Prügeleien, Vergewaltigungen, Diebstähle und sonstige klein- und großkriminelle Alltäglichkeiten landauf landab, und deshalb werden solche Reportagen nur nach folgendem alltäglich bewährtem Grundschema F veröffentlicht:

Deutscher prügelt Deutschen:
keine Nachricht
Gastarbeiter prügelt Gastarbeiter:
keine Nachricht
Gastarbeiter prügelt Deutschen:
keine Nachricht
Deutscher prügelt Gastarbeiter:
Titelmeldung

Nehmen Sie irgendein Kraut, zum Beispiel Weißkraut, Blaukraut, Rotkraut, Sauerkraut oder Bayerischkraut. Hobeln Sie es klein, am besten scheibchenweise. Achten Sie darauf, daß die halbamtliche Nachrichtenzensur peinlich genau nur das passieren läßt, was Sie auftischen, und niemals das, was Sie unter den Tisch kehren.